

Beide Regierungen haben deshalb auch nichts gegen die idyllische Vorstellung verschiedener Medien, wonach sich die Prinzen von Wales und Asturien, Charles und Felipe, in gewissen Abständen in Gibraltar als Repräsentanten ihrer Krone ablösen.

Um so intensiver verlangt die sozialistische Oppositionspartei nach einem selbständigen Staat als einzige Alternative zum britischen Status.

Und mit Genugtuung vermerkte man die spanische Verstimmung

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Öl und die „DDR“

Von Hans-Jürgen Mahnke

Der innerdeutsche Handel ist auf der Ölspur ins Schlingern geraten. Der Preisverfall auf den internationalen Märkten hat auch hier voll durchgeschlagen. In den vergangenen Jahren hatte die längerfristige Vereinbarung, nach der die „DDR“ aus der Bundesrepublik Rohöl bezieht, es zusammen mit sowjetischem Öl verarbeitet und die Produkte vor allem auf dem Berliner Markt verkauft, dem deutsch-deutschen Warenaustausch zusätzliche Impulse gegeben.

Mit jeder Preisanhebung der Opec nämlich kletterten vor allem auch die Öl-Einnahmen der „DDR“, weil ihre Verkäufe an Dieselöl, Benzin und Heizöl an die Bundesrepublik sehr viel höher sind als ihre Öl-Käufe hier. Wegen des starren Verrechnungssystems bestimmen aber die Lieferungen der „DDR“ letztlich auch ihre Kaufmöglichkeiten in der Bundesrepublik.

Jetzt geht es bei den Ölpreisen anders herum. Und damit stellt sich die Frage nach der Zukunft des innerdeutschen Handels. Sicher wird er das Vorjahresergebnis nicht wieder erreichen, auch wenn sich mengenmäßig die Veränderungen in engen Grenzen halten. Wo liegen Absatzchancen für die „DDR“? Im Grundstoffbereich wohl kaum, eher bei Fertigwaren. Doch sind die Möglichkeiten bei Investitionsgütern begrenzt. Die „DDR“ hinkt technologisch zu weit hinterher.

Bei Konsumartikeln sieht das anders aus, auch wenn die „DDR“ hier mit den Schwellenländern konkurrieren muß, die zudem noch von dem niedrigen Dollarkurs profitieren. Die „DDR“ muß sich anstrengen. Das scheint sie auch zu wollen. Darauf deuten jedenfalls die verstärkten Käufe von beispielsweise Textilmaschinen hin. Damit kann zumindest der Standard des Angebots verbessert werden. Was sie zusätzlich erlaubt, kann sie für Käufe in der Bundesrepublik nutzen.

Große Sprünge sind vorerst kaum drin. Überdies muß sie auch andere westliche Geschäftspartner, bei denen sie in den letzten Jahren weniger gekauft hat, bei Laune halten. Daher sind Großaufträge in diesem Jahr auch an andere Anbieter gegangen. Daher wird sich der innerdeutsche Handel auf dem von den Ölpreisen bereinigten Niveau nur langsam nach oben bewegen. Mehr ist nicht drin.

Was soll es bedeuten?

Von Hans Baumann

Erst waren es die Betriebsräte der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, jetzt fühlt sich die Arbeitnehmerorganisation der Kraftwerk Union von der Volkspartei SPD und ihrem Vorsitzenden Willy Brandt getäuscht. Jahrelang befüllte diese Partei die Wirtschaft, den Klauen der Ölscheichs zu entkommen und gleichzeitig mit der Nutzung des Atoms die Umwelt zu sanieren. Der Erfolg liegt auf der Hand: Das Ölloch wurde abgeschüttelt, der Dollar-Adler ist beendet, die Entlastung der Umwelt durch einen Anteil von 35 Prozent Kernkraft an der Stromerzeugung ist überzeugend dokumentiert.

Und nun soll das nicht mehr gelten – aber statt akzeptable Argumente für die plötzliche Wende gegen die Kernkraft zu präsentieren, tritt der sonore Parteivorsitzende nun Arm in Arm mit Popsängern beim „Rock gegen Atom“ auf.

Die Arbeitnehmer sind verstört. Ist das nun die Klientel, mit der die SPD-Wende gegen den technischen Fortschritt im Volke verkauft werden soll? Solche Musikspektakel sind jedenfalls kein Beweis für oder wider die Atomkraft, sie finden auch ohne jedes Etikett Zulauf.

So entsteht bei den Männern und Frauen an der Werkbank der Verdacht, daß es eigentlich gar nicht darum geht, die Kernkraft zu stoppen, und daß es schon gar nicht darum geht, seriöse Energiepolitik zum Nutzen der arbeitenden Menschen zu fördern, sondern daß es schlicht darum geht, eine systematisch erzeugte Angst zu nutzen – um mit einem Begriff aus früherer Energieproduktion zu sprechen: Wasser auf die eigenen Mühlen zu leiten.

Das mag, oder mag auch nicht, sich für die Berufspolitik auf der Suche nach gutbezahlten Arbeitsplätzen in Parlamenten auszahlen. Aber für die Arbeitnehmer draußen bedeutet das, daß ihre Arbeitsplätze und die ihrer Kinder aufs Spiel gesetzt werden. Das ehrwürdige Traumschiff einer besseren Zukunft namens SPD als Musikdampfer mit Brandt-Rock-Pop – immer mehr Bürger fragen sich nach dem Loreley-Auftritt: Was soll es bedeuten? Und halten den Schluß für denkbar: Ich glaube, die Wellen verschlingen am Ende noch Schiffer und Kahn.

Rechts-Überfluß

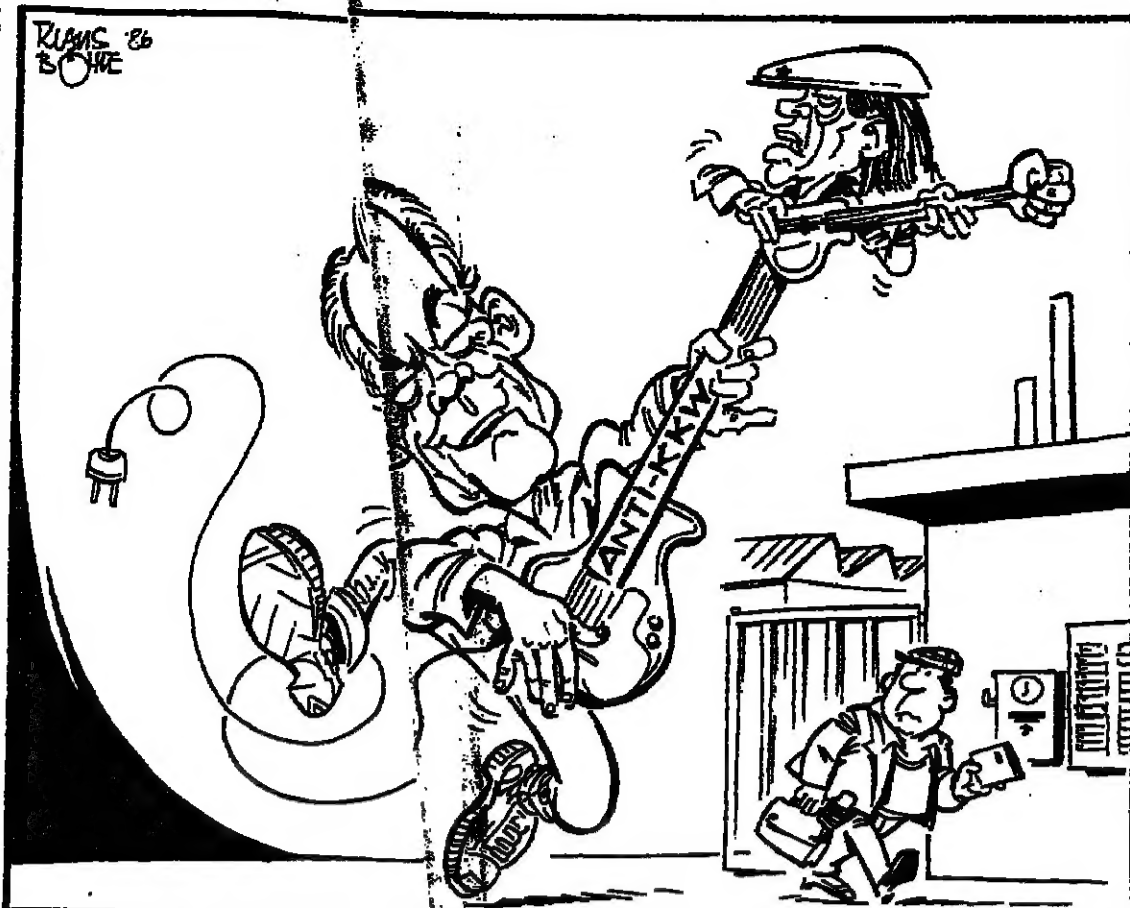
Von Joachim Neander

Daß der Konkurrenzkampf der vielen, längst zu vielen Rechtsanwältinnen teilweise bis in die Untersuchungsgefängnisse hinein geführt wird und so nicht mehr unbedingt dem Recht dient, ist allgemein bekannt. Auch daß ein mit Hilfe des Repetitors notdürftig zusammengebasteltes juristisches Staatsexamen keine Karriere im Staatsdienst mehr begründet, hat sich herumgesprochen. Da ist es logisch und verständlich, wenn die Ständesorganisation der Anwälte öffentlich vor dem Jurastudium warnt.

Ob freilich der Bundesjustizminister sich diesen Warnungen anschließen sollte, ist fraglich. Daß die Kultusminister öffentlich vom Studium der Lehramtsfächer abraten, hat seine Berechtigung immerhin in der Tatsache, daß hier der Staat praktisch der einzige in Frage kommende Arbeitgeber ist. Für die Juristen gilt das nicht. Ihnen stehen auch außerhalb der Justiz und der staatlichen Verwaltung mannigfache Wege offen, die dem Tüchtigen – im Unterschied zum Lehrberuf, wo selbst ein Einserexamen heute in der Regel zum Arbeitsamt führt – keineswegs versperrt sind.

Sonst müßte der Bundesforschungsminister vor dem überlaufenen Fach Biologie und der Bundeswirtschaftsminister vor dem inzwischen ebenso beliebten Beruf des Schreiners warnen. Das tun sie mit Recht nicht. Wer ein akademisches Studium beginnt, sollte soviel Intelligenz mitbringen, daß er seine Fähigkeiten, seine Möglichkeiten und seine Ausdauer selbst einigermaßen einschätzen kann. Informationen gibt es genug.

Schließlich: Warum sollten arbeitslose Juristen ein schlimmeres soziales Problem sein als arbeitslose Soziologen oder Politologen? Wenn, dann ist die Akademikerschwemme das eigentliche Problem, die Frage also, wie man die Studentenzahl (wieder) in Relation zu den entsprechenden Berufsaussichten bringt. Wenn aber schon Studium mit begrenzter Chance, dann allemal besser ein Studium wie das der Rechtswissenschaft, wo der Adept vom ersten Semester an zu gründlicher Forschung und sehr genauen, logischem Denken (was er überall brauchen kann) angehalten wird. Für gewisse andere Fächer gilt das nur in Maßen.



Die Axt und die Nagelschere

Von Peter Gillies

Wenn die Deutschen ihr Steuersystem wirklich verstehen, ironisierte ein Finanzpolitiker, müßten sie eigentlich zu Revolutionären werden. Nun, diese Gefahr besteht mangels Voraussetzung nicht. Aber eines verstehen sie sehr wohl: Die Last, die ihnen der Fiskus für den Ertrag ihrer Arbeit auferlegt, ist unerträglich geworden.

Seit fast zwei Jahrzehnten klettert die Lohnsteuer etwa doppelt so schnell wie die Löhne selbst. Der progressive Steuertarif, einst für die dünne Schicht der großen Einkommen gedacht, erfaßt noch in diesem Jahrzehnt bereits zwei Drittel aller Steuerpflichtigen, während er 1980 beispielsweise nur fünf Prozent packte. Von zusätzlich verdienten hundert Mark müssen selbst Normalbürger nicht selten fünfzig, sechzig oder mehr Mark an Finanzamt abführen.

Dies darf man wohl einen Handlungsbedarf nennen, zumal da die anderen Zwangsgaben (für das Soziale) noch kräftiger steigen. Die Steuern müssen also gesenkt und nicht minder wichtig – vereinfacht werden. Jede Unfähigkeit bedeutet, Wachstumsschancen auszuschlagen, damit auf Arbeitsplätze zu verzichten, die Schattenwirtschaft zu fördern und den Bürger zu entmündigen. Er weiß besser als alle Apologeten des Wohlfahrtsstaats, was ihm frommt. Sein sauer verdientes Einkommen ist am besten in seiner Tasche aufgehoben, die Staatskasse kann stets nur der zweitbeste Aufbewahrungsort sein.

Jeder Finanzminister dieser jungen Republik hat sich an Steuerreformen versucht, gelungen ist bisher keinem. Gerhard Stoltenberg markiert nun für die neunziger Jahre wiederum dieses Ziel. Ein Entlastungsvolumen von netto zwanzig oder einigen Milliarden mehr Mark mag sich sehen lassen; auch ist das Ziel eines linearprogressiven Einkommensteuertarifs ein lobenswertes, aber eine Reform, die alle Bürger und Unternehmen wie einen Befreiungsschlag empfinden, wäre auch das nicht.

Vom biblischen Zehmt als moralisch-fiskalischem Maximum haben wir uns weit entfernt. Bei einem Spitzensteuersatz von 56 Prozent und Belastungen für Betriebe von 70 und mehr Prozent wird im bürgerlichen Lager die Frage aufgeworfen, ob ein Staat noch moralisch-fiskalisch sein kann.

Die Kriegsdienstverweigerer mit der Kalaschnikow

Neues vom „Aufbau“ und seinen Helfern in Nicaragua / Von Detlev Ahlers

Als diese Zeitung Ende Mai als erste meldete, die damals von Gegnern des Sandinisten-Regime gefangen genommenen deutschen „Aufbauhelfer“ seien mit dem sowjetischen Gewehr AK-47, der Kalaschnikow, bewaffnet gewesen, hagelte es Proteste und Demos.

Den Tatbestand hatten unter anderem die Contra-Kämpfer über Funk nach Tegucigalpa gemeldet. Aber das faden- und federführende „Informationsbüro Nicaragua“ in Wuppertal sagte: „Hetzel“, Bert Bastian von den Grünen: „Desinformation!“, Hermann Diehl der Vater eines der jungen Männer: „Verrat!“ Selbst der SPD-Rhein-Manager Wischniewski, der sich um die Freilassung der Gefangenen bemühte, behauptete, die WELT-Meldung stimme nicht.

Doch sie stimmt, und eine weitere Quelle der Bestätigung ist unverdächtig: Drei „Aufbauhelfer“ berichteten vorgestern Abend in der ARD-Sendung „Report“ darüber, wie sie in Nicaragua mit Waffen wache schoben: „Wir haben eine

ganz kleine, kurze Unternehmung in der Handhabung bekommen.“ Faktisch waren sie durch ihren Auftritt im Kriegsgebiet mit der Waffe in der Hand Kombattanten.

Interessant sind darüber hinaus bekanntgewordene Einzelheiten über den Einsatz solcher „Aufbauhelfer“. Das in Nicaragua bei einem Feuerüberfall ums Leben gekommene DKP-Mitglied Berndt Koberstein baute in Nicaragua eine Druckerei auf – in einem Staat, in dem es weder Presse noch Meinungsfreiheit gibt. Delikater noch, was die französische KP-Parteizeitung „L'Humanité“ im Nachruf auf den mit Koberstein gestorbenen Joel Fleux schrieb: Seine Aufgabe war es, „Radiomaterial“ im Kampfgebiet instand zu setzen – das konnte nach Lage der Dinge nur dem Militär nutzen, nicht der Zivilbevölkerung, der zu helfen nach Angaben des „Informationsbüros Nicaragua“ der Einsatz der „Aufbauhelfer“ allein gilt.

Aber was die Bewaffnung betrifft, so brachte „Report“ nicht nur die Nachricht. Der Beitrag wurde durch die Interviews mit den dreien zum Lehrstück, wie Gewissen zur Gesinnung verkommen kann. Denn die drei sind in der Bundesrepublik anerkannte Kriegsdienstverweigerer.

Sie erklärten dazu: Die Bundeswehr sei integrierter Bestandteil der NATO, „was auf die Unterstützung von Interventionen in der Dritten Welt hinausläuft“. „Es war ganz klar, daß ich die Waffe nur zur Verteidigung benutzt hätte.“ „Daß ich mich dort bewaffnet habe, hat mit den Ursachen des Krieges dort zu tun – von 'ner Weltmacht wird ein kleines Land bekämpft!“

Es besteht allerdings kaum Hoffnung, daß diese freimütigen Bekenntnisse den Mitverantwortlichen zu denken geben. Zum Beispiel der Evangelischen Kirche, die das „Informationsbüro Wuppertal“ finanziell unterstützt, deren Pastor Ulrich Luther in Nicaragua den Einsatz der „Aufbauhelfer“ mitorganisiert – und dessen mögliche Beteiligung an der dortigen Bot-

IM GESPRÄCH Peter Robinson

Paisley überbieten

Von Wilhelm Furler

In Ulster geht seit einiger Zeit ein geflügeltes Wort um, das sich etwa so übersetzen läßt: „Ist einmal Pastor Paisley nicht im Land, gerät sein Vize außer Rand und Band.“ Der jüngste Beweis: Als der Führer der protestantischen „Demokratischen Unionisten“ Nordirlands, Ian Paisley, letzte Woche in den USA weilte, organisierte sein Stellvertreter Peter Robinson einen nächtlichen „friedlichen“ Überfall auf den zur Republik Irland gehörenden Grenzort Clontibret.

Das wenig heldenhafte Schauspiel, das zunächst damit endete, daß Robinson von der irischen Garde-Polizei wegen Tötlichkeit gegen zwei Polizeibeamte, Beschädigung eines Polizeifahrzeugs und Anstiftung zu unerlaubter Zusammenrottung festgenommen wurde, hatte – wie nicht anders zu erwarten – ein blutiges Nachspiel. Als Robinson wenige Tage später mit einem Trüß militärischer „Loyalisten“, darunter natürlich der um seine Autorität bangende und somit vorzeitig aus Amerika zurückgeeilte Pastor Paisley, zum Gerichtstermin über die Grenze ins republikanisch-irische Dundalk zog, flogen die Flüste und Wurfgeschosse fanatischer Nationalisten.

Im Verlauf dieses Jahres ist es dem siebenunddreißigjährigen smart aussehenden Robinson gelungen, das Image eines entschlossenen Kämpfers aufzubauen. Er sagt an der Autorität des sechzigjährigen Paisley, bei dem die zwanzigjährige politische Karriere, seine Abgeordnetensitze in Westminster und im Europäischen Parlament sowie seine kirchlichen Ämter Spuren hinterlassen haben.

Zwar gibt es kaum einen Zweifel daran, daß der Pastor mit seiner mächtigen Stimme und seiner üblichen antikatolischen Rhetorik sein hohes Ansehen unter den meisten Anhängern der von ihm gegründeten „Partei Demokratischer Unionisten“ (DUP) beibehalten wird. Aber ungewollt wird er immer mehr zu einer Art Totem-Figur. Derweil steigt der ehr-



Wenn die Katze aus dem Haus ist: Robinson

geizige Robinson, ein ehemaliger Laienprediger, zur alles organisierenden Persönlichkeit auf. Er war es schließlich, der die Vereinbarung zwischen Paisley und dem Führer der „Offiziellen Unionisten“, Molyneux, torpedierte, mit Frau Thatcher Verhandlungen über das so verhasste anglo-irische Abkommen aufzunehmen.

Robinson hält den Abgeordnetensitz für den sehr großen Arbeiter-Wahlbezirk Belfast Ost. Mit zähem Einsatz hat er die DUP in eine politische Maschine umorganisiert und sich selbst zu einem unabhängigen und unersetzbaren Vize gemacht. Die auffallenden Unterschiede zwischen ihm und Paisley kommen in zwischen immer dann zum Vorschein, wenn es um die Frage der Anwendung rücksichtsloser Taktiken zur Bekämpfung des anglo-irischen Abkommens von Hillsborough geht.

Die paramilitärischen Sektionen und die Verfechter der harten Linie in der Partei haben den Glauben an Paisley verloren. Haben sie in Robinson ihren Mann gefunden? Das Schauspiel im Grenzstädtchen Clontibret hat sie jedenfalls nicht enttäuscht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie sieht alle Gefahr bei den Amerikanern und den Deutschen:

Amerika möchte erkennbar wieder die erste Macht auf dem Planeten werden, so wie es war, so will es. Und Ronald Reagan ist offenbar nicht bestrebt, als „Friedenspräsident“ in die Geschichte einzugehen, sondern als Staatsmann, der die Sensibilität, die durch Vietnam gerade in der jüngeren Generation der USA entstanden ist, mit Rambo-Methoden beseitigt, eine Mentalität überwindet, die auch bei Deutschen anzutreffen ist, wenn sie sich mit der eigenen, jüngeren Geschichte befassen.

Allgemeine Zeitung

Der Mann, der nach der Bismarck-Ära...

Der Krenl-Chief malte die „historische Chance“ aus, daß er mit Reagan ein Abkommen über den beiderseitigen Teststopp unterzeichnen werde. Auf diesem Gebiet kann es aber keinen Vertrag ohne präzise Garantien für die Einhaltung geben. Daran sind bisher alle guten Pläne gescheitert, und zur Stunde ist nicht klar, ob sich die Sowjetunion über mündliche Erklärungen hinaus zu Inspektionen auf ihrem Gebiet verpflichten will.

Frankfurter Allgemeine

Wer wird Gorbatschow: Rede skeptisch bewertet:

Es ist zu wenig, wenn der Sprecher Reagans sagt, ein allgemeines Testverbot liege nicht im westlichen Interesse. Es ist geradezu irreführend, wenn Bonner Politiker – von Genscher über Bahr – beifällige Geräusche zu Gorbatschows Rede

machen... Im Zentrum der Gleichgewichtsfrage stehen die strategischen Waffen. Gorbatschow erwartet, daß die Amerikaner mit SDI irgendwann einmal die Sowjetunion überholen werden – aber jetzt ist die Sowjetunion mit der Masse ihrer Offensivwaffen Amerika voraus. Dies ist das Thema. Davon sollte Gorbatschow die westliche Öffentlichkeit nicht ablenken dürfen. An derartigen sowjetischen Versuchen sollte eigentlich kein westlicher Politiker etwas zu „begreifen“ finden.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie hat ihre Zweifel an der Ostdeutschen...

Ob sich die DDR von den Warnungen aus Bonn beeindrucken läßt, ist höchst zweifelhaft. Wenn es in der Asylanfrage, wie vermutet, tatsächlich um so hochgesteckte Ziele wie den Berlin-Status und eine Zementierung der Sektorengrenze geht, dann erscheint es eigentlich wenig wahrscheinlich, daß eine härtere Gangart der Bundesregierung bei vergleichsweise zweifelhafte Verhandlungen über die Entlastung der Werra und Autobahnvervierungen viel nützt. Vergessen wir zudem nicht, daß die SED derzeit bei ihrer Einschleusungspraxis vom Krenl unverhohlen unterstützt wird: Ungerührt von den Protesten der drei Westmächte karriolen die Sowjets seit Wochen sogar weitaus mehr Wirtschaftsfördernde nach Ost-Berlin als die DDR selbst. Vielleicht will US-Präsident Reagan gut beraten, die Themenliste im Vorfeld des Gipfels mit Gorbatschow um diesen Punkt zu erweitern.

den grundsätzlich keinerlei Kriegsdienst mit der Waffe in der Hand leisten würden.

Schon lange vermuten manche Kritiker, daß „Kriegsdienstverweigerung“ für viele in Wahrheit eine Chiffre für ideologische Staatsfeindlichkeit ist. Nicht nur durch den Auftritt der drei Brigadistas, sondern vor allem durch ihre Fürsprecher wird diese Frage aktualisiert. So wurde auch der Bremer Bürgermeister Henning Scherf (SPD) in der Sendung nach dem Widerspruch gefragt: Hier Kriegsdienstverweigerer, dort Kalaschnikow-Träger.

Seine Antwort: „Anlaß für die vielen schlimmen Meldungen aus Nicaragua sind die US-finanzierten Contras.“ Als der Reporter nachhakte, wie Scherf erneut aus Deutschland sollten sich überall auf der Welt aus solchen bewaffneten Konflikten heraushalten? Das ist derselbe Scherf, der off so besorgt war wegen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, weil es hier ums Gewissen gehe.

Panhua tanzt seinen Eltern auf dem Kopf herum

Die Bevölkerungsexplosion ist so groß wie gestoppt. Die Ein-Kind-Familie ist, von den wohlhabenden Bauern abgesehen, die Regel. Doch die Chinesen haben vor neuen Schwierigkeiten: Die Kinder haben Probleme.

von JOCHEN HEHN

Panhua ist ein Satansbraten, er ist nur Dummkopf im Kopf", versucht Wang Xizong seine heuchelische Geschäftigkeit zu entschuldigen, mit der er in seiner Zweizimmerwohnung alle beweglichen Objekte, Fotos, Bilder von den Wänden, das Teegeschirr und die Bücher vom Regal in Sicherheit bringt. Er verschließt sogar den winzigen Balkon sorgfältig, auf dem der Vogelbauer hängt und die Topfpflanzen stehen. Beinahe jeden Besuch hat er tatsächlich ruiniert. Wenn die Nacht kommt, ruft sie: ruiniert. Er warf sie vom Balkon. Zum Glück wurde niemand verletzt.

Bei der Erwähnung seiner verlassenen Lieblingspflanze, deren Blütenesseln sich nur bei Nacht öffnen und einen süßen, schweren Duft verströmen, läßt Wang, ein immer freundlicher, abgeklärter, wenn auch Lehrer am Fremdspracheninstitut in Chongqing, unverkennbare Zeichen des Unmuts erkennen.

Panhua, sein Enkel, dem die Vorsichtsmaßnahmen gelten, ist ohne Geschwister aufgewachsen und gerade fünf Jahre alt geworden. Er zählt gewissermaßen zur ersten Generation jener 32 Millionen Einzelkinder, die seit 1979, als China damit begann, die Ein-Kind-Familie zu propagieren, das Licht der Welt erblickt haben.

Großvater Wang, selbst mit fünf Geschwistern groß geworden, liebt seinen Enkel abgöttisch, auch wenn er das Resultat der Erziehungsmethoden seiner Tochter und seines Schwiegersohnes nicht billigt. "Sie verwöhnen ihn zu sehr, erfüllen ihm jeden Wunsch, und nun tanzt er ihnen auf dem Kopf herum."

In einer Gesellschaft wie der chinesischen, in der Erziehung seit Jahrhunderten durch Gemeinschaftsideale wie Disziplin und Selbstlosigkeit, aber nicht durch Individualismus geprägt war, hat das selbstbewusste, freche Auftreten solcher Kinder wie Panhua lautes Nachdenken ausgelöst. Die chinesischen Familienplaner sehen schon eine Generation von rücksichtslosen Menschen heranwachsen, unfähig dazu, mit anderen Menschen derselben Altersstufe zurechtzukommen.

Dermaßen um den Nachwuchs besorgt, haben sie sich sogar zu einer

Untersuchung veranlaßt, die nach Angaben der Peking "Volkszeitung" (Renmin Ribao) ergab, daß die Einzelkinder zwar gestandener und intelligenter als die Kinder früherer Generationen seien, und sie neigten auch dazu, unabhängig zu denken und seien lernbegierig. Doch seien sie "verwöhnt, gleichgültig und unfähig, für sich selbst zu sorgen".

Das Elternjournal "Fumu Bidu" (Elternlektüre) meinte, der Grund für die falschen Erziehungsmethoden habe seine Ursache in "vier Ängsten". So fürchteten die Eltern, daß ihre Kinder verstorben werden, daß sie nicht talentiert genug sind, daß sie im Alter nicht unterstützt oder krank werden oder gar sterben.

Inzwischen wurden als Gegenmaßnahmen in fast allen Provinzen des Landes Beratungsstellen und eine Art von Schulen für die Eltern von Einzelkindern eingerichtet. Allein in Sichuan, mit 100 Millionen Menschen die bevölkerungsreichste Provinz Chinas, gibt es in 70 Prozent der Kreise und Städte spezielle Beratungsstellen, in denen 129 000 Mitarbeiter den Eltern ihre Hilfe bei der Vorschul- und Schulbildung der Einzelkinder anbieten.

Die nabelgende Alternative zu dieser Erziehungshilfe, die Rückkehr zur Zwei-Kind-Familie, steht für China Politiker völlig außer Frage. Angesichts einer Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, davon 500 Millionen im fortpflanzungsfähigen Alter, hat die chinesische Regierung die wohl drastischste Bevölkerungsplan auf dem Erdball ins Leben gerufen. Pekings Planziel ist es, die Bevölkerung des Landes nicht über 1,2 Milliarden im Jahre 2000 anzuheben zu lassen, und dieses Ziel wurde auch in die langfristige Wirtschaftsplanung aufgenommen.

Die Familienplaner haben ganze Arbeit geleistet

Für die Provinz Sichuan bedeutet dies, den Bevölkerungszuwachs auf 120 Millionen zu begrenzen, andernfalls würden die Erfolge in der Landwirtschaft von seinen Menschen buchstäblich aufgefressen.

Wie ernst es den Verantwortlichen mit der Bevölkerungspolitik ist, wird man sicher nicht feststellen können, wenn man sich durch die Straßen der Städte in Sichuan schleicht. Selbst an einem Werktag ist man wie betäubt inmitten dieser Menge gefangen: nicht endende Kolonnen von Radfahrern, stetiges Auf und Ab des Menschengewimmels auf Gehsteigen und Straßen, Massen von Kindern, die den Langmännern (den Europäern) la-



Aufklärung, Propaganda und finanzielle Sanktionen haben erreicht: die chinesische Ein-Kind-Familie

chend umringen. Und dennoch: Gerade in Sichuan haben die Familienplaner ganze Arbeit geleistet. Geburtenplanung ist in dieser Provinz zur Geburtenverhinderung geraten. So liegt die Geburtenrate derzeit bei 0,3 Prozent und kommt dem angestrebten Nullwachstum damit schon sehr nahe. Der Erfolg wurde mit einem großen Propaganda-Aufwand und rigorosen Vorschriften erzielt.

Auch Panhua's Eltern haben den Wandel in der Bevölkerungspolitik hautnah miterlebt. Als sie im Dezember 1979 im Alter von 25 und 28 Jahren endlich heiraten durften (das hohe Heiratsalter ist ebenfalls Teil der Familienplanung), wurde es ihnen zur Auflage gemacht, bei dem für ihre Einheit zuständigen Büro für Familienplanung eine Genehmigung für die Zeugung eines Kindes einzuholen. Den Jungvermählten wurde jedoch bedeutet, die Schwangerschaft um zehn Monate hinauszuschieben, da sonst die Einheit zugewiesene Geburtenrate nicht eingehalten werden könne. Gleichzeitig mußten sie sich verpflichten, nur dieses eine Kind zu haben. Mithin begriffen in die "Beratung" war eine Aufklärung über die verschiedensten Methoden der Empfängnisverhütung und der Hinweis, daß alle Kontrazeptiva selbstverständlich kostenlos ausgeben würden.

Das junge Paar hielt sich peinlich genau an die Empfehlungen. Panhua kam keinen Monat zu früh zur Welt. Mit gutem Grund: Jede vorzeitige Geburt - auch die des ersten Kindes - wird seit 1979 mit empfindlichen finanziellen Sanktionen belegt. Das Baby wird zur "Schwarzmarkt-Existenz" verurteilt, das heißt, daß alle Bezugsscheine für rationierte Waren wie zum Beispiel für Öl zum Kochen

oder Baumwolle, einbehalten werden. Zusätzlich wird dem Ehepaar eine Geldstrafe von 30 Yuan (24 Mark) auferlegt, und eine Buße, selbst bei relativ hohen Familieneinkünften von 100 Yuan.

Nachhilfestunde für die jungen Ehepaare

Ehepaare, die ihr erstes Kind vorzeitig und ohne Genehmigung zur Welt gesetzt haben, müssen regelmäßig an Informationsveranstaltungen des Büros für Familienplanung teilnehmen, auf dem sie gedrängt werden, die Ein-Kind-Politik anzuerkennen und ebenfalls einer Sterilisation zuzustimmen.

Verstöße gegen die Richtlinien werden keineswegs als Vergehen, sondern als Vergehen gegen die Interessen des Staates betrachtet. Wohl einmalig auf der Erde dürfte es sein, daß eine Verfassung so wie es die chinesische tut, daß zur Geburtenplanung verpflichtet. Auch die Bürger selbst sind in Pflicht genommen. In Artikel 4 heißt es, die Geburtenplanung sei eines der grundlegenden Rechte und Pflichten der Bürger.

Doch Gesetze, Vorschriften, Empfehlungen werden auch in China mißachtet. Vor allem in der Bevölkerungspolitik regt sich Widerstand gegen die rigorose Ein-Kind-Politik. Die Köpfe vieler Bauern ist noch immer die konfuzianische Tradition eingeprägt, nach der Kinder reichem ein Segen bedeutet. Kinder zu nicht nur willkommenen Arbeitskräfte, sondern sie können (vorausgesetzt, daß

es Söhne sind) den Ahnenkult fortsetzen. Diese Überzeugung hat in den letzten Jahren - wohl auch zur Bestärkung der Regierung in Peking - dazu geführt, daß es vermehrt zu Tötungen von neugeborenen Mädchen kam. Die Tatsache, daß solche Fälle immer wieder an prominenter Stelle in der chinesischen Presse veröffentlicht werden, muß als Zeichen dafür gewertet werden, daß die Säuglingsmorde der chinesischen Regierung Sorgen bereiten.

Ein probates Mittel bei der Durchführung der Ein-Kind-Politik ist die Verhängung drakonischer wirtschaftlicher Sanktionen. Die beim zweiten Kind auferlegte Geldbuße kann je nach Ermessen der Familienplaner zwischen 200 und 1000 Yuan betragen. Dazu kommen dann noch die monatlichen Abzüge von bis zu 30 Yuan. Weggang des Krankenversicherungsschutzes, Benachteiligung bei der Wohnraumzuteilung und andere Maßnahmen, einschließlich der Rückzahlung aller der Prämien, die gezahlt wurden, solange die Ein-Kind-Grenze eingehalten wurde.

Bei den Bauern, die aufgrund ihrer zusätzlichen Einkünfte aus den Verkäufen ihrer Überschüsse auf den freien Märkten zu einem Wohlstand gelangt sind, greifen die wirtschaftlichen Sanktionen jedoch nicht wie gewünscht. Sie ziehen es vor, die Geldbußen zu zahlen. Doch auch hier setzen die Geburtenplaner jetzt die Daumenschrauben an. Widerstände werden gebrochen, indem die Zwangsabgaben an den Staat erhöht werden oder niedrigere Preise für die Produktumstände werden. Weitere Druckmittel bestehen darin, den Bauern anzudrohen, die Pachtverträge für ihr Land aufzukündigen.

Ein Aspekt der chinesischen Bevölkerungspolitik war sogar geeignet, internationale Verwicklungen heraufzubeschwören. Als das Büro für internationale Beziehungen der USA im letzten Jahr wegen angeblich zahlreicher Fälle zwangsweiser Abtreibungen in China einen Zuschuß von zehn Millionen US-Dollar für den UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) sperrte, regierte die chinesische Führung irritiert auf die "unerträgliche Einschüchterung in die inneren Angelegenheiten Chinas".

Peking räumte zwar ein, daß die Familienplanungs-Politik Mängel und Unzulänglichkeiten aufweise, doch könne man daraus keinen allgemeinen Trend konstruieren. China praktiziere vielmehr das Prinzip der "freiwilligen Teilnahme" unter der Anleitung des Staates und bekämpfe alle Zwangsmaßnahmen in der Familienpolitik. Außerdem - so Peking - könne keine Politik hunderte Millionen zwingen, die Geburtenkontrollen gegen ihren Willen durchzuführen.

Die Tagesklinik heilt die kranke Kinder-Seele

Es gibt keine Betten, aber dennoch ist es eine Klinik. Der kleine Patient kommt am Morgen und kehrt am Abend in seine häusliche Umgebung zurück. Die Tagesklinik füllt eine psychotherapeutische Lücke.

Von A. GRAF KAGENECK

Das kleine Mädchen kauert in der Ecke der Bank, hält den Schulranzen fest umschlungen und sieht den Besucher aus erschreckten, leicht schielenden Augen an. Angst ist in sein Gesicht geschrieben. Kontaktstörung. Noch nicht zehn Jahre alt, hat sie schon die Schrecken der Umwelt empfinden müssen, den Lärm, den Streß, den Leistungszwang. "Ein sehr typischer Fall", flüstert die leitende Ärztin.

Das Mädchen ist nicht allein. Zusammen mit etwa 70 anderen Kindern teilt sie sich die Zeit der ambulanten Behandlung, die hier in der "Tagesklinik" in der Kölner Pionierstraße am Zoo zur Verfügung steht, um die Kinder von ihren diversen Traumata zu befreien. Hinzu kommen rund 24 Fälle, die längerfristig behandelt werden. Längerfristig, das heißt jeweils etwa zehn Stunden am Tag in eigens dafür hergerichteten Räumen.

Dies hier ist keine Klinik im herkömmlichen Sinne. Es gibt keine Betten in ihr. Man ist, wie der Name Tagesklinik ausweist, nur über Tag hier, kommt morgens und geht abends wieder nach Hause.

Hier in der Klinik werden zwei Funktionen erfüllt: Einmal stopft man die psychotherapeutische Lücke, die in der Bundesrepublik immer noch zwischen der Häufigkeit psychopathischer, psychiatrischer oder psychosomatischer Erkrankungen und dem Angebot an entsprechenden Kliniken herrscht, zum zweiten ermöglicht diese spezifische Form der "offenen" Behandlung dem Kranken, in seinem natürlichen Umfeld der Familie, der Wohnung, verharren zu können. Man bleibt - zumindest nach außen - ein Mensch wie alle anderen, man ist nicht "in der Psychiatrie". Die Einführung von Tageskliniken im psychotherapeutischen Bereich hat in Deutschland lange auf sich warten lassen. Viel länger beispielsweise als in der Schweiz oder in Großbritannien.

Die Initiative kam von privaten Trägern

Noch Ende der siebziger Jahre stellte die Bundesregierung in einem Bericht über die entsprechende Lage fest: "Ein irgendwie geordnetes und koordiniertes System von Versorgung psychisch auffälliger, gestörter und behinderter Kinder und Jugendlicher ist nur in (schwachen) Ansätzen vorhanden." Inzwischen hat sich das einiges getan, wenn man im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte auch nicht annähernd an den Versorgungsgrad der Schweiz herangekommen ist.

Vor allem dank privater Kostenträger konnte die Zahl der Tageskliniken in der Bundesrepublik immerhin auf 120 angehoben werden, die mit 2400 Plätzen, schon etwa drei Prozent aller psychiatrischen Krankenhausbehandlungen übernehmen können.

Nicht nur Kinder und Jugendliche, auch Erwachsene werden behandelt, wie etwa in der Tagesklinik von Siegfried bei Bonn, wo vor allem ältere Menschen, neurotisch und psycho-

tisch erkrankt, wieder in die Gemeinschaft gesunder Mitmenschen zurückgeführt werden. Jeder, der eine seelische Krise verspürt, kann sich entweder direkt bei einer solchen Klinik melden oder sich über seinen behandelnden Arzt dort einweisen lassen.

Die Ärzte, Psychologen, Familien- und Bewegungstherapeuten, Sozialarbeiter und freiwilligen Helfer sind sich darüber im Klaren, daß sie eine Vorreiterrolle übernommen haben. Hier wird psychotherapeutisches Neuland betreten, an dessen Ende vielleicht einmal das Ende der klassischen Psychiatrie stehen könnte.

Auch die Krankenkassen, zunächst skeptisch abwartend, haben jetzt erkannt, daß sie ein solches Vorhaben unterstützen und es in ihre Versorgung einbeziehen sollten. Vor ihnen taten das seit längerem private Hilfsorganisationen, wie der Johanniterorden oder die Küpper- und die Barmherzigen.

Gräfin Eulenburg, die Vorsitzende des Trägervereins der Johanniter für die Tagesklinik in der Kölner Pionierstraße, hatte schon vor zehn Jahren nach der äußerst pessimistischen "Psychiatrie-Enquete" der Bundesregierung die Dringlichkeit der Stunde erkannt und die Trommeln bei Industrie und Banken zu rühren begonnen.

"Wir bauen fest auf die Heilungskraft der Familie"

"Wir haben den Bedarf", so Gräfin Eulenburg, "soben erst ein wenig steuern können, aber es bleibt noch viel zu tun", sagt die energiegeliche Tochter eines rheinischen Industriellen, die 1978 ihre erste Tagesklinik in Siegburg ins Leben rief. Heute. Jedenfalls glauben alle, die an diesem Hilfswerk beteiligt sind, daß eines der ernstesten Probleme unserer Zeit nur über den Weg der ambulanten und teilstationären Behandlung gelöst werden kann.

"Wir bauen fest auf die Heilungskraft der Familie", ergänzt Adolf Schumacher, Diplom-Psychologe und einer der Leiter der Kölner Tagesklinik. "Familien-Therapie wird bei uns ganz groß geschrieben, ohne sie geht nichts. Der Symptomträger wird überhaupt nur in Begleitung seiner Eltern, oft seiner Schulfreunde, seiner Lehrer oder aller sonst irgendwie relevanten Personen aus seiner Umgebung zu einem ersten Gespräch empfangen, das über eine Aufnahme entscheidet. Oft stammen Störungen aus einem gestörten Familienleben, dann können wir auch da manches heilen."

Im Jahr kommt man in Köln auf bis zu 240 Familien, auf diese Weise betreut werden. Oft braucht man zwanzig Sitzungen in Familientherapie, bis man an den Kern der Sache herangekommen, eine Besserung erkennen ist. Es wird in drei Altersgruppen von 5 bis zum 21. Lebensjahr der Patienten gearbeitet. Der Tag verläuft mit Behandlung, Freizeitbeschäftigung, Sport, unterbrochen von Mahlzeiten, die die Patienten sich selbst in kleinen Küchen zubereiten können - auch das Bestandteil der Therapie. Nur Drogenabhängige und dauerhaft geistig behinderte Kinder bleiben ausgeschlossen.

Der Andrang ist groß, wer aufgenommen werden will, muß heute bis zu acht Wochen warten. "Und die Fälle, die uns beschäftigen, nehmen leider allgemein zu", sagt Psychologe Schumacher.



Die Kinder sind gesünder und intelligenter geworden, doch die Einzelkinder sind „verwöhnt und unfähig, für sich selbst zu sorgen“

"Wer soviel geschäftlich unterwegs ist wie ich, muß sich auf seinen Flügen entspannen. Und das kann ich gut bei FINNAIR."

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Europe-City-Club-Lounge am Flughafen Frankfurt. Mit Executive-Schalter und -Lounge am Flughafen Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Siegmar Ley
Verkaufsdirektor SRS Hotels -
Siegenberger Reservation Service

NEU! Ab Helsinki jede Woche:
1x BANGKOK-SINGAPUR
2x TOKYO

TAGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG: NONSTOP	
nach HELSINKI	ab HELSINKI
FRA 09.40 - 13.10	FRA 07.00 - 08.30
HAM 14.30 - 17.20	HAM 08.00 - 08.55
FRA 21.10 - 00.40	FRA 18.05 - 19.40

Flüge nach und von Finnland im Pool mit Lufthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

FINNAIR

Komfort den Sie brauchen

„Bayernkurier“ greift FDP und CDU an

DW, München

Unter der Überschrift „Wahlkampfziel - Was die CSU will“ hat der Chefredakteur des CSU-Parteipapiers „Bayernkurier“, Scharnagl, geschrieben, es gebe in der FDP immer noch starke Kräfte, die sowohl innerlich wie auch ganz offen in ihrem politischen Taktiken dem Bündnis mit der SPD nachtrauern. Die Namen Hirsch und Baum stünden hier „nur beispielhaft“. Zu den jüngsten Streitigkeiten zwischen Genscher und der CSU wegen Differenzen mit der Wiener Regierung und wegen der Diskussion um künftige Ministerposten meinte Scharnagl, die CSU habe es „zu Recht als skandalös“ empfinden müssen, daß „ein CDU-Politiker namens Rühse“ Genscher sofort in Schutz genommen und dies mit Behauptungen an die Adresse des CSU-Vorsitzenden Strauß verbunden habe. Die CSU habe es sorgfältig registriert, daß die Angriffe des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Strauß und die CSU von der CDU-Führung ohne ein „Wort der Distanzierung, der Klarstellung oder der Entschuldigung“ übergangen worden seien.

Reaktorabkommen rückt näher

dpa, Bonn

Als „ersten wichtigen Erfolg“ hat Umweltminister Wallmann (CDU) die auf dem Wiener Vorbereitungstreffen für verstärkte internationale Zusammenarbeit im Kernenergiebereich verabschiedeten Konventions-Entwürfe über frühzeitige Information und gegenseitige Hilfe bei nuklearen Unfällen begrüßt. Beide Abkommen,

Anzeige

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Ist der TÜV reif für den Schrottplatz?

13 Millionen TÜV-Hauptuntersuchungen finden jährlich statt. Technisch bestens ausgestattete Prüfstellen arbeiten mit höchstem Weltstandard, um Sicherheitsmängel festzustellen. Und trotzdem kommt es immer häufiger zu eklatanten Fehlern bei den TÜV-Überprüfungen. Bestenfalls: Schlimmer! Ist die TÜV-Prüfung selbst noch deutsche Wertarbeit? QUICK wollte es genau wissen und überprüfte den TÜV. Lesen Sie, warum die von QUICK an nur zwei Tagen aufgedeckten TÜV-Pannen nur die Spitze des Eisbergs sind. Und mit welchen Tricks schrottreife Autos durch den TÜV gebracht und anschließend auf den Straßenverkehr losgelassen werden!

QUICK steht für Qualität!

über die endgültig die Ende September tagende Ministerkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) entscheiden soll, seien geeignete der Schutz vor grenzüberschreitenden Auswirkungen eines möglichen Reaktorunfalls wesentlich zu verbessern.

SPD fordert Runde für Zinssenkung

rt, Bonn

Die SPD hat eine internationale Zinssenkungsrunde und die sofortige Einberufung einer neuen Weltwirtschaftskonferenz gefordert. Vor allem wegen der Konjunkturschwäche in den USA drohe der Weltwirtschaft eine erneute Krise, erklärte ihr Wirtschaftsexperte Jens. Deshalb müsse jetzt durch abgestimmte Zinssenkungen vor allem in den USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland gegengesteuert und die Nachfrage angekurbelt werden. Eine Senkung der Diskontsätze um ein bis zwei Prozent sei möglich und angebracht. In den USA steigen die Sorgen vor einer Rezession. Diese würden mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr auf die Bundesrepublik Deutschland übergreifen.

Ausbildungsrekord im Druckgewerbe

dpa, Wiesbaden

Einen „Ausbildungsrekord“ meldet der Bundesverband Druck e.V. für das Ausbildungsjahr 1985/86. Die Druckbetriebe sowie Firmen der Papierherstellung und -verarbeitung hätten in diesem Zeitraum 16 800 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Das entspreche im Vergleich zum vorangegangenen Ausbildungsjahr einer Steigerung von 9,4 Prozent. Mit 5300 weiblichen Lehrlingen sei der Anteil der Frauen an den „Azubis“ auf fast ein Drittel gestiegen.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood Cliffs, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Absolute Mehrheit schafft keiner, der nur ein guter Mensch ist

WELT: Ist die SPD plötzlich der Meinung, daß Sie doch einen falschen Kanzlerkandidaten ausgewählt hat?

Vogel: Keineswegs, hinter der Partei liegen jetzt einige Wochen, in denen sie nach der erfolgreichen Anstrengung in Niedersachsen Atem geholt hat. Der Nürnberger Parteitag wird zeigen, daß wir wieder voll da sind. Spätestens dann ist das Zwischenhoch zuende, das die Union aus der Tatsache konstruiert hat, daß sie am 15. Juni in Niedersachsen um Haarsbreite an einer totalen Katastrophe vorbeigeschrammt ist. Angesichts der schlimmen Verluste der Union war das handwerklich gekonnt.

WELT: Aber nun haben ja Enkel und andere deutlich gemacht, daß es Differenzen zu Rau gibt.

Vogel: Wo eigentlich? Außerdem: Vor Ahlen gab es auch noch ein kurzes Zwischenhoch für die CDU, nach Ahlen war das restlos weg. Wenn Sie die Böllingsche Kritik meinen - die hat eher geholfen als geschadet.

WELT: Nun, es hilft ja nicht, wenn diese Stimmungsschwüngen alle Vierteljahr wiederkommen.

Vogel: Nein. Dies habe ich auch nicht als eine Art Zyklus im Kopf.

WELT: Kann es sein, daß in der Partei auch ein Unbehagen über den Kandidaten um sich gegriffen hat, der als guter Mensch aus Wuppertal aber nicht programmatisch aufrückt?

Vogel: Da wollen bestimmte Leute, daß sich gewisse Etiketten verfestigen. Ich kann nur dazu raten, sich die bisherige politische Lebensgeschichte von Johannes Rau anzusehen. Als es um die Nachfolge von Heinz Kühn ging, hat er sich gegen Posser und Farthmann durchgesetzt. Und das sind ja weiß Gott keine Leichtgewichte. 1980 und 1985 hat er in Nordrhein-Westfalen absolute Mehrheiten

geholt. Das schafft keiner, der nur ein guter Mensch ist.

WELT: Aber in den letzten Wochen hat außer Rau niemand mehr von absoluter Mehrheit gesprochen.

Vogel: Diese Meßlatte hat Johannes Rau vor seiner Kandidatur gesetzt. Alle, die ihn nominiert haben, konnten sie und haben sie akzeptiert. Daran hat sich nichts geändert. Ein bestimmter Satz im „Zeit“-Interview des Parteivorsitzenden ist da ein bißchen überinterpretiert worden.

WELT: Aber Glotz hat nachgeschoben mit seinem Interview über das „schöne Ergebnis“ von 43 Prozent.

Vogel: Warum sollte man eine Verbesserung von 38 auf 43 Prozent nicht als etwas Erfreuliches bezeichnen dürfen. Nur, hier geht es nicht darum, daß sich die SPD eine Freude macht, sondern es geht darum, ob in den nächsten vier Jahren Kohl-Politik oder sozialdemokratische Politik gemacht wird.

WELT: Als die Kandidatur von Rau begann, hatte die Regierung genug Probleme mit sich selbst. Inzwischen hat sich da ja manches geändert.

Vogel: Wieso? Trotz der Ölpreiserhöhung und der Entwicklung der Rohstoffpreise verharrt die Arbeitslosigkeit unverändert auf Rekordhöhe. Und die Zahl der Beschäftigten war trotz aller Schönfärberei am Ende des 1. Quartals 1986 noch immer niedriger als die Zahl der Beschäftigten am Ende der Regierung Schmidt am 1. Oktober 1982.

Auch der Streit in der Koalition hat ja eher zu- als abgenommen. Inzwischen geht es ja nicht mehr allein um die ständigen Rempelen zwischen der CDU und der FDP. Inzwischen beschimpfen sich ja schon die Stellvertreter von Herrn Dregger, nämlich Herr Waigel und Herr Rühse, in aller Öffentlichkeit.

Und die Ohreife, die sich die Bun-

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel sieht in Kanzlerkandidat Johannes Rau den Mann, mit dem die SPD eine absolute Mehrheit erreichen kann. Auf dem Parteitag in Nürnberg werde seine Partei in der nächsten Woche zeigen, daß sie wieder „voll da“ ist, die „Stimmungsschwüngen“ vorüber sind. Über die Lage der SPD sprach mit ihm Peter Philipps.

JO: JUPP DARCHINGER

derung mit dem Beschluß des

anrührenden Senats geholt hat.

Silfrage nur an US-Firmen zu

geht, ja auch nicht von schlech-

ten.

V. Bleibt die absolute Mehr-

heits Ziel? Bedeutet das nicht,

dräcker als bisher versucht

zu muß, eine ganze Anzahl poten-

zieller SPD-Wähler zu ma-

chen

Vogel: Herlich. Das ist ja auch im

Saarländ NRW und zuletzt in Nie-

dersen im erheblichen Umfang

gelung. Das eigentlich Über-

schaen Niedersachen war ja,

daß dünnen wenige Wochen nach

Tschern fast stagnierten. Das

zeigt, eine ganze Anzahl poten-

zieller SPD-Wähler und auch Leute,

die sch-imal grün gewählt ha-

ben, zu gekommen sind.

WELT: Wo soll plötzlich das

emotivierende Thema her-

kommen zum Januar, das die

SPD zur absoluten Mehrheit hoch-

reißt?

Vogel: 1972, als wir das bisher beste

Ergebnis erzielt haben, gab es in

Nordrhein-Westfalen bei der vorher-

gehenden Landtagswahl nur knapp

über 50 Prozent für die SPD. Im Jah-

re 1985 hat Johannes Rau 52,6 Pro-

zent erzielt. Also schon von daher

zeigt sich, daß mit Johannes Rau

Wähler und Prozentzahlen erreich-

bar sind, die jedenfalls in Nordrhein-

Westfalen deutlich über dem liegen,

was wir 1972 in Nordrhein-Westfalen

erreicht haben.

WELT: Halten Sie denn das

Haft-Papier über den Ausstieg

aus der Kernenergie für ein seri-

öses und hilfreiches Papier auf die-

sem Weg?

Vogel: Ja. Es zeigt, wie wir schritt-

weise aus der Kernenergie ausstei-

gen können. Und es nennt nicht ein-

fache Jahreszahl sondern sagt,

von welchen Voraussetzungen die

SPD spricht von Einmischung der US-Streikkräfte in Mainz

Es geht um ein Positionspapier mit Blick auf die Wahl

JOACHIM NEANDER, Mainz

In einem Entschließungsantrag will die SPD-Fraktion den rheinland-pfälzischen Landtag auffordern, „Einmischungsversuche der US-Streikkräfte in den Landtagswahlkampf zurückzuweisen“. Den Anlaß für diesen ungewöhnlichen Vorstoß der Opposition bietet ein internes Positionspapier der Amerikaner, das aus dem US-Hauptquartier in Heidelberg von Unbekannten über die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) den Medien zugespielt worden ist.

Es handelt sich um einen Tätigkeitsbericht des „US Forces Liaison Office“ (Verbindungsbüro der Amerikaner zu den Landesregierungen Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland in Wiesbaden). Darin wird vertrieben davon abgetragen, das sogenannte ROCAS-Programm (Einsparungen bei den Streikkräften) noch vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1987 durchzuführen, weil eventuelle Entlassungen deutscher Zivilangestellter zu Unruhe in der Bevölkerung, Diskussionen im Wahlkampf und eventuell einem Verlust der „wackeligen“ absoluten Mehrheit der CDU führen könnten. Zugleich wird an mehreren Beispielen die sehr viel negativere Haltung

der SPD gegenüber den US-Streit-

kräften aufgezeigt.

Der SPD-Landesvorsitzende Ru-

dolf Scharping hält dies für eine

„skandalöse Einmischung in innere

deutsche Angelegenheiten“. Mini-

sterpräsident Vogel (CDU) müsse es

peinlich sein, von den Amerikanern

so „umarmt zu werden“. Auch die

ÖTV, die die Entlassung von 8000 der

23 000 Zivilangestellten befürchtet,

hat in einem Fernschreiben den Mini-

sterpräsidenten aufgefordert, Stel-

lung zu nehmen.

In der Mainzer Staatskanzlei

betrachtet man die Diskussionen of-

fenbar gelassen. Bernhard Vogel er-

klärt, er kenne das Papier nicht. Der

pfälzische CDU-Bezirksvorsitzende

Kultusminister Götzler fügt etwas

sarkastisch hinzu, das Papier sei „zu-

war ungewöhnlich, aber in manchen

Punkten gut verständlich“.

Regierungssprecher Hennes

Schreiner gegenüber der WELT: „Die

sollen doch froh sein, daß wir es mit

unserem Gewicht sind, die mit den

Streikkräften über deutsche Arbeits-

plätze verhandeln und bisher ihren

Abbau verhindern konnten. Wer die

Amerikaner bei fast jeder Gelegen-

heit beschimpft und dann fordert,

daß sie mehr Leute einstellen, ist

nicht glaubwürdig.“

Börner: Gratwanderung im Ausländer-Wahlrecht

Gesetzentwurf der Grünen im Landtag abgelehnt

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Für die hessische SPD ist die neue, mit den Grünen vereinbarte Ausländerpolitik zu einer „Gratwanderung“ geworden. Ministerpräsident Holger Börner (SPD), der diesen Begriff in einer von den Grünen erzwungenen Debatte des Hessischen Landtags verwandt, kündigte einerseits weitere Schritte seiner Regierung zur Stärkung der Stellung der Ausländer an. Gleichzeitig wies er die Forderung der Grünen zurück, den Ausländern das kommunale Wahlrecht einzuräumen.

Eine noch viel gewundeneren Erklärung gab SPD-Fraktionschef Ernst Welteke in der gleichen Debatte ab: Das kommunale Wahlrecht für Ausländer sei zwar „politisch wünschbar“, Dennoch lehne seine Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf der Grünen ab. Er sei nicht nur mit „verfassungsrechtlichen Risiken belastet“, sondern stoße auch bei der Bevölkerungsmehrheit auf Ablehnung.

Demgegenüber wiesen die Oppositionsparteien CDU und FDP den Gesetzentwurf der Grünen aus politischen Gründen zurück. Ausländer, die der Bundesrepublik wieder den Rücken kehren wollten, könnten

nicht über Fragen mitentscheiden,

die die Rechte der auf Dauer hier

lebenden Staatsbürger betreffen, da

sie selbst die Folgen ihrer Entschei-

dungen gar nicht zu tragen hätten.

Jene Ausländer jedoch, die bleiben

wollten, erlangten automatisch mit

der deutschen Staatsbürgerschaft

auch das Wahlrecht.

Die Grünen hatten ihren Gesetz-

entwurf gegen ausdrückliche Beden-

ken ihrer sozialdemokratischen Ko-

alitionspartner in den Landtag einge-

bracht. Ihr Abgeordneter Bernd Mes-

singer argumentierte, die meisten

Ausländer in der Bundesrepublik sei-

en „nur noch ihrem Paß nach Auslän-

der“. Sie müßten das Recht erhalten,

in der Politik mitzureden und über

die Probleme in ihren Wohngebieten

mitzubestimmen.

Deutlich war das Bestreben sowohl

der Grünen als auch der SPD, die

durch den Asylantenzustrom entstan-

dene Brisanz des Themas herunterzu-

spielen. Die Ausländerproblematik

dürfte nicht zum Wahlkampfthema

werden. Den Hintergrund dieser Sor-

ge enthielt Fraktionschef Welteke:

Fünfzig Prozent der Bundesbürger

lehnen die Einführung des Kommunal-

wahlrechts für Ausländer ab.

Geteiltes Jubiläum in Berlin: Heiter im Westen - militärisch im Osten

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einer überzeugenden Darstellung freiheitlich westlicher Lebensart, politischer Beständigkeit, Freundschaft zu den Schutzmächten und heiterer Gastgeberlaune will sich der Westteil Berlins 1987 präsentieren. Der Kontrapunkt setzt dagegen Ost-Berlin: Wenn Berlin im nächsten Jahr seinen 750. Geburtstag feiert, will die „DDR“-Seite auch mit Paraden, Militäraufzügen, Aufmärschen und „Kampfpapieren“ den Hauptstadt-Charakter des Ostteils demonstrierend unterstreichen. Das komplette Programm soll Ende September vorliegen.

Zwei Welten und Sichtweisen in einer Stadt - so stellt sich Berlin 24 Stunden nach der Vorlage des westlichen Feier-Programms durch den Senat dar (die WELT berichtete mehrfach). Als Grundmelodie der West-Festlichkeiten nannte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen die Darstellung Berlins in seiner nationalen Bedeutung „als die einzig denkbare Hauptstadt aller Deutschen“. Sie bilde die Klammer zwischen Ost und West und werde sich als „freiheitliche Metropole mit ihrer Vielfalt, Urbanität und Toleranz“ erweisen.

Stelldeich der Prominenz

Das wichtige politische Dekor bilden die zugesagten Visiten der Oberhäupter aller drei westlichen Schutz-mächte an der Spree:

● Queen Elizabeth II. reist - dann zum drittenmal - am 30. oder 31. Mai 1987 nach Berlin und nimmt dort die traditionelle Geburtstags-Parade ihrer Truppen ab.

Soldaten-Klagen erreichen Rekord

DW, Bonn

Immer mehr Wehrpflichtige und „Zeit-Soldaten“ wenden sich bei Problemen in der Bundeswehr an den Wehrbeauftragten des Bundestages. Willi Weiskirch teilte gestern in Bonn mit, daß ihn in diesem Jahre bereits 5383 Eingaben erreicht hätten. Das seien fast 1000 mehr als im gleichen Zeitraum 1985.

Damit zeichnet sich in diesem Jahr ein neuer Eingabe-Rekord ab, nachdem schon 1985 mit 8000 Beschwerden eine Rekordmarke erreicht worden war. Die Spannweite reicht laut Weiskirch von Verletzungen der Menschenwürde und Klagen über eine zu hohe Dienstzeitbelastung oder zu häufige Versetzungen bis zu Laufbahnproblemen.

Weiskirch sieht in der wachsenden Zahl der Eingaben sowohl einen Beweis für den hohen Bekanntheitsgrad seines Amtes in der Truppe als auch für die zunehmende Mündigkeit der Soldaten, die ihr Beschwerde- und Petitionsrecht stärker wahrnehmen.

Höfner: Apartheid überwinden

KNA/dpa, Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Erbschaftskonferenz, Kardinal Josef Höfner, hat eine „vollständige Überwindung“ des Apartheidsystems in Südafrika gefordert.

Höfner sagte in einer gestern veröffentlichten Erklärung, die Regierungen des Westens müßten auf eine Veränderung der Verhältnisse in Südafrika hinwirken und zugleich verhindern, daß das derzeitige System nicht durch ein Regime abgelöst werde, das Leid und Unrecht „in anderer Form“ über die Menschen bringe. Die Bischöfe wären überfordert, wenn sie zu einzelnen politischen oder wirtschaftlichen Maßnahmen im Bereich anderer Örtlichkeiten Stellung nehmen sollten. Das konkrete politische Handeln sei Aufgabe der „mündigen Laien“. Der Kardinal kündigte eine Fortsetzung der kirchlichen Hilfe für die Menschen in Südafrika an, wandte sich aber gegen Versuche, das System der Rassentrennung theologisch begründen zu wollen.

Kooperation im Fall Beckurts

AP, Straßlach

Sechs Wochen nach dem Mord an dem Siemens-Vorstandsmittglied Karl Heinz Beckurts und dessen Fahndung bei München hat sich die Sonderkommission des Bundeskriminalamtes von Straßlach wieder nach Wiesbaden zurückgezogen. Das neue Feuerwerk, in dem die Sonderkommission seit dem Anschlag am 9. Juli untergebracht war, wird nun wieder von den Brandschützern benutzt.

Die Fahnder wollen nun alle Recherchen in „großer Kooperation“ mit den bayerischen Kollegen des Landeskriminalamtes sowohl in München als auch in Wiesbaden gemeinsam bearbeiten, hieß es gestern im BKA. Insgesamt seien die Fahnder bereits 1400 Hinweise aus der Bevölkerung nachgegangen. Eine heiße Spur zu den Tätern gebe es aber immer noch nicht. Beckurts und sein Fahrer waren auf dem Weg zur Arbeit von einer am Straßenrand versteckten Bombe getötet worden.

DGB kritisiert Stoltenbergs Reformpläne

rt, Düsseldorf

Als „wenig verheißungsvoll“ hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg angekündigte zweite Steuerreform kritisiert. Daß erneut keine Erleichterungen für Arbeitnehmer geplant seien, zeigten die Pläne für eine weitere Senkung der Unternehmenssteuer und möglicherweise auch des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer. Gleiches gelte für die geplante weitere Erhöhung der „extrem unsocial wirkenden“ Kinderfreibeträge. Stoltenberg müsse vor der Wahl klar sagen, wie die enorme Steuersenkung von rund 40 Milliarden Mark finanziert werden solle. Außerdem müsse er seine Ankündigung hinsichtlich eines Subventionsabbaus in Höhe von 20 Milliarden zur Finanzierung der Steuer-senkung konkretisieren. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat es dagegen begrüßt, daß die Schaffung eines linear-progressiven Tarifverlaufs bei der Einkommensteuer im Mittelpunkt der geplanten Reformen stehe. Es müsse jedoch bei einer Finanzierung der Reform durch strikte Ausgabendisziplin bei einer weiteren Senkung des Staatsanteils und entschlossenem Abbau der Subventionen bleiben.

Höhere Verdienste bei Angestellten

dpa, Wiesbaden

In der Industrie sind die Brutto-Jahresverdienste der Angestellten im vergangenen Jahr stärker gestiegen als die der Arbeiter. Das geht aus einer vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Berechnung hervor. Danach erhöhten sich die Verdienste der Arbeiter im Durchschnitt um 4,2 Prozent auf 36 346 Mark, die der Angestellten um 4,4 Prozent auf 55 679 Mark.

Fortbildung soll intensiviert werden

AP, Nürnberg

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft und die Bundesanstalt für Arbeit wollen ihre Zusammenarbeit bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung insbesondere auf regionaler Ebene intensivieren. Das soll vor allem dazu beitragen, daß Arbeitslose Weiterbildungsmöglichkeiten verstärkt in Anspruch nehmen. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1986 sind nach dem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit 274 000 Teilnehmer in die von den Arbeitsämtern geförderten beruflichen Bildungsmaßnahmen eingetreten.

Arbeitsessen nicht gleich Arbeitsessen

dpa, Kassel

Ein Arbeitsessen mit Geschäftspartnern liegt nach dem für die gesetzliche Unfallversicherung geltenden Recht nur vor, wenn die Mahlzeit in engem sachlichen Zusammenhang mit den Unternehmenszwecken steht. Ein Essen zur Pflege der allgemeinen Geschäftsbeziehungen, bei dem ein Versicherter einen Unfall hat, begründet noch keine Ansprüche an die Berufsgenossenschaft. Das hat der Zweite Senat des Bundessozialgerichts in Kassel festgestellt. Er wies damit die Revision der Witwe eines Dachdeckermeisters zurück, die

Nun streiken Ärzte aus Protest gegen Khomeini

Legale außerparlamentarische Opposition formiert sich

MUNIR D. AHMED, Hamburg
Die inneriranische Opposition gegen das Khomeini-Regime nimmt eine neue Gestalt an. Seit Mitte Juli streiken die Ärzte, unterstützt noch durch andere medizinisches Personal. Der Streik richtet sich gegen die Gängelung des Ärztevereins durch die Regierung.

Die Mediziner stehen wegen des Golfkrieges seit Jahren unter erheblichem Arbeitsdruck. Sie wurden zum Kriegsdienst verpflichtet und müssen bis zur physischen Erschöpfung Tag und Nacht Dienst tun.

Mit Bombenexplosionen machen seit März die Volksmudschahidin des Massoud Radschavi von sich reden. Radschavi lebte seit seiner Flucht aus Iran 1981 zusammen mit dem ehemaligen Präsidenten Bani-Sadr in Frankreich; im Juni mußte er, ungewollt zwar, nach Irak umziedeln.

Seine Gruppe, deren Ideologie aus marxistischer Wirtschaftslehre und islamischer Ethik besteht, wurde seit 1980 in Iran blutig verfolgt. Mehr als 12 000 sollen hingerichtet worden sein, andere wurden in Umerziehungslagern gesteckt oder zwangsweise an die Fronten beordert.

Sympathien eingebüßt

Radschavis Verbrüderung mit dem Kriegsgegner Irak kostete die Volksmudschahidin viele Sympathien. Im Januar unterzeichnete er mit dem irakischen Außenminister Tariq Aziz eine Friedensvereinbarung zur Beilegung des Golfkrieges. Das Zerwürfnis zwischen ihm und Bani-Sadr beruht auch auf der Tatsache, daß Bani-Sadr eine Zusammenarbeit mit Irak als einen Verrat an der iranischen Sache ansieht.

Der Golfkrieg ist Khomeinis stärk-

ste Waffe bei der Bekämpfung der Opposition. Das Volk will keine Operationen der Opposition unterstützen, die Iran im Krieg schwächen würden. Aber die lange Dauer des Krieges, die materiellen und menschlichen Opfer - man spricht von fast 700 000 Toten und mehr als 2,3 Millionen Verwundeten - scheinen nicht mehr widerspruchlos hingenommen zu werden.

Immer mehr Rückkehrer

Ende März formierte sich in Teheran eine Allianz zur Verteidigung der Freiheit und der Souveränität des iranischen Volkes. Daran maßgebend beteiligt sind mehrere enge Mitarbeiter des ehemaligen Premierministers Bazargan. Sie wollen eine legale außerparlamentarische Opposition bilden.

Selbst Khomeini sah sich genötigt, Anfang Juni das Volk aufzurufen, die Regierungsarbeit mit Kritik zu begleiten. Parlamentspräsident Rafsandschani erklärte daraufhin, daß damit nur konstruktive Kritik gemeint sei und daß jedem das Recht zusteht, das öffentlich vorzutragen.

Ein Großteil der Oppositionellen befindet sich außer Landes. Nach Schätzung des ehemaligen Verteidigungsministers, Madani, befinden sich 1,5 Millionen Iraner im Ausland. In letzter Zeit hat die Regierung ihre Anstrengungen verstärkt, sie zur Rückkehr zu bewegen. Das Angebot: Geschäfte werden an die ehemaligen Besitzer zurückgegeben, vorausgesetzt, sie haben keine kriminellen Delikte begangen. Die Zahl der Rückkehrer ist in den letzten Monaten gestiegen. Auch die Opposition klopft daran Hoffnungen, weil sie von ihnen Unterstützung für die eigene Arbeit erhofft.

Pakistans Balanceakt mit der Demokratie

Armee bei blutigen Ausschreitungen eingesetzt / Vorgehen gegen Benazir Bhutto gereicht der Regierung zum Nachteil

Von M. WEIDENHILLER

In Pakistan testen Staatsmacht und Opposition ihre Stärke. Der Kampf, blutig und verheerend, wird auf den Straßen ausgetragen. Die Polizei, die Armee marschieren auf. Es gibt Tote, Verletzte, Massenverhaftungen. Politische Unrast hat das Land erfasst - wie schon so oft in den 39 Jahren seiner Unabhängigkeit. Zivilisierte Politiker versagen, die Militärs treten auf den Plan. Nicht Parlament und Parteien waren ihre Instrumente des Herrschens, sondern das Kriegsrecht.

Als General Ziaul Haq im Februar 1985 acht Jahre nach dem Putsch mit Wahlen ein neues demokratisches Experiment wagte, blieb zunächst das Militär, gleichwohl nach Erwartung auf Zia setzte die Verfassung von 1973, wenn auch mit Zusätzen und seiner Macht absichernd, wieder ein. Von dem von ihm ernannten Premier Jumejo ließ er sich überzeugen, erneut Partei zu zuzulassen, die er selbst als „islamisch“ ablehnt.

Das politische Leben gewann rasch Eigenständigkeit, Jumejo profilierte sich, und die oppositionellen Parteien, zusammengefaßt in der „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie“ nutzten den Freiraum, der sich ihnen nach Aufhebung des Kriegsrechts seit Dezember 1985 bot.

Vor allem traf dies für die Volkspartei (PPP) Benazir Bhuttos zu. Frau Bhutto kehrte im April aus ihrem freiwilligen Exil in London zurück, nicht mit dem Friedenszweig in der Hand, sondern maritimen Forderungen: Rücktritt von Präsident Zia, Wahlen noch in diesem Jahr statt.

1990. Ihre Reise durch Pakistan glich einem beispiellosen Triumphzug. Die Massen strömten ihr nur so zu, warteten oft stundenlang auf ihren Auftritt.

Neugierde war im Spiel, gewiß, aber auch die Hoffnung auf die PPP als eine künftige politische Alternative. Und vor allem: Der Name Bhutto, der Mythos, der sich um ihn rankt, erhob Benazir zum Star der Stunde. Sie gönnte sich nur die Kür der verbalen Attacke, übte sich ansonsten in der Pflicht der „friedlichen Strategie“. Die Regierung gab sich gelassen, setzte aber darauf, daß das Interesse an Bhutto bald nachlassen würde.

Zum Teil traf das zu. Ramadan ließ das Leben erlahmen, aber auch sonst wandte sich das Volk wieder dem Alltag zu, der zumindest in den Städten bescheidenen Wohlstand aufweist. Die Wirtschaft ist in nicht schlechter Verfassung, und das Geld

der in den Golfstaaten arbeitenden Pakistani hat so manche soziale Veränderung bewirkt. Gleichwohl sind die Gesundheitsfürsorge mangelhaft und die Schulbildung unzureichend, es fehlt an Energie, an gutem Trinkwasser, an Infrastruktur.

Solcher Defizite wohl bewußt, aber vor allem in dem Bestreben, eine möglichst breite Anhängerschaft um sich zu sammeln, legte die PPP einen Entwurf für den Rest des Fiskaljahres vor, der über alle Bevölkerungsschichten das Füllhorn ausschüttet: Land für die Landlosen, Kredit für Rikscha-Fahrer, Programme für arbeitslose Ärzte und Ingenieure, um nur einige zu nennen.

Viele lassen sich von derlei populistischen Versprechungen verführen, geben vielleicht jetzt auch im Namen der PPP auf die Straße. Innerhalb der Partei aber herrscht Uneinigkeit. Benazir wird eigenwilliges, arrogantes Handeln vorgeworfen. Sie ignorierte die alte Garde der Politiker und hob junge, linksorientierte Aktivisten in verantwortungsvolle Posten. Zia will sie Wahlen abtrotzen, parteiinterne Wahlen lehnt sie jedoch ab.

Für den Unabhängigkeitstag war in Lahore eine neue politische Kampagne der PPP geplant. Doch auch der Premier wollte dort eine Kundgebung seiner Moslem-Liga veranstalten. Kommt es zu Zusammenstößen? Wer zieht mehr Menschen an? Eine Entscheidung drängte.

Junejo ordnet ein Verbot aller Veranstaltungen an. Benazir widersetzt sich und wird verhaftet - für 30 Tage. Der Entschluß verrät Schwäche, oder war er nicht sogar ein Fehler? Der Name Benazir ist wieder in aller Munde. Die Regierung verschaffte sich jedoch nur eine Atempause. Nach 30 Tagen geht das Gezerre um diese Politikerin weiter. Oder wird wieder das Kriegsrecht verhängt? Wer sich zu nächst aus der Affäre zog, ist der Präsident selbst. Er ist auf Fluchtreise in Mekka.

Noch sind die Ausschreitungen vor allem auf die Provinz Sind beschränkt. Greifen sie jedoch stärker als bisher auf den Pandshab über, kann auch gleich ganz Pakistan in Flammen stehen. Es ist der Schlüsselstaat. Die gefährlichsten und benedicten Pandshabis stellen das Rückgrat der Regierung, Verwaltung und vor allem in den Streitkräften. 1983 konnte die Opposition ihr Ziel, das ganze Land zu erschüttern, nicht erreichen, denn der Schlachtruf der Rebellion drang über die Grenzen von Sind nicht hinaus.

Sorgenvolle Stimmen kommen aus dem Ausland. Washington und Bonn verurteilen die Festnahme Benazir Bhuttos. Amerika ist Pakistans wichtigster Geldgeber seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan, und im Herbst entscheidet der Senat über eine Hilfe von vier Milliarden Dollar.



Benazir Bhuttos Porträt hochgehalten und Slogans gegen die Regierung rufend ziehen Anhänger der Opposition durch die Straßen von Lahore. FOTO: AP

Geheime US-Manöver mit Ägyptern

AP, Washington

Der US-Flugzeugträger „Forrestal“ und zwei kleinere US-Kriegsschiffe haben vom französischen Hafen Cannes aus Kurs auf das östliche Mittelmeer genommen, um an einem geheimen Seemanöver mit ägyptischen Einheiten teilzunehmen. Auf Wunsch der Regierung in Kairo werden keine Einzelheiten bekanntgegeben. Der Stellvertreter des libyschen Revolutionsführers Kadhafi, Dschallud, hat alle Ägypter aufgefordert, die US-Soldaten anzugreifen.

Israelis wegen Spionage angeklagt

AP, Chicago

Die US-Firma „Recon Optical Inc.“ hat drei israelische Luftwaffen-Offiziere wegen des angeblichen Versuchs verklagt, die Pläne für ein geheimes Luftaufklärungs-System zu entwenden. Die „Chicago Tribune“ und die Fernsehgesellschaft ABC berichteten, bei den Militärs seien 50 000 Seiten mit technischen Details und hebräischen Notizen gefunden worden. In der Anklage heißt es, die Dokumente hätten einer israelischen Konkurrenzfirma übermittelt werden sollen. Ein inzwischen gekündigter 40-Millionen-Dollar-Vertrag zwischen der Firma und Israel hatte vorgesehen, modernstes Aufklärungsgerät zu liefern.

ETA bietet Madrid Waffenstillstand an

rr, Madrid

Die separatistische baskische Untergrundorganisation ETA hat der spanischen Regierung einen Waffenstillstand angeboten, falls diese sich zu direkten Verhandlungen bereit erklärt. Ministerpräsident Gonzalez hat bislang jede Verhandlungen mit der ETA abgelehnt, die in diesem Jahr für 32 Morde verantwortlich gemacht wird. Baskische Politiker hatten der Regierung vorgeworfen, Gespräche

Kairo trifft Vorsorge gegen Terroranschlag der Libyer

Asyl für Oppositionelle / Rückhalt Kadhafis schwindet

PETER M. RANKE, Kairo
Ägyptische Bereitschaftspolizei ist in Kompaniestärke mit Panzerspähwagen, die immer fähiger und deren Maschinengewehre stets bekannt sind, auf dem Parkplatz für Zivilmaschinen des Kairoer Flughafens stationiert worden. Ägyptische Sicherheitsdienste befürchten einen Terroranschlag libyscher Kommandos mit dem Ziel, möglichst viele Maschinen westlicher und ägyptischer Fluggesellschaften zu zerstören.

Nachfolger stehen bereit

Seit dem Überfall auf den britischen Stützpunkt Akrotiri auf Zypern Anfang August sind die Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen Kairo verschärft worden. Zu dem Überfall auf Zypern, wo zwei Engländer verletzt wurden, bekannte sich eine „Vereinigte Nasseristische Organisation, Kairo“. Der 1970 gestorbene Präsident Nasser ist das Vorbild des libyschen Revolutionsführers Kadhafi, eine nasseristische Oppositionspartei existiert auch in Kairo. Die Ägypter befürchten, daß Kadhafi wie auf Zypern libysche oder ägyptische Terror-Kommandos auf sie ansetzt und Kairo offen herausfordert.

Die ägyptischen Befürchtungen sind vor allem deshalb keineswegs grundlos, weil in Kairo mehrere Oppositionsgruppen gegen Kadhafi arbeiten. Zuständige Ägypter erklären dann, Libyer würden zwar als politische Asylananten geduldet, aber nicht unterstützt.

Nach Angaben dieser Oppositionskreise zerbröckelt die Macht Kadhafis in der Armee seit dem amerikanischen Luftangriff vom 15. April. Der designierte Nachfolger Kadhafis, Ostblock-Favorit Oberst Dschallud strebe zusammen mit dem Oberkommandierenden General Abu Bakr Yunis Jaber eine kollektive Führung an, werde aber von dem Kommandeur der Revolutionsgarden, Major el-Khameidi, daran gehindert.

Kadhafi hat schon 1984 rund zweitausend Volksarmisten in die Armee eingeschleust, wo es nun ständig

Japan reißt Atomreaktor ab

rr, Tokio

Japan wird in Kürze seinen ersten Atomreaktor abreißen. Das staatliche Atomforschungsinstitut teilt gestern mit, der Abriß des 23 Jahre alten Siedewasser-Forschungsreaktors werde vermutlich sechs Jahre dauern und 10 Milliarden Yen (rund 134 Millionen Mark) kosten. Die rund 4000 Tonnen radioaktiv verunreinigten Abfallmüll würden vorerst in Behälter gepackt und im Atomforschungsinstitut Tokai nordöstlich von Tokio gelagert. Für die Endlagerung der Abfälle gebe es noch keine Pläne. Die formelle Abriebsentscheidung soll nach Auskunft des Instituts heute fallen. Das Kraftwerk, das seit 1976 außer Betrieb ist, wäre der zweite Atomreaktor der Welt, der demontiert wird.

Moderne Raketen für Widerstand

rr, London

Die moslemischen Widerstandskämpfer in Afghanistan verfügen offenbar über moderne britische Flugabwehrraketen vom Typ Blowpipe. Die in London erscheinende Militärfachzeitschrift „Jane's“ berichtete, die Raketen seien über Mittelstärker in Nigeria geliefert und in den vergangenen Wochen erfolgreich gegen sowjetische Hubschrauber eingesetzt worden. Da die Raketen nicht direkt gelenkt würden und keine Infrarotschöpfer hätten, erhöhten sie erheblich die Kampfkraft der Freiheitkämpfer, die auch über amerikanische Fliegerjäger verfügen. Ein Sprecher der britischen Herstellerfirma hat allerdings bestritten, daß das Unternehmen jemals solche Raketen an die Afghanen geliefert habe.

Moskau kauft polnisches Fleisch

AP, Warschau

Die Sowjetunion will nach Angaben aus Warschau das polnische Rindfleisch aufkaufen, das nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl keine Abnehmer gefunden hat. Der Sprecher der sowjetischen Regierung erklärte, daß die überflüssigen Fleisch aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft verhängte Importzölle für polnisches Fleisch einen Einbußeverlust von 71 bis 102 Millionen Mark bedeuten habe.

Die Sowjetunion habe bereits 400 Tonnen Rindfleisch gekauft, das von EG-Staaten zurückgewiesen worden sei, obwohl der Verzehr nicht die geringste Gefährdung dargestellt hätte. Polen werde von der Sowjetunion keinen Schadenersatz für die Folgen des Reaktor Katastrophe fordern.

„Die USA sind nicht generell gegen Teststopp“

DW, Washington

Das Weiße Haus in Washington hat in einer zweiten Reaktion auf die Aufforderung des sowjetischen KP-Generalsekretärs Gorbatschow, sich der sowjetischen Verlängerung des Atom-Teststopps bis zum Jahresende anzuschließen, weniger hart reagiert. Während anfangs der amerikanische Sprecher ein Moratorium für die Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten für nicht angemessen erklärte, habe sich später der Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, flexibel und sagte, die USA seien nicht generell gegen einen umfassenden nuklearen Teststopp. Sie seien aber gegen ein Moratorium ohne zuverlässige Möglichkeiten der Überprüfung. Wenn sich beide Seiten über das Problem der Verifikation eines Teststopps-Vertrages einigen könnten, wären Fortschritte in den Verhandlungen möglich. Am Montag hatte Gorbatschow die Verlängerung des einseitigen Moratoriums bis Jahresende bekanntgegeben und die USA aufgefordert, sich diesem Schritt anzuschließen.

Die Sowjetunion verfügt nach den Worten ihres Botschafters bei den Vereinten Nationen, Alexander Belonogow, über die technischen Möglichkeiten, jeden unterirdischen Atomtest der USA festzustellen. Als Beweis führte er Gorbatschows letzte Rede an, die drei US-Tests erwähnt habe, die aber von Washington offiziell nicht angekündigt worden seien. Belonogow fügte hinzu, er sei sicher, daß auch die USA über vergleichbar zuverlässige technische Erkennungsmittel verfügten. Der Hinweis auf fehlende Verifikationsmöglichkeiten diene Washington deshalb nur als Vorwand. Moskau sei im übrigen zu jeder Art Kontrolle bereit, auch zu Inspektionen vor Ort und internationaler Überwachung. Belonogow erklärte, das Außenministerium-Treffen der USA und der Sowjetunion im September werde entscheidend sein für die Vorbereitung des zweiten Gipfels zwischen Gorbatschow und Reagan. Moskau wolle den Gipfel nur unter der Voraussetzung, daß er sorgfältig vorbereitet sei und Aussicht auf konkrete Ergebnisse verspreche.

Wer bezahlt Mitterrands Bauprojekte?

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Frankreichs neuer Finanzminister, Edouard Balladur, steht: „Wer soll das bezahlen?“ Er hat schon den Rotstift angesetzt und hier gestrichen und da, und immer noch fehlen Millionen, wenn nicht Milliarden.

Was Balladur und Regierungschef Jacques Chirac so große Kopf schmerzen verursacht, sind die phantastischen Bauprojekte des sozialistischen Präsidenten François Mitterrand, der seinen Namen in der Architekturgeschichte hinterlassen will wie Cheops mit seiner Pyramide oder der „Sonnenkönig“ Ludwig XIV. mit dem Schloß von Versailles.

Gleich fünf riesige Projekte in Paris läßt Mitterrand vorantreiben, die er zum Teil von seinem Vorgänger Giscard d'Estaing „erbt“, jedoch ins Gigantische steigerte, zum Teil selbst ins Werk setzte, die „Stadt, Volkspoker“ an der Bastille, die „Neue der Wissenschaften und Industrie“ an der Villette im Norden der Stadt, den Umbau des ehemaligen Bahnhofes d'Orsay zum „Museum des 19. Jahrhunderts“, den Umbau des Louvre-Museums, das „Institut der Arabischen Welt“ im Universitätsviertel und den Bau eines überdimensionalen „Triumphbogens“ an der Défense, der die berühmte Perspektive

Louvre-Triumphbogen-Defense abschließen soll.

Auf „etwas mehr“ als umgerechnet fünf Milliarden Mark schätzte das im vergangenen März durch die rechtliche Koalition abgelöste sozialistische Regierung die Kosten von Mitterrands Bauprojekten.

Da allein der Bau des technischen Museums von La Villette von den von Giscard angesetzten 300 Millionen Mark inzwischen auf 1,5 Milliarden stieg und bis zur Fertigstellung auf rund drei Milliarden klettern wird, kann man sich ausrechnen, wieviel aus dem Mitterrands fünf Milliarden am Ende werden.

Der neuen Regierung sind dabei die Hände weitgehend gebunden, denn in der Erwartung eines möglichen Wahlsieges der „Rechten“ zogen der Präsident und der sozialistische Kulturminister Jack Lang die Bauten unter höchstem Druck soweit durch, daß sie nicht mehr gestoppt werden können. Finanzminister Balladur steht überdies die Frage ins Haus, wie später die laufenden Kosten für die Museen, die Volkspoker und das Institut der Arabischen Welt finanziert werden sollen.

Geld war sowieso keines mehr in der Kasse, als der neue Kulturminister François Leotard im März sein

SANITÄTER FÜR AFGHANISTAN

Seit 5 Jahren führt die Sowjetunion Krieg gegen das afghanische Volk. Um die medizinische Versorgung zu unterbinden, hat die Rote Armee fast alle Hospitäler außerhalb Kabuls durch Luftangriffe zerstört. Hunderttausende Afghanen haben Verwundungen, leiden unter Seuchen und Krankheiten, ohne daß ihnen medizinisch geholfen werden kann.

Seit Frühjahr 1984 betreibt die Aktion „Sanitäter für Afghanistan“ drei kleine Hospitäler, die von einem deutschen Arzt betreut werden. Damit noch mehr Ärzte und Helfer zu diesen leidenden Menschen geschickt, noch mehr Hospitäler errichtet werden können, brauchen wir Ihre Spende. Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

Weitere Informationen: Bonner Afghanistan Komitee, Reuterstr. 187, 5300 Bonn 1

Konto 9019 Sparkasse Bonn Bankleitzahl: 380 500 00



Karriere für kühlen Kopf

Einer der bedeutendsten Herausforderer vor. Kältetemporen und Kältegezeiten möchte in seiner Berliner Unternehmensgruppe die Routine- und Sonderprüfungen einem produktiven Innennutzen unter Audiolicht übertragen. Er sollte vorzugsweise bereits in der Fertigungsindustrie erfolgreich tätig gewesen sein. Das ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 23. August, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT nächsten Sonntag. Jeden Samstag.

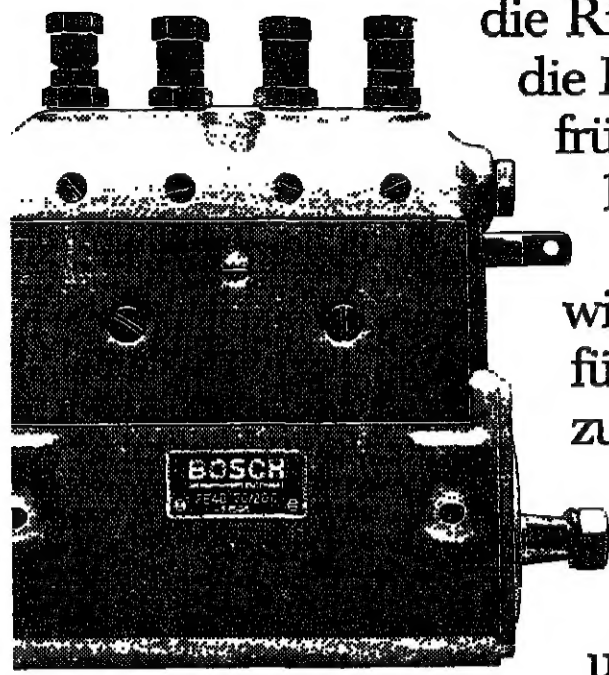
taschenbuch magazin

Heft 3 '86 des „taschenbuch magazin“ ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuch-Verlage, auf 68 Seiten, mit mehr als 200 Abbildungen, durchgehend vierfarbig gedruckt. Kostenlos bei Ihrem Buchhändler oder anfordern bei Harenberg Kommunikation, Postfach 1305, 4600 Dortmund 1. **Kostenlos im Buchhandel!**



Etappen auf dem Weg zum sauberen Automobil.

Seit Beginn der siebziger Jahre bestimmt das Konzept Sicherheit, Sauberkeit, Sparsamkeit im Bosch-Automobilbereich die Richtung. Doch die Praxis fing viel früher an.



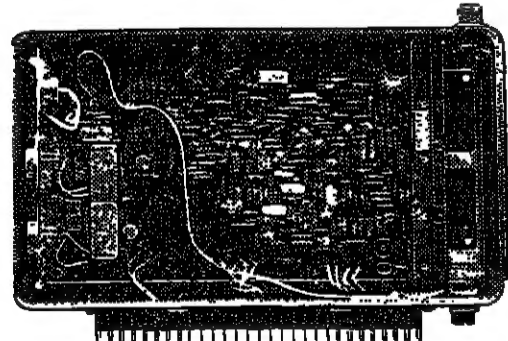
Die Diesel-Einspritzpumpe, die den schnelllaufenden Diesel ermöglicht hat.

1927 schon ermöglichten wir, einen Motor fürs Automobil zu nutzen, der bis dahin nur im stationären Bereich und als Schiffsmotor eingesetzt werden konnte: den Dieselmotor.

Denn uns gelang die Einspritzpumpe, die ihn auf Touren brachte.

Mit ihr kam 1936 die erste Diesel-Limousine auf den Markt.

1952 gab es Bosch-Einspritzpumpen auch für Pkw mit Ottomotor, weil man erkannt hatte, daß Einspritzpumpen die Leistung steigern, Verbrauch und Abgaswerte aber senken.



Erste elektronische Benzeinspritzung (Jetronic) geht 1967 in Serie.

Diese zwei Etappen wurden Ausgangspunkt für vieles, was folgte. Zunächst bekamen auch kleinere Autos die Chance, saubere Diesel zu sein. Je mehr unser Know-how wuchs, desto kleiner wurden die Pumpen.

1962 konstruierten wir die Verteilerpumpe, die mit einem einzigen Pumpenelement alle Zylinder mit Kraftstoff versorgt. Die VE-Pumpe, eine Weiterentwicklung dieses Konstruktionsprinzips, wird heute in nahezu allen Pkw-Dieselmotoren eingesetzt.

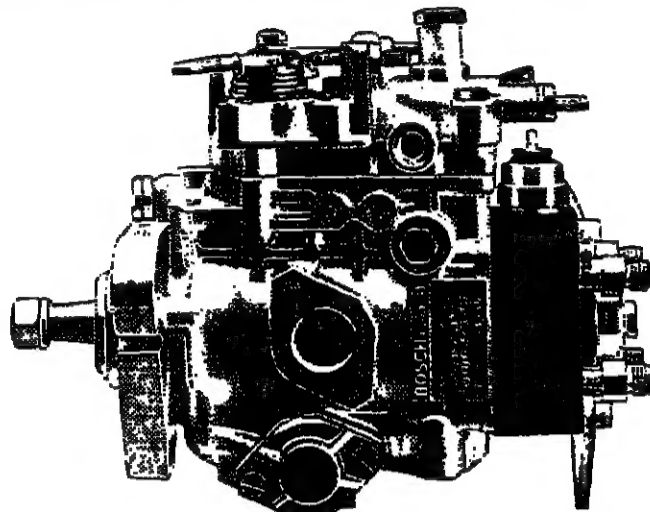
Die nächste große Etappe gewann wieder der Ottomotor.

1965 ging die Transistorzündung in Serie. Diese neue Zündung ist nicht nur wartungsfrei. Sie hat auch mehr Energie und

kan deshalb den Kraftstoff besser entflammen. Denn je besser die Verbrennung, desto geringer die Schadstoffe im Abgas.

Dann kam 1967, ein Jahr, das der Automobilindustrie neue Perspektiven eröffnete: Bei Bosch begann die Serienfertigung der ersten elektronisch gesteuerten Benzeinspritzung.

Denn es war Bosch-Elektronik-



Die VE-Diesel-Verteilerpumpe, die heute in nahezu allen Pkw-Dieselmotoren eingesetzt wird.

Experten gelungen, elektronische Steuergeräte herzustellen, die den Strapazen der Straßen, klirrender Kälte und sengender Hitze standhielten.

Damit war der Weg frei geworden für Benzeinspritzsysteme, die das Kraftstoff-Luft-Gemisch elektronisch steuern. Genaue als je zuvor. So bekommt der Motor immer genug Kraftstoff, um die volle Leistung zu entwickeln, aber nur so wenig, daß Verbrauch und Abgasemission reduziert werden.

In den Folgejahren wurde dieses System durch die Luftmengennmessung und Luftmassen-



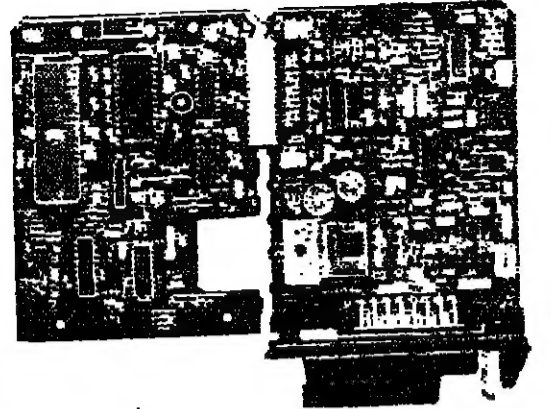
Die erste Lambda-Sonde von 1976. Sie ist die Voraussetzung für die einzige Technologie, die Schadstoffe im Abgas um bis zu 90% reduziert.

messung weiter verbessert.

1976 wurde die Lambda-Regelung erstmals eingeführt. Das war die Antwort von Bosch auf die verschärften Umweltschutzgesetze in den USA. Zwar gab es den 3-Wege-

Katalysator, doch er funktionierte nur, wenn das Abgas in einem ganz bestimmten Verhältnis zusammengesetzt war.

Um dieses Verhältnis immer beizubehalten, ließen wir ein Jetronic-System durch eine Sonde im Auspuff regeln, die die Abgase mißt: die Lambda-Sonde.

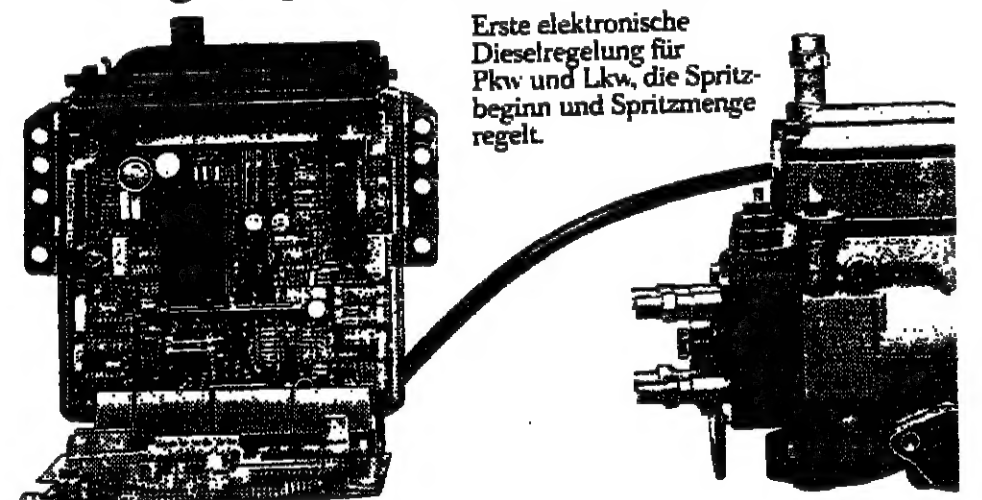


So entstand die Lambda-Regelung mit 3-Wege-Katalysator, die Schadstoffe im Abgas um bis zu 90% reduziert. Das ist bis heute nicht zu übertreffen.

Elektronische Kennfeldzündung mit Klopfregelung. Senkt den Verbrauch von Benzin und schont den Motor.

Seitdem haben wir die Möglichkeit, den Motor über Mikrocomputer zu beeinflussen, immer weiter ausgebaut.

Seit 1979 lassen sich über die Motronic Gemisch und Zündzeitpunkt gemeinsam steuern. 1983 war ein besonderes Jahr. Zum einen durch die Entwicklung der kostengünstigen Mono-Jetronic, einer Zentraleinspritzung, die sich hervorragend für die Lambda-Regelung eignet. Zum anderen



Erste elektronische Dieselregelung für Pkw und Lkw, die Spritzbeginn und Spritzmenge regelt.

durch die Einführung der Klopfregelung bei der Zündung, was den Benzinverbrauch reduziert.

Die bisher letzte Etappe auf dem Weg zum sauberen Automobil ist eine entscheidende Weiterentwicklung der ersten: die elektronische Dieselregelung. Dieser Schritt wird nicht der letzte sein, denn wir sind längst auf dem Weg zur nächsten Etappe.

100 Jahre Bosch Ideen.



BOSCH

Pflanzenschädlinge vernichten in der Dritten Welt jährlich riesige Mengen an wertvollen Naturprodukten und Nahrungsmitteln. Entwicklungshilfsprojekte versuchen verstärkt, die Erkenntnisse der biologischen Schädlingsbekämpfung anzuwenden. Ein Beispiel auf Samoa zeigt Erfolge und Probleme.

Wenn ein Schädling mit dem Flugzeug einreist

Von PETER SCHMALZ

Flugreisende im südwestlichen Raum kennen das unvermeidliche, stets wiederkehrende Ritual nach der Landung des Flugzeugs: Die Maschine bleibt solange verschlossen, bis Beamte der lokalen Gesundheitsbehörde an Bord kommen und den Passagierraum mit Insektengift desinfizieren. Damit will man das Einschleppen von Schädlingen verhindern, die in neuer Umgebung keine natürlichen Feinde, in der tropischen Feuchte aber ideale Lebensbedingungen finden könnten.

Nichts ausrichten kann der Sprühnebel jedoch gegen die Brontispa Longissima, einen Schädling, der sich selbst unter dem Hemdkragen eines Passagiers verborgen halten kann. „Das ist wahrscheinlich der Weg, auf dem dieser Schädling nach Samoa eingeschleppt wurde“, vermutet der deutsche Entwicklungshelfer Hugo Hammann, der im Auftrag der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) auf der ehemals deutschen Kolonialinsel ein Projekt der biologischen Schädlingsbekämpfung leitet.

Eine Spur der Vernichtung

Der nur sieben Millimeter lange Käfer, für den keine deutsche Bezeichnung existiert, tauchte auf West-Samoa erstmals in der Nähe des Flugplatzes auf und dringt seitdem mit einer Geschwindigkeit von etwa drei Kilometern im Monat auf der paradiesischen Insel vor. Sein Verbreitungsgebiet kann man mithilfe an abgestorbenen braunen Palmblättern erkennen, die in der Mitte der Baumkrone verdorren, wo eigentlich die jungen Triebe wachsen sollten.

Der Käfer nistet sich in den noch zusammengeknallten Jungblättern ein und zerstört ihr Inneres, der Baum verliert an Produktionskraft, wirft die Nüsse schon vor der Reife in Hühnergröße ab und verliert bei besonders schlimmem Befall die gesamte Krone, was seinen Tod bedeutet. In Tahiti und in American Samoa blieben von manchen Palmenbeständen

nur noch Telegraphenmaste übrig, berichtet der Münchner Forstbiologe Ulrich Skatulla von der Universität München, der neun Monate an Hammans Projekt assistierte. Er befürchtet, daß im Lauf der nächsten Jahre keine der zahlreichen Südsee-Inseln von der Brontispa-Invasion verschont bleibt. „Die Folgen sind verheerend, denn das Insekt hat dort keine natürlichen Feinde und kann sich explosionsartig vermehren.“ Ein Brontispa-Weibchen legt bis zu 130 Eier, in nur zweieinhalb Monaten wächst eine neue Generation heran.

Auf manchen der Inseln wird der Käfer nur ökologische Schäden anrichten, in West-Samoa aber trifft er das Herz der Wirtschaft. Denn die knapp 160 000 Insulaner sind auf den Verkauf des getrockneten Kokosnussfleisches („Kopra“) angewiesen. Über die Hälfte ihres Exporterlöses erzielen damit Auf Upolu, der Hauptinsel mit dem Regierungssitz Apia, existiert die große Kokospflanzung der südlichen Halbkugel. Eine chemische Schädlingsbekämpfung ist problematisch: Wegen der Höhe, in der die Brontispa weht, müßte sie aus der Luft erfolgen, was zu einer Belastung von Mensch und Tier führen könnte und was angesichts der mangelhaften technischen Ausrüstung (nur ein, meist einsatzunfähiges Sprühflugzeug) keinen Erfolg garantierte. Zudem steht Hugo Hammann dem chemischen Pflanzenschutz kritisch gegenüber und bezweifelt die Effektivität dieser Methode.

Rettung brachte die winzige, kaum einen Millimeter kleine Schlupfwespe Tetrastrichus brontispae, die in Papua-Neuguinea, der Heimat der Brontispa, diesen Schädling als Parasit attackiert: Die ameisenähnliche Wespe legt ihre Eier in die Brontispa-Puppe, die dadurch abstirbt. Einige hundert Wespen wurden nach Samoa gebracht und auf der GTZ-Versuchsanstalt gezüchtet. Als Skatulla in die Station kam, schlüpfen dort monatlich höchstens 5000 Wespen. Damit konnte die Ausbreitungsgeschwindigkeit reduziert werden, doch es waren zu wenige, um ein Populations-



Projektor Hugo Hammann weist auf einen seiner „Erfolge“, den Nashornkäfer Oryctes, der bereits unter Kontrolle ist. FOTO: ST

Gleichgewicht zwischen Schädling und Parasit herzustellen. Die Zuchtmethoden wurden verbessert und die Monatsquoten auf 30 000 erhöht.

Doch dann gefährdete eine weitere Schwachstelle das Projekt: Der genetische Pool der wenigen importierten Parasiten war zu gering, um eine rasche Vermehrung schadlos zu überstehen, die Inzucht führte bei den späteren Generationen zu bedrohlichen Ausfällen. Neue Parasiten wurden deshalb aus Papua-Neuguinea herangeschafft, um den Genpool zu stabilisieren.

Labiles Gleichgewicht

Sicher ist, daß der Schädling niemals ganz ausgerottet werden kann. Hammann: „Wir müssen ein ökologisches Gleichgewicht zwischen Schädling und Parasit herstellen, damit der Schaden der Brontispa ökonomisch verkraftbar bleibt.“

Dies ist bei einem anderen Schädling bereits gelungen – dem Nashornkäfer Oryctes rhinoceros. Er frisst Teile der Palmenblätter am Vegetationspunkt, wodurch an den aus-

wachsenden Stielen und entrollten FRT große dreieckige Stiche fehlen. Der Baum über weniger Photosynthese verfügt und somit weniger Energie bringt. Gegen ihn setzen die Insulaner ein Virus, das die Larven erfolgreich ein. Beide Seiten werden vom infizierten Käfer vertrieben.

Das Projekt unter dem T. Integrierter Pflanzen- und Erntezucht in West-Samoa gehört zu kleineren der deutschen Entwicklungshilfe-Initiativen, für den Zeitraum von 1978 bis zum April nächsten Jahres werden 6,5 Millionen Marktesetzt. Der wirtschaftliche Nutzen der kleinen Südsee-Staat ist ögen unermesslich.

Bei den einheimischen Ärmern verspüren die deutschen „Killer“ mit ihren biologischen Methoden allerdings noch manches Mißtrauen. Hammann: „Den biologischen Prozess können sie nur schwer vollziehen. Wenn aber die Inzucht spritzt, und der Käfer unfähig ist, dann sehen sie den Erfolg und glauben daran.“

Der Verzicht beim Essen verlängert das Leben

Studie weist auf stabilere Gesundheit von Vegetariern hin

Von ANNETTE TUFFS

Vegetarier unterscheiden sich nicht nur in ihren Essgewohnheiten von der Allgemeinbevölkerung, sondern auch in ihrem Lebensstil. Sie sind insgesamt gesundheitsbewußter, rauchen weniger, konsumieren weniger Alkohol und achten auf ihr Gewicht. Verglichen mit der Allgemeinbevölkerung haben sie einen höheren Bildungsstand und sind eher in technischen und sozialen Berufen zu finden. All diese Faktoren sind vermutlich an ihrem besseren Gesundheitszustand beteiligt.

So ist die verminderte Zahl von Todesfällen durch Lungenkrebs zumindest teilweise auf den geringeren Nikotingehalt bei Vegetariern zurückzuführen. Außerdem muß angenommen werden, daß sich überwiegend gesunde Vegetarier für die Teilnahme an der Studie gemeldet hatten. „Deshalb ist es wichtig, daß die Studie noch fünf Jahre weiterläuft, da dann die Auswirkung dieser Selektion nachlassen wird“, so Dr. Fretzel-Beyme.

Erst dann wird man auch in der Lage sein, die Gruppe der strengen mit den weniger strengen Vegetariern aussagekräftig zu vergleichen. Ob vegetarische Kost die Prognose einer bereits eingetretenen Krebserkrankung verbessert, kann die Untersuchung nicht klären, da man – mangels eines Krebsregisters – auf die Beobachtung von Todesursachen zurückgreifen muß.

Neu ist die Erkenntnis nicht, daß der Verzehr von Salat, Gemüse und Körnern die Lebenserwartung erhöht. Untersuchungen von Mormonen und Adventisten, die aus religiösen Gründen vegetarisch leben und auf Genußmittel weitgehend verzichten, ergaben, daß sie zu 50 Prozent weniger an Krebs und Herz- und Kreislauferkrankungen leiden. Die geringere Anfälligkeit von Herz und Kreislauferkrankungen vor allem auf den niedrigeren Fettgehalt ihrer Nahrung zurück. Außerdem wurde bei den Adventisten ein niedriger Blutdruck beobachtet.

Für das verminderte Risiko, an Darmkrebs zu erkranken, wird der höhere Gehalt an Fasern und niedrigerer Fettanteil in pflanzlicher Kost verantwortlich gemacht. Möglicherweise verändert vegetarische Nahrung auch die Reaktion des Körpers auf kreberzeugende Substanzen.

Nach fünf Jahren schließlich waren 82 Teilnehmer der Studie verstorben, davon 36 an Erkrankungen von Herz und Kreislaufer und 26 an Krebs. Zum Vergleich: Die Sterblichkeitsrate der Gesamtbevölkerung gleichen Alters liegt bei 219 Todesfällen, davon 118 an Herz- und Kreislauferkrankungen und 46 an Krebs. Vor allem Lungenkrebs, bösartige Darmtumoren sowie Brust- oder Prostatakrebs wurden weniger beobachtet. Eine gleiche Anzahl von Todesfällen wie in der Gesamtbevölkerung wurde nur für den Magenkrebs bei Männern über 80 festgestellt.

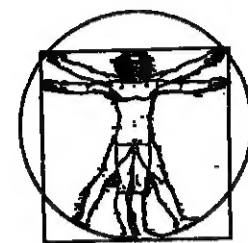
NOTIZEN

Rollendes Lungen-Labor

Düsseldorf (dpa) – Ein „Lungen-Labor“ auf Rädern wird in wenigen Wochen Weltpremiere haben. Das vom Medizinischen Institut für Umweltthygiene in Düsseldorf entwickelte Gerät soll bei einem Smog-Alarm die Kontrolle der Lungenfunktion von Menschen ermöglichen. Dies war bislang nur in Fachkliniken möglich. Herzstück des 250 000 DM teuren Meßwagens ist ein computergesteuertes Gerät, mit dem in Minuten Bronchialverengungen erkannt werden.

99 Prozent Karies

Frankfurt (msl) – Die Bundesrepublik hinkt der Karies-Vorbeugung gut zehn Jahre hinterher. Zu diesem Ergebnis kam ein interna-



tionales Symposium von Zahnmedizinern, das jetzt in Paris zu Ende geht. Während in der Schweiz, England und Skandinavien durch nationale „Fluorid-Programme“ ein Rückgang der Karies um 50 Prozent erzielt wurde, leiden hierzulande 99 Prozent der Erwachsenen an diesem „Zahnkiller“. Nach Meinung der Mediziner haben Kampagnen über bessere Mundhygiene und Änderung der Essgewohnheiten weniger Erfolg gebracht als erwartet.

Verbrauch von Erdöl

Hamburg (dpa/vwd) – Von den Industriestaaten verbrauchen die Amerikaner das meiste Öl, wie die Deutsche BP AG gestern in Hamburg veröffentlichte. So benötigt ein US-Bürger im Schnitt pro Kopf und Jahr 3 196 Kilogramm Mineralölprodukte, die Bundesbürger hingegen nur 1 880 und die Japaner 1 720 Kilogramm. Die Gründe für die Unterschiede liegen sowohl an der Verbrauchsstruktur als auch an der Verfügbarkeit anderer Energieträger (Kohle, Gas und Kernkraft).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nitratarm nur gegen „cash“?

„Umweltpolitik mit Steuereffekt“, WELT vom 16. August

Zu dem WELT-Interview mit Ministerpräsident Lothar Späth zum Wasserpflanzung kann ich mir die folgenden Bemerkungen nicht verkneifen: Ich denke, daß sich der baden-württembergische Ministerpräsident – und nicht nur sich selbst – einen Bärendienst erwiesen hat, als er den sogenannten Wasserpflanzung auf den Schild hob. Man könne fast meinen, daß dieser Schlag ins Wasser zu einer Trübung seines sonst schärferen Blickes für umweltpolitische Rangfolgen und Notwendigkeiten geführt habe.

Späth verkohlt damit das Verursacherprinzip in sein Gegenteil. Wer will jetzt noch jemandem sagen, daß er kein Geld bekommt, wenn er sich umweltschonend und damit normal verhält? Die Betreiber von Industrieanlagen, ja selbst jeder einzelne Bürger hat einen Präzedenzfall aus dem Musterlande vorgeführt bekommen: der Umwelt zuliebe – aber nur gegen cash.

Der Schritt des selbsternannten Aufsteigerlandes wird weitreichende Folgen haben. Den Landwirten, die von diesem Pflanzung einen Teil abgeben sollen, damit sie weniger Nitrat in den Boden und damit ins Wasser bringen, wäre anders besser geholfen gewesen. Wer richtig, nämlich pflanzen- und standortgerecht düngt, belastet das Grundwasser ohnehin nicht. Er erleidet auch keine Ertrags-einbußen. Er spart sogar teuren Dü-

ger, ohne daß weniger wächst. Nur das Zuviel an Nitrat, was von den Pflanzern nicht aufgenommen werden kann, belastet die Gewässer. Mit einer besseren Beratung wäre sicher mehr zu erreichen gewesen.

Daß Ausgleichszahlungen für tatsächliche Ertragsausfälle bei über das normale, naturschonende Bewirtschaften hinausgehende Auflagen in Wasser- und Luftschutzzonen bereitgestellt werden müssen, steht auf einem anderen Blatt. Aber wir dürfen nicht dabei das Verursacherprinzip nicht pervertieren. Späths Einfall ist so, als wolle man dem Autofahrer Geld dafür geben, daß er vor einer roten Ampel auch tatsächlich stehen bleibt.

Willi Görlach, Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten und Bevollmächtigter Hessens beim Bund



Willi Görlach

Zauberlehrling

„Das Mandat der Kirche“, WELT vom 14. August

Wenn Bischof Willems heute die von Pastor Benedikt organisierte Sitzblockade vor dem Kernkraftwerk Brokdorf verurteilt, so kommt er mir wie der Zauberlehrling vor, der ver zweifelt versucht, die Geister zu bannen, die er rief.

Paul Voelker, Hildesheim

Ladenzeiten

Der Verbraucher, vor allem der Reisende, hat es vielleicht noch gar nicht gemerkt, aber seit dem 1. August hätte er die Möglichkeit, in Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern im Bereich von Bahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten von morgens 6.00 Uhr bis abends 22.00 Uhr einzukaufen, auf Flughäfen und Fährhäfen sogar rund um die Uhr und dazu noch samstags und sonntags. Einige Bundesländer wollen jedoch – wie man hört – von dieser Regelung keinen Gebrauch machen! Der Konsument und der willige Händler stehen damit „draußen“.

Walter Schnabel, Bundesverband der Selbstbedienungs-Warenhäuser (BdSW) e. V., Bonn

Fürs Kabarett

„Weiter so, Deutschland!“: Die Rechten sind verärgert, die Szene leicht schalbiert, und die Kabarettisten haben wieder ein besonderes Bonbon im Programm.

Wolfgang Prause, Hamburg 65

„Vielen Dank“

„65 000 Deutsche kämpfen in der UdSSR um die Ausrück“, WELT vom 14. August. Vielen Dank dafür, daß Sie das Thema, das von der Presse und der Regierung beschämend vernachlässigt wird, ans Licht bringen.

Viktor Flach, Lemberg

Wort des Tages

„Das Genie macht die Fußstapfen, und das nachfolgende Talent tritt in dieselben hinein, tritt sie aber schief.“

Wilhelm Raabe, deutscher Autor (1831–1900)

Quälen zum Audi

„Erst drücken und schon – in der Arzenei“, WELT vom 14. August

Ich empfinde es als geschocklos, eine Lobhudelei wie über den jungen Sterkämpfer „Joseito“ kribbs abzudrücken. Traurig genug, daß dieser unreife Jüngling sich dazu ergibt, und dazu gebracht wurde, sein Geld durch das Quälen von Abschlachten von Tieren zumüht zahlender Zuschauer zu verdienen.

Gerold Erb, Wien

„Theo-Phantasie“

„Professur für Feminismus“, WELT vom 8. August

Es klingt zwar so schön „wissenschaftlich“, aber mit Theologie ist diese Ideologie fanatisches Geshässes nichts zu tun, weshalb sie einigen Vertreterinnen richtiger „Feministische Theo-Phantasie“ zeichnet wird.

Edelgard von Löbbecke, Kronberg

Ostware am Kap

Kein kommunistischer Staat hat bisher ernsthaft die selbstauferlegten Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika eingehalten: Vom Praktika-Photopapier aus der „DDR“-Produktion (die von politisch Inhaftierten in Cottbus montiert werden) bis polnische Lebensmittelkonserven bis zum in der UdSSR gedruckten „English-Dictionary“ findet sich in südafrikanischen Warenhäusern ein preisgünstiges Sortiment vor allem solcher Ostblock-Waren, für die die eigene Bevölkerung gemeinhin Schlange stehen muß.

Georg Woywod, München 5

„Ich bin empört“

„Drüben wird doppelt soviel Butter gegessen“, WELT vom 11. August

Ich bin empört. Ihrem Informanten empfehle ich dringend eine Reise in die DDR, damit er sich dort mal orientiert, warum dort weniger Rindfleisch oder auch Süßfrüchte gegessen werden.

Reinhold Kaepfel, Kemnath 1

Flotte Federn

Schade, schade, daß Journalisten wie Krep und von Zahn mit ihren flotten Federn, ihrem Wissen und ihrem Urteilsvermögen nicht auch in die Politik gingen und andere Journalisten mit floter Feder wie etwa Egon Bahr beschloßen, Politiker zu werden.

Henry Schavoir, Brüssel

Personen

VERANSTALTUNG

Am Showbusiness wird es nicht fehlen, wenn Ministerpräsident Johannes Rau am 10. September den 40. Geburtstag von Nordrhein-Westfalen in Bonn feiert. Die Bläck Föös, weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt, die Ace Cats, das Paul Kuhn Trio, Kabarettist Hanns Dieter Hüsch, das Improvisationstheater Springmann und viele andere sorgen in der Bonner Landesvertretung bis weit nach Mitternacht für Unterhaltung. Gastgeber ist Raus Bonner „Statthalter“, der Minister für Bundesangelegenheiten Günther Eiert. Mehr als 1000 Gäste sind bereits in die Landesvertretung eingeladen: Wer keine Einladung erhält, wird den Nordrhein-Westfalen-Geburtsstag auch im Fernsehen verfolgen können, in der Sendung „Mittwochs in ... aus Bonn“ ab 20.15 Uhr. Das Geburtsdatum fällt übrigens auf den 23. August 1946, als durch Verordnung der damaligen britischen Militärregierung die rechtliche Grundlage für das neue Bundesland geschaffen wurde. Zuvor, am 18. Juli, war bekanntgegeben worden, daß die Provinzen Westfalen und Nordrhein zusammengelegt werden.

MUSIK

Der ehemalige Organist des Leipziger Gewandhauses, Matthias Eisenberg, wird am 25. September sein erstes Konzert in West-Berlin geben. Er hat sich für die Reihe der Benefizkonzerte zum Ausbau der Orgel in der Charlottenburger Epiphaniakirche zur Verfügung gestellt. Matthias Eisenberg, Jahrgang 1966, war im April dieses Jahres nach einem Konzert mit dem Bachchester des Gewandhauses in Göttingen nicht wieder nach Mitteldeutschland zurückgekehrt.

SKULPTUR

Sieben europäische Künstler stellen zwischen Deutschland und Frankreich Skulpturen auf, die die Annäherung von Menschen und Ländern versinnbildlichen. Die Idee zu dem Projekt „Steine an der Grenze“ hatte der deutsche Bildhauer Paul Schneider. Die fünf Kilometer lange Grenzstraße, an der die Plastik aufgestellt werden, verbindet die Pörfel Launstroff im französischen Département Moselle mit Wellingen im Saarland. Die „Steine an der Grenze“ werden direkt im Grenzgebiet stehen. Die beteiligten Künstler – außer Schneider sind es die Deutschen Havell und Thomas Wojciechowski, der Österreicher Karl Prantl, die Schweizerin Clau-

dia Amann, der Franzose Marc Linde und der Luxemburger Jeanne Bewing – haben am Montag mit ihrer Arbeit begonnen und wollen ihre Werke Anfang Oktober fertiggestellt haben.

GEBURTSTAG

Die Schluckimpfung hat Millionen von Kindern vor der spinalen Kinderlähmung bewahrt. Ihr Erfinder, Professor Albert B. Sabin, amerikanischer Virologe und Immunologe jüdischer Herkunft, vollendet am 26. August das 80. Lebensjahr. Der Immigrantensohn aus Bialystok begann 1931 am Bellevue Hospital in New York seine Laufbahn als Arzt und Forscher. Bereits zu jener Zeit war ihm die Isolierung des Hepatitis-Virus (Virus B) gelungen. 1949 rollte in den USA die große Offensive gegen die Kinderlähmung.



Albert B. Sabin

an, nachdem es gelungen war, den Polioerreger zu züchten. Sabin gelang es – neben anderen Forschern – einen Impfstoff zu entwickeln, der aus lebenden und vermehrungsfähigen, aber abgeschwächten Viren gewonnen wird. Die Lebensvakzine mit der vereinfachten Schluckmethode eroberten schließlich den internationalen Impfstoffmarkt. Die Sowjetunion entschied sich 1959 als erstes großes Land für eine Massenimpfung von annähernd zehn Millionen Personen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Schluckimpfung 1962 eingeführt.

EHRUNGEN

Der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nord Schleswiger in Apenrade, Gerhard Schmidt, ist mit der Europamedaille der Paneuropa-Union Deutschland e. V. geehrt worden. Schmidt erhielt die Auszeichnung für seine völkerverständigende Arbeit im deutsch-dänischen Grenzraum. Schmidt bedankte sich für die hohe Auszeichnung, die er aber nicht auf seine Tätigkeit allein bezog, sondern die er auch als eine Anerkennung der Arbeit des Bundes Deutscher Nord Schleswiger sah.

des Deutscher Nord Schleswiger wertete. Die Europamedaille sei gleichzeitig sowohl eine Ermunterung für die Deutschen in Nord Schleswiger, an ihrer Identität festzuhalten, als auch ein Ansporn für die Bewältigung der Probleme anderer deutscher Volksgruppen wie in Südtirol und im Elsaß.

* Dietmar Bodo Küpper, geschäftsführender Gesellschafter der international in der Entwicklung neuer Innovations-Immobilien tätigen Bodo Küpper KG, ist mit der Ehren-doktorwürde der Kirchlichen Hochschule Christiana Ecclesia in Neu-Wulmsdorf geehrt worden. Die Bodo Küpper KG in Dortmund befaßt sich mit Unternehmensberatung, widmet sich jedoch überwiegend der Reorganisation und Umstrukturierung von Industrieunternehmen sowie deren Krisenmanagement. Dietmar Bodo Küpper erhielt die Auszeichnung für seine wissenschaftsfördernden Verdienste.

UNIVERSITÄT

An der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn wurden die Professoren Dr. Franz Böckle, Prorektor und Direktor des Katholisch-Theologischen Seminars, und Dr. Heinrich Erben, Direktor des Instituts für Paläontologie, emeritiert.

KIRCHE

Papst Johannes Paul II. wird am 1. Mai nächsten Jahres, dem ersten Tag seines zweiten Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland, einen Gottesdienst im Stadion Köln-Müngersdorf feiern. Darauf wies die Pressestelle des Erzbistums Köln hin. Ursprünglich war angekündigt worden, der Papst werde eine Messe im Kölner Dom feiern.

GESTORBEN

Der mexikanische Filmschauspieler und Regisseur Emilio „El Indio“ Fernandez ist gestorben. Der 82jährige schuf in den fünfziger Jahren, in der goldenen Ära des mexikanischen Films, Klassiker wie „Maria Candelaria“ mit Dolores del Rio und Pedro Armendariz, der 1959 in Cannes ausgezeichnet wurde. „El Indio“ (der Indianer) Fernandez hatte als Kind an den Kämpfen der mexikanischen Revolution teilgenommen. 1923 war er wegen Aufhebung gegen die Regierung zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden, konnte aber nach drei Jahren in die USA fliehen, wo er seine Filmbahn begann.

Joseph K. S. 20

Reagan: Notfalls müssen Contras Macht ergreifen

Sandinisten sollen zu Verhandlungen zurückkehren

AP/rtw/APP, Santa Barbara

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat die Machtübernahme durch die Contras in Nicaragua als einzige Alternative für den Fall bezeichnet, daß die regierenden Sandinisten nicht bereit sind, in eine friedliche Regelung mit den Rebellen einzuwilligen. Er machte diese Äußerung, die zu seinen markantesten über Nicaragua gehört, in einem Interview mit der mexikanischen Zeitung „Excelsior“.

Auf die Frage, was er mit den vom US-Senat kürzlich gebilligten 100 Millionen Dollar für die Contras zu tun gedenke, antwortete er, daß die Sandinisten seine dringenden Aufforderungen zu Verhandlungen mit den Rebellen zurückgewiesen hätten, sei die US-Regierung überzeugt, „daß es das Druckes der Freiheitskämpfer bedarf.“ Das beste sei, sie würden so stark, „daß sie den Rebel ansetzen können, Druck auf die sandinistische Regierung ausüben zu können.“ Dann sei „immer noch eine friedliche, politische Lösung“ möglich. Aber „wenn die sandinistische Regierung immer noch nicht einsichtig ist, dann besteht die einzige Alternative darin, daß die Freiheitskämpfer sich durchsetzen und die Macht übernehmen.“ Ziel der Vereinigten Staaten bleibe es, die Sandinisten dazu zu bringen,

„sich an den Verhandlungstisch zu setzen, über die Demokratisierung Nicaraguas zu sprechen und zu den Grundsätzen zurückzukehren, auf die sie sich einst verpflichtet hatten.“

Die amerikanische Regierung hat immer wieder versichert, daß es ihr nicht um den Sturz der sandinistischen Regierung gehe, sondern daß sie die Sandinisten dazu bringen wolle, den bei ihrem Sieg im Jahre 1979 verkündeten demokratischen Grundsätzen zu folgen.

Eine Gruppe nicaraguanischer Sozialdemokraten und Christdemokraten hat die US-Regierung aufgefordert, auf eine direkte Intervention zu verzichten. Der Vorsitzende des „Bloque Opositor del Sur“ (BOS), Alfredo Cesar, sagte, Hilfe ausländischer Regierungen für die Anliegen der anti-sandinistischen Opposition sei willkommen, doch werde diese niemals zulassen, daß jemand in Nicaragua an ihrer Stelle handle. Auch wenn in Nicaragua der Kommunismus errichtet werde, gebe das „keiner westlichen Macht“ das Recht, in dem Lande zu intervenieren. Er werde die Contras solange unterstützen, bis die Sandinisten ihre 1979 abgegebenen Versprechen einlösten, den politischen Pluralismus, die Blockfreiheit und die gemischte Wirtschaft in Nicaragua zu wahren.

Die SPD soll umkehren

Wimmer attackiert Parteitag-Anträge für Nürnberg

rmc, Bonn

An die „staatstragenden Kräfte“ in der Sozialdemokratischen Partei hat der verordnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, appelliert: Sie sollten ihren Einfluß in der Partei geltend machen, damit die Sozialdemokratie wieder auf den gemeinsamen Boden der über Jahrzehnte unumstrittenen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zurückfinde.

Diesen Aufruf richtete der CDU-Politiker an die SPD wenige Tage vor ihrem nächsten Parteitag in Nürnberg stattfindenden Parteitag, auf dem sie ihre Grundsatzpositionen vor der Bundestagswahl abstecken will.

In einem von Wimmer gestern veröffentlichten Papier wird die SPD in Fragen der Sicherheits- und Außenpoli-

tik als „verantwortungslos Aussteigerpartei“ gekennzeichnet. Fußend auf dem zu dieser Thematik vom SPD-Bundestag vorliegenden „Leittrag“ wird der SPD vorgeworfen, sie verwerfe ihre Zustimmung zur NATO inzwischen mit so vielen Einwänden, daß für sie die Aufkündigung der Bündnismitgliedschaft nur folgerichtig wäre.

Die SPD habe sich der sowjetischen Politik angepaßt, sagte Wimmer. Es sei befriedlich, „mit welcher Leichtfertigkeit die SPD, ehemals als Partei der Freiheit und der Bürgerrechte angetreten, die Themen Freiheit und Menschenrechte im Machtbereich der Sowjetunion unter den Teppich kehrt“.

Bei Sanierung Neuen Heimal wächst Zeitdruck

D.G./dpa, Bonn/Fra

Die Sanierung des schwer angeschlagenen Wohnungsbauwerks Neue Heimat gerät immer stärker unter Zeitdruck.

Eine für den 25. August in Frankfurt einberufene Gläubigersammlung, zu der Vertreter aller 150 Gläubigerbanken einberufen worden waren, ist geplatzt. Die Sanierung des schwer angeschlagenen Wohnungsbauwerks Neue Heimat gerät immer stärker unter Zeitdruck.

Ein Novum ist die Entschließung des Mitgliederversammlung der Dresdner Baugesellschaft, die Regierungsverwaltung von acht Stunden durch eine tägliche Höchsttarbeitszeit von acht Stunden bei freiem Wochenende zu ersetzen. Freizeitausgleich für die Arbeiter schon von der ersten Arbeitsstunde und die Möglichkeit der Abgeltung von Zuschlägen für die Arbeiter. Radikalste Forderung mit 260 000 Wohnungen und Grund. IG Druck ist die des linken hessischen Landesverbandes: Auf Ausrichtungen mit Betriebsbesetzungen antworten.

Der Obmann der CDU/CSU in dem Ausschuß, Johannes Gerster, rechnet mit einer schnellen Gerichtsentscheidung. Der Ausschuß werde damit die für seinen Untersuchungsauftrag unerlässlichen Unterlagen erhalten.

In nichtöffentlicher Sitzung hörte der Ausschuß gestern Vertreter der Düsseldorfer Oberfinanzdirektion. Die Behörde hatte unter Hinweis auf ihre Prüfungsergebnisse beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten vor knapp zwei Jahren beantragt, der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Diese NH-Gesellschaft soll der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung 360 000 Mark gespendet haben.

Wie es hieß, ermittelten die Prüfer bei der Neuen Heimat NRW für die Jahre 1974 bis 1979 etwa 20 Tatbestände mit jeweils mehreren Einzelverstößen gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz verstoßen wurde. Trotzdem wurde die Gemeinnützigkeit nicht aberkannt.

Gewerkschaften wollen die flexible Arbeitszeit faktisch wieder beenden

Anträge für Kongresse der IG Druck und IG Metall / Bundesbank-Autonomie im Visier

cd, Frankfurt

Die IG Metall und die IG Druck und Papier sorgen mit Anträgen und Entschlüssen im Vorfeld ihrer Gewerkschaftstage (IG Druck vom 12. bis 18. Oktober in Essen, IG Metall vom 19. bis zum 25. Oktober im Hamburger) für sozialpolitischen und auch vom Gewerkschaftskongress bepolitischen Sprengstoff.

Ein Novum ist die Entschließung des Mitgliederversammlung der Dresdner Baugesellschaft, die Regierungsverwaltung von acht Stunden durch eine tägliche Höchsttarbeitszeit von acht Stunden bei freiem Wochenende zu ersetzen. Freizeitausgleich für die Arbeiter schon von der ersten Arbeitsstunde und die Möglichkeit der Abgeltung von Zuschlägen für die Arbeiter. Radikalste Forderung mit 260 000 Wohnungen und Grund. IG Druck ist die des linken hessischen Landesverbandes: Auf Ausrichtungen mit Betriebsbesetzungen antworten.

Der Obmann der CDU/CSU in dem Ausschuß, Johannes Gerster, rechnet mit einer schnellen Gerichtsentscheidung. Der Ausschuß werde damit die für seinen Untersuchungsauftrag unerlässlichen Unterlagen erhalten.

In nichtöffentlicher Sitzung hörte der Ausschuß gestern Vertreter der Düsseldorfer Oberfinanzdirektion. Die Behörde hatte unter Hinweis auf ihre Prüfungsergebnisse beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten vor knapp zwei Jahren beantragt, der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Diese NH-Gesellschaft soll der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung 360 000 Mark gespendet haben.

Wie es hieß, ermittelten die Prüfer bei der Neuen Heimat NRW für die Jahre 1974 bis 1979 etwa 20 Tatbestände mit jeweils mehreren Einzelverstößen gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz verstoßen wurde. Trotzdem wurde die Gemeinnützigkeit nicht aberkannt.

liche Arbeitszeit für sämtliche Arbeitnehmer. Damit haben sich die Gegner flexibler Arbeitszeit jetzt offensichtlich auch gegen ihren künftigen Vorsitzenden Franz Steinkühler durchgesetzt.

Auch die IG Druck, die im Leittrag ihres Hauptvorstandes für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich plädiert und Wochenendarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen – wie bei Tageszeitungen – zulassen will, lehnt flexible Arbeitszeiten in Anpassung an betriebliche Notwendigkeiten sowie unterschiedliche Arbeitszeiten innerhalb der Belegschaft strikt ab und fordert eine tarifvertragliche Beschränkung von Überstunden. Zum Forderungskatalog gehört ferner ein Verbot der Aussperrung, die ansonsten durch Solidaritätsstreiks und das Verbleiben der ausgesperrten Arbeitnehmer im Betrieb bekämpft werden müßte.

Für den hessischen Landesverband sind sogar politische Streiks legitim, wenn Regierung oder Parlament (wie zum Beispiel mit dem Paragraphen 116) in die Tarifautonomie eingreifen. Ganz so radikal gibt sich die IG Metall nicht, die freilich auch ein Aussperrungsverbot fordert und eine Korrektur des Paragraphen 116 für unverzichtbar hält, sich aber im übrigen darauf beschränkt, den Vorstand mit der Entwicklung eines Aktionsprogramms zur Sicherung des Streikrechts zu beauftragen.

Auf eine weitgehende Abstimmung zwischen IG Druck und

IG Metall lassen die wirtschaftspolitischen Forderungen schließen. Dazu gehört in erster Linie ein staatliches Beschäftigungsprogramm – nach IG Metall-Vorstellungen 20 Milliarden Mark pro Jahr, die IG Druck fordert 200 Milliarden für zehn Jahre, davon 30 Milliarden im ersten Jahr. Ergänzt werden soll dies durch eine „soziale Lenkung der Investitionen“ mit Schwerpunkten in Umweltschutz, Verkehrsausbau, Wohnungsbau und Energieeinsparung. Die IG Metall-Entscheidung verlangt zusätzlich die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.

Gemeineigentum als Ziel

In der Steuerpolitik sprechen sich die Metaller gegen eine Senkung der Spitzensätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer aus, gegen höhere Verbrauchssteuern und für einen Verzicht auf die zweite Stufe der bereits beschlossenen Steuerreform. Die IG Druck will sogar eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Einführung der Quellensteuer für Besitz- und Vermögenserträge.

Auch die Einschränkung der Autonomie der Bundesbank steht auf dem Forderungskatalog der Drucker: Es sei nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar, daß den Frankfurtern die Befugnis für eine gegen eine sozial orientierte Politik des Bundes gerichtete Arbeit gegeben werde.

Sowjets verlieren einziges Luftlabor

DW, Genf

Das einzige „fliegende Versuchslabor“ der Sowjets, eine umgebaute IL-76, ist im Mai oder Juni durch einen Brand zerstört worden. Die „Internationale Weltrevue“ berichtet jetzt, daß Moskau diese Maschine seit Jahren zu Experimenten mit Laserwaffen eingesetzt hatte. Experten verwiesen darauf, daß es sich hierbei um eine Entsprechung zum amerikanischen SDI-Projekt handelt. Der Verlust könne „einen erheblichen Rückschlag“ bedeuten.

Kohl erneuert Bekenntnis zu Wackersdorf

cs/DW, St. Gilgen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern bei einem Gespräch mit seinem österreichischen Amtskollegen Franz Vranitzky das Festhalten der Bundesregierung am Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf bekräftigt. Das Projekt stand im Mittelpunkt eines einseitigen Gesprächs zwischen den beiden Regierungschefs im Ferienhaus Kohls am Wolfgangsee.

Auf die Forderung des Wiener Kanzlers, die Bundesrepublik möge die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage neu überdenken, parierte der deutsche Regierungschef mit der Bemerkung, die Bundesrepublik habe bereits genug nachgedacht. Deutschland könne sich einen Ausstieg aus der Atomenergie nicht leisten, weil dies einem „Abschied von der Industrie“ gleichkomme. Er Kohl habe zwar als Familienvater Verständnis für die Ängste der Menschen. Aber irrationale Ängste könnten jedenfalls kein Grund sein, Wackersdorf nicht zu bauen. Der deutsche Kanzler verwies darauf, daß die Sicherheitsvorkehrungen der Bundesrepublik in der Atomtechnologie für die ganze Welt beispielhaft seien.

Der österreichische Kanzler erklärte nach dem Treffen, die Entscheidung über die Nutzung bestimmter Techniken müsse jedem einzelnen Land überlassen bleiben. Österreich, das auf die Nutzung der Atomenergie verzichtet habe, erwarte allerdings, daß Wackersdorf nicht weitergebaut werde. Dies aber, so schränkte Vranitzky ein, könne nicht Anlaß für einen Streit zwischen zwei Nachbarn sein, die seit Jahrzehnten positiv zusammenarbeiten. Seine Vorbehalte gegenüber der Aufarbeitungsanlage blieben weiterhin bestehen.

Unter dem Titel der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, noch einmal sein „klares Nein“ zu der Wackersdorfer Wiederaufarbeitungsanlage bekräftigt. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem bayerischen SPD-Vorsitzenden Hiersemann unterstrich Rau in Schwandau auch das Nein gegen die Inbetriebnahme des Schnellen Bräutlers in Kalkar. Nach einem Sieg der SPD bei der Bundestagswahl werde das Atomgesetz so geändert, daß ein Einstieg in die Plutoniumwirtschaft unmöglich werde.

NACHRICHTEN

Langer blieb Dritter

Hamburg (GAB) – In der Computer-Welt rangierte der Golfprofis, die über drei Jahre fortgeschrieben wird, festigte Bernhard Langer (Anhausen) mit 1024 Punkten seinen dritten Platz. Nur knapp vor ihm rangieren Severiano Ballesteros (Spanien/1093) und Greg Norman (Australien/1078).

Salmrohr holt Iraner

Salmrohr (sid) – Der Zweitligaklub FSV Salmrohr hat den iranischen Fußball-Nationalspieler Hamid Ali Dusti für ein Jahr verpflichtet. Der 29 Jahre alte Törjäger, der in 50 Länderspielen 35 Treffer erzielte, wurde in den letzten drei Jahren jeweils Torschützenkönig.

Ferner nach Saloniki

Düsseldorf (sid) – Diethelm Ferner, zuletzt Trainer bei Schalke 04, wechselt zum griechischen Erstligaklub Iraklis Saloniki. Ferner hatte in dieser Saison keinen Vertrag bei einem Fußball-Bundesligaklub erhalten.

Moses: Bald Abschied

Malmö (dpa) – 400-m-Hürden-Weltrekordler und Olympiasieger Edwin Moses (USA) will seine Laufbahn nach den Olympischen Spielen 1988 in Seoul beenden. In Malmö gewann Moses sein 117. Rennen in Folge und übertraf damit den Kugelstoßer Parry O'Brien (USA), der 116 Mal hintereinander ungeschlagen blieb.

Graf weiter Dritte

Düsseldorf (sid) – Steffi Graf aus Heidelberg liegt trotz ihrer dreiwöchigen Verletzungspause weiterhin auf Platz drei der Tennis-Welttrangliste der Damen. Claudia Kohde-Kilsch (Saarbrücken) nimmt den sechsten Rang ein. Angeführt wird die Rangliste von Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd (beide USA).

ZAHLIEN

FUSSBALL

Bundestiga: Mönchengladbach – Hamburg 0:3 (0:0). – Länderspiel: Schweiz – Frankreich 2:0. – Jean-Gamper-Pokal in Barcelona, Finale: Eindhoven – Tottenham 1:1 (1:1) 5:4 im Elfmeterschießen; um Platz drei: Barcelona – Inter Mailand 3:1.

VOLLEYBALL

Junioren-Europameisterschaft in Bulgarien, Junioren, Vorrundengruppe 2: Deutschland – Belgien 3:0. – Junioren, Vorrundengruppe 2: Deutschland – Polen 3:2.

WASSERBALL

Weltmeisterschaft in Madrid, Finalrunde: USA – Deutschland 13:3.

RUDERN / Interview mit Peter-Michael Kolbe

„Diesmal reicht es für mich aber zum Schluß“

DIETER HENNIG, London

Die englische Presse spricht bereits vom „Duell der Giganten“. Zum achten Mal werden sich am Sonntag in Nottingham Peter-Michael Kolbe und Perti Karpinnen in einem olympischen oder WM-Finale gegenüberstehen – wenn nicht einer der beiden Superspieler morgen im Halbfinale kassiert. Bisher steht das Duell 4 zu 3 für den Finnen. Kann der Hamburger noch einmal gleichziehen? Die WELT sprach mit Peter-Michael Kolbe.

WELT: Sie sind viermal Weltmeister geworden, Karpinnen nur zweimal. Aber im direkten Vergleich bei Titelkämpfen haben Sie seit 1979 immer verloren. Zeht das nicht an der Moral?

Kolbe: So muß man das nicht sehen. Bei meinen WM-Titeln 1981 und 1983 war er in den Zweier umgestiegen, weil er sich in ihm wohl nicht stark genug fühlte. Und 1985 ist für mich kein Maßstab, weil ich nach Olympia das Training stark reduzierte. Das steht diesmal anders aus.

WELT: Im Vorjahr reichte es für Sie nur zu Bronze hinter Karpinnen und dem Amerikaner Suduth. Rückt die Konkurrenz auf?

Kolbe: Wir werden es wohl wieder unter uns ausmachen – aus der Sicht des Rudersports eigentlich schade. Suduth ist in den US-Achter umgestiegen. Jakuscha aus der UdSSR war im Vorlauf zwar stark, fällt im Finale aber meistens ab. Und die anderen scheinen noch nicht so weit zu sein.

WELT: Also wieder Karpinnen gegen Kolbe. Mit welchem Ausgang? Kolbe: Ich rechne mir eine reelle Chance aus. Im Luzern habe ich gegen ihn verloren, weil ich einen schweren Zwischenlauf hatte. Seitdem habe ich im Training noch etwas zugelegt. In vier Wochen kann man zwar keine Wunder vollbringen, aber vielleicht das Quentchen wettmachen, das zum Sieg reicht.

WELT: Sie wurden 1973 Europameister, hier in Nottingham 1975 erstmals Weltmeister. Seit 13 Jahren ganz vorn. Sie sind 33, Karpinnen auch. Wird ein Skuller viel älter?

Kolbe: Man kann in diesem Sport lange Spitzenleistungen bringen. Es ist im Grunde nur eine Frage der Motivation. Ich habe ja einige Pausen eingelegt. 1977, nach der Enttäuschung von Montreal, und 1982, als ich nach Oslo umzog. Das hat mir jeweils gutgetan – das Kürzertreten 1985 auch.

WELT: Sind Sie stärker als vor zehn Jahren? Kolbe: Schwer zu sagen, ich meine:

ja. Am Anfang hat man vielleicht mehr Kraft, rudert drauflos. Dann kommt die Routine, die Ausdauer wird größer. Beide sind sehr wichtig. WELT: Müssen Sie heute härter trainieren als früher?

Kolbe: Dazu reicht die Zeit gar nicht mehr. Ich arbeite in Oslo bei einer deutschen Kugellager-Firma. Also bleiben abends nur einhundert Stunden, so 15 bis 20 Kilometer. Früher trainierte ich zweimal am Tag.

WELT: Wie sieht Ihr Training aus? Kolbe: Im Frühjahr bin ich auf einem nahen Fjord, wenn der Wind zu stark weht. Ab Mai ist es ein See in der Nähe. Das ist ein gewisser Nachteil, weil ich meist alleine trainiere. Darunter leidet zwangsläufig etwas die Technik. Im Winter habe ich einen Ruderapparat, und in diesem Jahr habe ich erstmals Skilauf gemacht, das war sehr gut. Als Problem erwies sich nur, geeignete Trainingspartner zu finden. Die norwegischen Ruderer laufen mir auf Skiern alle davon.

WELT: Wie lange wollen Sie noch weitermachen? Kolbe: Solange es noch Spaß macht. Dazu gehört auch, daß ich vorne weiter mithalten kann. Es kann also sein, daß ich nach dieser Saison aufhöre. Aber auch, daß ich in Saison 1988 noch dabei bin.

WELT: Wie ist Ihr Verhältnis zu Karpinnen? Kolbe: Wir hatten in all den Jahren kaum persönlichen Kontakt. Das lag aber daran, daß er nur Finnisch spricht. Da blieb es eben beim „Hey, das versteht jeder Skandinavier. Ich habe ihn immer für etwas sehr gehandelt. Vor einigen Monaten kamen wir durch eine Dolmetscherin erstmals ins Gespräch, und da fand ich ihn ganz locker. Aber ein richtiges Ueil kann ich mir nicht erlauben, zu kenne ich ihn einfach zu wenig.

WELT: Und sportlich – wird das Finale wieder nach dem Schema ablaufen: Kolbe führt, und Karpinnen kommt auf den letzten Metern vorbei? Kolbe: Ich hoffe ja – bis auf die letzten Meter. Er hat sich technisch ohne Frage verbessert, schauelt nicht mehr wie früher durch das Wasser. Natürlich überlegt man sich; immer die Taktik, doch nach all den Jahren bleiben da nicht mehr viel Variationen. Jeder wird wieder sein Rennen fahren – und ich bin ganz zuversichtlich, daß es am Schluß diesmal für mich reicht. Das würde unserem Duell für die nächsten Jahre ja auch neuen Auftrieb geben – ich werde versuchen, das vor dem Start auch noch Karpinnen zu sagen...

Erst Happel, ein neuer HSV und der kulturelle Fußball

Wird die Volkswirtschaft denn wirklich stimmen sollte, daß immer jeder für sein Gesicht selbst verantwortlich ist, dann hat Ernst Happel, Trainer des Hamburger SV, vielleicht doch ein bißchen fahrig gehandelt. Grummelig, brumlig, so schaut er fast immer dreierlei aus: Maximaler Maximaler, ein Wiener Landmann gar mal als „Kühnheit in der Endphase“ bezeichnet – was gewiß ein Schlag unter der Gürtellinie war. Doch zum Glück so viel scheint sicher: Die vielgeplante und unterfütterte Karriere des Perfektionisten Happel, der seinen langen Trainerlauf stets in Rage gebracht hat, hinterläßt Falten im Gesicht.

Erde, wortkarg, immer den Eindruck vermittelnd, daß er seine Gedankenpartner gering schätzt, weil von Fußball ja doch weniger verstanden als er selbst, so präsentierte sich der inzwischen 60jährige. Und dieser fast furchterregende Charakter stellt sich Happel auch in Zeiten seiner großen Erfolge nicht abgewichen. Und Erfolg hatte er. In Wien, den Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer als Fußballgenie bezeichnet, in der Tat. Zweimal wurde der HSV

unter ihm deutscher Meister. 1983 holte Happel mit seiner Mannschaft durch einen strahlenden 1:0-Sieg über Juventus Turin den Europapokal der Landesmeister.

Dem Aufstieg folgte der jähe Sturz. In der vergangenen Saison war dann auch Happel mit seinem Latein am Ende. Die Hamburger verpaßten die UEFA-Cup-Qualifikation und mußten, weil ihnen die Fans in

die Tabellenapfite. Der neue HSV verschlängte allen die Sprache, seinen Trainer indes macht er ungewohnt redselig. Nichts war nach dem Schlußpfiff. Im Bökelbergstadion mehr übriggeblieben von dem mürbischen Happel vergangener Zeiten. Bereitwillig ließ er sogar über sich ergehen, was er normalerweise am meisten haßt: Interviews.

Zufrieden sei er mit seinen jungen

STANDPUNKT

Scharen davonliefen. Nationalspieler Wolfgang Rolff, nach Leverkusen, und Michael Schröder, an den VfB Stuttgart, quasi notverkauft. Weil zudem Mittelfeldstar Felix Magath seine Laufbahn beendete, und der Managerposten übernahm, haben nahezu alle Experten dem HSV eine trübe Zukunft prophezeit. Doch es kam alles anders: Am Dienstagabend setzten die Hamburger dem vielbestaunten 3:0-Auftaktziele zu Hause über Werder Bremen noch eins drauf und gewannen bei Borussia Mönchengladbach völlig überraschend mit dem gleichen Ergebnis. Und durch dieses 3:0 überholten sie

Leuten Tobias Hopp (zweimaliger Torschütze), Thomas Hinz und Dieter Beiersdorfer, sagte der „Alte“, wie er von seinen Spielern respektvoll genannt wird. Mannschaftsführer Thomas von Hessen (Torschütze zum 2:0), der Pole Miroslav Okonski und vor allem auch Heinz Grindel hätten in der zweiten Halbzeit dafür gesorgt, „daß die Mannschaft streckenweise wunderbaren Konterfußball geboten hat“. Daß der HSV jetzt Spitzenreiter sei, wolle er nicht überbewerten, die Höhe des Sieges auch nicht. Aber, so meinte Happel, er sei jetzt doch ziemlich optimistisch, daß er nach seinem definitiv letzten Jahr

in Hamburg keinen Scherbenhaufen hinterlassen würde. Und augenzwinkernd fügte der Trainer an: „Ob wir am Ende Hausmeister oder Meister werden, interessiert mich nicht. Ich habe nur den Ehrgeiz, daß die Mannschaft bis zum Zeitpunkt meines Abschieds wieder kulturellen Fußball spielt. Die Ansätze sind da, wir müssen jedoch noch hart arbeiten, und wir werden mit Sicherheit noch ein paar Mal kräftig auf die Schmauze fallen, bevor wir dieses Ziel erreicht haben.“

Ein neuer HSV also, und ein neuer Happel? Noch ist Skepsis angebracht, denn bei allem Charme, den der Wiener versprüht, darf man nicht vergessen, daß der 3:0-Erfolg selbstverständlich eine ungemein günstige Kommunikationsbasis war. Aber vielleicht hat auch dies dazu beigetragen: Vor ein paar Wochen war der Trainer im Krankenhaus, und er hat sich dort die Galle entfernen lassen – die kann ihm nun nicht mehr giftig hochkommen.

Wie auch immer, ein geschätzter Spieler Happel, davon können, wenn es ihn weiter gäbe, alle in der Bundesliga profitieren.

BERND WEBER

RUDERN

Achter im Finale

dpa, Nottingham

Mit dem zweiten Platz im Hoffnungslauf hinter der „DDR“ qualifizierte sich der Verbandsachter des Deutschen Ruderverbandes (DRV) bei den Weltmeisterschaften in Nottingham (England) für das Finale (Sonntag): eine Überraschung durch die RG Dortmund/Benrath/Herdecke/Rauzel/Essen/Osnabrück, denn immerhin schlug die Mannschaft von Bundestrainer Ralf Holtmeier (30) die starken Neuseeländer (Weltmeister 1982 und 1983), die im Vorjahr WM-Vierte waren. Erst auf Platz vier kam Olympiasieger Kanada vor den abgeschlagenen Holländern.

DRV-Verbandsruderer Rainer Kleinschmidt (29) jubelte: „Hervorragend, wie der Achter über die ganze Strecke gekämpft hat. An dieser jungen Mannschaft werden wir noch lange Spaß haben.“ Die „DDR“ siegte in 5:45,83 Min vor dem DRV-Achter (5:47,19), 0,63 Sekunden dahinter Neuseeland. Damit steht erstmals seit 1982 wieder ein Achter des DRV bei Weltmeisterschaften im Finale. Zuletzt stand in Luzern der sogenannte Bayern-Express im Endlauf.

SCHWIMMEN / Wasserballer am Scheideweg

Bundestrainer fordert: „Wir brauchen eine Profi-Liga“

sid, Madrid

Der Stachel der 8:9-Niederlage gegen die UdSSR saß tief, denn fast hätten sie den Weltmeister geschlagen, nun müssen sie um die Olympiafahrt kämpfen. Bundestrainer Nicolas Fiorio, zwischenzeitlich mit den Tränen kämpfend, forderte nach dem verpaßten Halbfinale bei der Weltmeisterschaft in Madrid einschneidende Konsequenzen im deutschen Wasserball: „Wir brauchen eine Profi-Liga, um unsere Probleme langfristig lösen zu können.“

Derzeit kämpfen die Bundesliga-Vereine gegen den finanziellen Bankrott, professionelle Verhältnisse gibt es nur beim Serienmeister Spandau 04 Berlin. „Unsere Spieler stehen an der Leistungsgrenze, Beruf und Wasserball sind nicht mehr zu verbinden, die Anspannung ist zu groß“, sagte der Bundestrainer.

Gegen Geheimfavorit USA und Weltmeister UdSSR zeigte die Mannschaft trotz der Niederlagen eine kämpferische Glanzleistung. Gegen die Amerikaner verlor die DSV-Vertretung in den letzten zwei Sekunden gegen den Titelverteidiger vergab der

große Pechvogel Rainer Osselmann 19 Sekunden vor dem Ende die Führung und damit den Einzug ins Halbfinale.

„Ich kann keinem Spieler einen Vorwurf machen, sie haben gekämpft wie die Löwen. Wir haben gegen die Mannschaften verloren, die den Titel unter sich ausmachen werden.“ Fiorio baderte nicht mit seinem Team, das nach der Bronzemedaille von Los Angeles, dem dritten Rang bei der EM in Sofia und dem FINA-Weltcup-Sieg 1985 in Duisburg nun bescheiden leben muß.

Entscheidend war, daß sowohl die UdSSR als auch die USA eine starke Reservebank besitzen. „Wir spielen mit sieben, die anderen mit zwölf“, sagt DSV-Wasserballwart Bodo Holmann (Hannover).

Der Kampf um die Teilnahme für Seoul wird in Madrid nun schwer. Gegner der deutschen Mannschaft sind die starken Kubaner und WM-Gastgeber Spanien. Sollte die direkte Qualifikation (Platz sechs) in Madrid nicht erreicht werden, bleibt noch der Weg über die Europameisterschaft 1987 in Straßburg.

SPORTPOLITIK

„DDR“ will nach Seoul

sid, Ost-Berlin

Die olympische Sportwelt kann davon ausgehen, daß die „DDR“ konkret auf die Olympischen Spiele 1988 hin arbeitet. Die Olympia-Teilnahme 1988 in Seoul wird von der „DDR“-Sportführung angestrebt.

Das ist die Erkenntnis des Vizepräsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Bernhard Beitz, nach seinem Treffen mit dem Vorsitzenden des Olympia-Komitees der „DDR“, Manfred Ewald.

In dem Treffen wurde auch die generelle Problematik der Kommerzialisierung der olympischen Bewegung mit dem Ziel der offenen Spiele, die anstehende Vergabe der Olympischen Sommer- und Winterspiele für 1992 (mit dem Kandidaten Berchtesgaden), und die im Oktober auf der 91. IOC-Session in Lausanne zu treffenden personellen Veränderungen in der Führungsspitze des IOC mit drei Neubesetzungen oder Verschiebungen im Exekutiv-Komitee behandelt. Ewald erklärte Beitz, daß die Sportler der „DDR“ auf das für sie höchste internationale Ziel, die Olympischen Spiele, eingestellt seien.



Das deutsche Messewesen ist international führend. Es gibt kein Messgesetz und keine behördlichen Genehmigungsverfahren, nur eine freiwillige Vereinbarung. (S. 11) FOTO: DPA

WELTWIRTSCHAFT

Gatt: Die UdSSR will an der neuen Verhandlungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens als Beobachter teilnehmen.

Peru: Die Inter-American Development Bank hat die Auszahlung von Krediten an Peru eingestellt und wird im September über weitere Kredite entscheiden.

Israel: Eine neue Banknote über 100 neue Schekel (66 Dollar) hat die Staatsbank in Umlauf gebracht.

USA: Experten im Weißen Haus sagen für das kommende Jahr ein Haushaltsdefizit von 163 Mrd. Dollar voraus.

Mexiko: Auf einen Überbrück-

ungskredit von 1,6 Mrd. Dollar haben sich die USA und 15 weitere Länder geeinigt. Auch der Lenkungsausschuß der 13 Gläubigerbanken wird sich beteiligen.

Schweiz: Bern hat eine Werbeaktion angekündigt, um ausländische Investoren ins Land zu locken. (S. 10)

Kanada: Obwohl die Wachstumsraten in den letzten Jahren fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Industriestaaten waren, bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. (S. 10)

Spanien: Wegen der höheren Importe aus der EG ergab sich erstmals ein Handelsbilanzdefizit. (S. 10)

FÜR DEN ANLEGER

Dividende: Nach dem letzten Jahresausfall können die Aktionäre der Herlitz AG für 1986 wieder auf eine Ausschüttung hoffen, erklärte der Vorstandsvorsitzende Günter Herlitz. (S. 11)

Devisen: London ist mit großem Abstand der führende Markt in der Welt. Täglich werden an der Themse im Schnitt 90 Mrd. Dollar umgesetzt. (S. 10)

Japan: Trotz wachsenden amerikanischen Drucks besteht weiter nicht die Absicht, den Diskontsatz zu senken.

Wertpapiere: Nach Mitteilung der Deutschen Bundesbank begaben inländische Emittenten im Juli Rentenwerte im Nominalwert von 25 Mrd. DM.

Frankreich: Das Schatzamt hat auf seiner wöchentlichen Wertpapierversteigerung 8,6 Mrd. Franc (2,9 Mrd. DM) an neuen Mitteln aufgenommen.

Dollar: Die US-Währung eröffnete gestern in Tokio auf dem Rekordtief von 152,75 Yen.

WELT-Aktien-Index: Gesamt: 283,14 (284,11); Chemie: 163,99 (164,29); Elektro: 332,80 (335,03); Auto: 742,26 (742,97); Maschinenbau: 150,99 (153,11); Versorgung: 164,91 (166,40); Banken: 428,78 (430,03); Warenhäuser: 171,05 (171,99); Bauwirtschaft: 507,04 (502,71); Konsumgüter: 186,34 (186,64); Versicherung: 1536,72 (1537,49); Stahl: 158,61 (160,24).

Nachbörse: schwächer

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Werften: Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie, Werner Fante, hat zur Bewältigung der Krise höhere staatliche Beihilfen gefordert. (S. 10)

Frankreich: 1985 wurden von deutschen Unternehmen 495 Mill. DM investiert. Damit ist die Bundesrepublik zweitgrößter Investor nach den USA.

Feiner: Bei dem zum Salzgitter-Konzern gehörenden Maschinen- und Schraubenhersteller stehen Umstrukturierungen bevor. Diskutiert werden Auslagerungen

von Unternehmensteilen in andere Salzgitter-Werke.

Klöckner: Ihren Weltumsatz hat die Klöckner-Werke AG in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1985/86 auf 3,9 Mrd. DM gesteigert.

Joint Venture: Der Otto-Versand wird in Japan mit der Sumitomo Corp. das Versandhaus Otto-Sumisho Mail Order Corp. gründen.

Canon: Einen Gewinnrückgang vor Steuern um 39 Prozent mußte die Canon Inc. im ersten Halbjahr 1985 hinnehmen.

MÄRKTE & POLITIK

Löhne: Daß die Lohnerhöhungen für ganze Branchen festgesetzt werden, ist einer der wichtigsten Gründe für die deutsche Arbeitslosigkeit. (S. 10)

Ölförderung: Um 18 Prozent auf 3,59 Mill. Barrel pro Tag ist im Juli die Rohölförderung im britischen und norwegischen Teil der Nordsee gestiegen.

Dumping: Sieben Länder, darunter auch die Bundesrepublik, exportieren nach einer vorläufigen Entscheidung des US-Handelsministeriums unterpreisierte Messingbleche und Bänderzeugnisse in die USA.

Kaffeemarkt: Die Dallmayer OHG wird Kapital und Kommanditanteile der Heims + Sohn GmbH & Co. KG übernehmen. Wie Dallmayer mitteilte, hat das Bundeskartellamt die Übernahme bereits genehmigt.

Niedersachsen: Vom ersten Oktober dieses Jahres an wird die Förderabgabe auf Erdöl drastisch gesenkt.

Ölverbrauch: Die Amerikaner stehen unter den Industriestaaten an der Spitze. Ein US-Bürger verbraucht pro Kopf jährlich 3196 kg Mineralölprodukte (Westeuropäer: 1606 kg). (S. 10)

NAMEN

Frankreich: Bernard Bosson wird das von Jacques Chirac neu geschaffene Ministerium für europäische Angelegenheiten übernehmen.

Oldenburg: In einem der größten Fälle von Geldanlagenschwindel wird seit gestern vor dem Landgericht gegen Hermann-Josef Fangmann verhandelt. Er soll rund 1300 Anlegern mit überdurch-

schnittlichen Renditeversprechen insgesamt 29 Mill. DM entlockt haben.

WER SAGT'S DENN?
Einige Millionäre verdanken ihren Erfolg ihren Frauen. Aber die meisten verdanken ihre Frauen den Millionen.
Danny Kaye

Der innerdeutsche Handel stützt sich nicht mehr aufs Öl

Agrarprodukte kaufte die „DDR“ wegen der Exportersparnis in anderen EG-Staaten

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Der Rückgang des innerdeutschen Handels im ersten Halbjahr um sieben Prozent auf 7,5 Milliarden Mark, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, wird im Bundeswirtschaftsministerium nicht als Einbruch gewertet. Ausschlaggebend dafür war nahezu ausschließlich der Preisverfall beim Erdöl und bei Mineralölprodukten. In den vergangenen Jahren hatte sich die längerfristige Energievereinbarung – die „DDR“ bezieht Rohöl aus der Bundesrepublik, verarbeitet es, wobei auch so wettbewerbsfähige Erzeugnisse liefert – als Stütze im innerdeutschen Handel erwiesen. Sie ist jetzt brüchig geworden.

So gingen die Lieferungen aus der Bundesrepublik um acht Prozent oder 340,3 (Rohöl allein um 239) Millionen auf 3,749 Milliarden Mark zurück. Die Bezüge aus der „DDR“ sanken um fünf Prozent oder 194,6 Millionen auf 3,731 Milliarden Mark. Der Öleffekt allein schlägt mit 314 Millionen Mark zu Buche. Fazit des Bundeswirtschaftsministeriums: Das

Mengengerüst des Handels hat sich abgesehen vom Öl, wenig verändert. Der Rückgang bei landwirtschaftlichen Produkten, um 55 Millionen Mark, wird mit der schwierigen Marktlage in der Bundesrepublik, vor allem bei Fleisch, erklärt.

Hier wurden Kontingente gekürzt. Bei einigen Produkten im Eisen- und Stahlbereich und bei Investitionsgütern konnte die „DDR“ ihren Absatz steigern. Das gilt zwar auch für einige Konsumartikel, aber sie konnte die Chancen nicht nutzen, die von der konjunkturellen Belebung in der Bundesrepublik ausgingen.

Der Handel war bei einem Überschuss von 18,4 Millionen Mark für die Bundesrepublik nahezu ausgeglichen. Allerdings wurde in diesem Jahr die erste Rate der Postpauschale von 100 Millionen bereits im ersten Halbjahr verbucht. Die Verschuldung der „DDR“ in der Bundesrepublik hat sich seit Ende 1985 mit 3,6 Milliarden Mark praktisch nicht verändert. Der Swap von 840 Millionen wurde von der „DDR“ im ersten Halbjahr nur zu durchschnittlich 100 Millionen, zuletzt mit 190 Millionen in Anspruch genommen.

Bei den Bezügen aus der „R“

Mehr Überschußstrom an den erneuerbaren Quellen

Elektrizitätswirtschaft gibt Drängen von Bangemann nach

A. G. Bonn
Die Elektrizitätswirtschaft hat offensichtlich dem Drängen von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, mehr Überschußstrom aus regenerativen Quellen (Wasser- und Windkraft, Solarenergie, Biogas) in das öffentliche Versorgungsnetz einzuspeisen, nachgegeben. Wie das Bundeswirtschaftsministerium gestern nach einem ausführlichen Meinungsaustausch mit Spitzenvertretern der deutschen E-Wirtschaft, an dem auch Bundesumweltminister Walter Walther teilnahm, mitteilte, habe sich die E-Wirtschaft bereit erklärt, ihre Bemühungen für eine bessere Nutzung auch der regenerativen Energieträger zu verstärken.

Sei werde insbesondere die Rahmenbedingungen für die Einspeisung von Strom aus regenerativer und rationeller Erzeugung in das öffentliche Netz deutlich verbessert. So soll bei der Berechnung der Einspeisungsentgelte künftig stärker berücksichtigt werden, daß durch eine Vielzahl von Einsparungen langfristig nicht nur Brennstoffkosten, sondern auch eine

gewisse Kraftwerkskapazitätsersparnis werden kann. In weitem Ausmaß sich dies im konkreten Niederschlag, hänge insbesondere davon ab, in welchem Umfang Strom in Zeiten hoher Stromnachfrage in das öffentliche Netz eingespeist wird. Im Ergebnis sollen durch diese Verbesserungen die einbarren Einspeisungsvergütungen durchschnittlich 30 Prozent erniedrigt werden.

Die E-Wirtschaft erteilt außerdem ihre Bereitschaft, soweit Windanlagen um technische Fragen zu bemühen, die die Kosten der Anschluß dieser Anlagen an öffentliche Netze möglichst niedrighalten. Sie übergab auch eine Dokumentation über die eigenen Aktivitäten bei der Nutzung regenerativer Energien. Beide Minister begrüßten ausdrücklich die Aktivitäten der Wirtschaft in diesem Bereich und das bereitwillige Angebot zur Einsparungsvergütung. Zuvor hatte die Wirtschaft unterstrichen, daß sie gewärtig keine Alternativen sieht, die einem definierten Zeitraum die Energiegie ablösen könnten.

Im Einzelhandel geht es weiter aufwärts

hg. Bonn

Im deutschen Einzelhandel wächst die Zuversicht: Für den Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1986 könne ein Umsatzzuwachs von fünf Prozent erreicht werden – was einem realen Plus von 4,5 Prozent entspräche –, schreibt die Hauptgemeinschaft im KfV. Als Begründung nennt sie die günstigen Aussichten und das aufhellende Konsumklima. Damit erhebe sich für das gesamte Jahr eine Umsatzsteigerung von 4,5 Prozent, real sind das rund vier Prozent.

Im ersten Halbjahr konnte der Einzelhandel seine Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent steigern; preisbereinigt waren es sogar 4,3 Prozent. Hier verzerrte allerdings der Ölpreisverfall das Bild; der Einzelhandel im engeren Sinne – ohne Autos, Mineralölprodukte und Apotheken – sei lediglich auf ein reales Plus von 2,2 Prozent gekommen, dem eine Umsatzsteigerung von 3,1 Prozent zugrunde lag. Die Warenhausunternehmen erzielten im ersten Halbjahr einen Umsatzzuwachs um 2,9 Prozent; der Versandhandel wuchs um 3,1 Prozent.

DIW: In der Bauwirtschaft Süd-Nord-Gefälle

dpa/WVD, Berlin

In den südlichen Bundesländern steigt die Baunachfrage in allen Bereichen schneller als in den nördlichen. Damit ist bis 1987 auch für die zeitlich nachgelagerte Produktions- und Beschäftigungsentwicklung eine Verstärkung des Süd-Nord-Gefälles vorgezeichnet, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fest. Auch längerfristig dürfte sich dieses Gefälle verstärken, und zwar aufgrund regionaler Verlagerungen von Wirtschaftsschwerpunkten, damit verbundener Bevölkerungszunahme und einhergehender notwendiger Infrastrukturmaßnahmen.

Im Zeitraum 1976 bis 1985 ist der Anteil des Südens am Bauvolumen von 49 auf 54 Prozent gestiegen. Von insgesamt 206 Milliarden DM entfielen rund 41 Milliarden auf Bayern, 37 Milliarden auf Baden-Württemberg, 19 Milliarden auf Hessen und 15 Milliarden auf Rheinland-Pfalz/Saarland. Das Bauvolumen in Nordrhein-Westfalen betrug etwa 50 Milliarden DM, in Niedersachsen/Bremen 24, in Schleswig-Holstein/Hamburg 14 und in Berlin 7 Milliarden DM.

AUF EIN WORT



„Neben der Notwendigkeit der Beherrschung von Basistechnologien der Computertechnik für unser Land liegt unsere größte Absatzchance in der Problemlösung auf Systemmärkten der Informations- und Kommunikationstechnik.“
Rolf-Dieter Leister, Wirtschaftsberater für Informations- und Kommunikationstechnik, Stuttgart.
FOTO: DIE WELT

Hoffnung macht noch keine Geschäfte

Vor der Frankfurter Herbstmesse hängen die Erwartungen des Handels hoch

INGE ADHAM, Frankfurt
Die Signale für den privaten Verbrauch stehen auf grün. Auf 5,5 Prozent veranschlagt das Münchner Ifo-Institut den Anstieg der verfügbaren Einkommen in diesem Jahr. Der reale private Verbrauch soll um etwa 4,5 Prozent steigen, meint das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem zur 77. Internationalen Frankfurter Messe vorgelegten Bericht.

Daß es für den deutschen Einzelhandel bisher bei der Hoffnung auf bessere Geschäfte geblieben ist, liegt daran, daß die Verbraucher im ersten Halbjahr dieses Jahres ihr Geld vor allem fürs Auto (der Handel registriert ein Plus von 8,6 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit) und zur Auffüllung ihrer Heizöltanks zu günstigen Preisen (Handel mit Brennstoffen plus 30 Prozent) benutzt haben. Daneben wurde wieder mehr gespart und geresert.

Im zweiten Halbjahr, so meinen die Auguren, wird alles anders: Denn jetzt steht auch ein höherer Anteil der Verbrauchsausgaben für anderweitige Anschaffungen zur Verfügung. Da die Preise kaum steigen dürften – nur bei Körperpflegemitteln und in Teilbereichen bei Papier, Schreibwaren und Büromaterial sind Erhöhungen angekündigt –, könnten die Verbraucher ihr Portemonnaie etwas großzügiger öffnen. Die auf der Herbstmesse in Frankfurt vertretenen Konsumgüterbranchen scheinen dem Frieden aber noch nicht ganz zu trauen. Die Ifo-Umfrage signalisiert noch recht bescheidene Erwartungen für den weiteren Jahresverlauf.

„Die Marktlage bemüht sich bisher redlich aber noch nicht ganz überzeugend, den Prognosen gerecht zu werden“, urteilt Messeschef Horst Stauder. Die Situation. Im Handel ist man sich im klaren, woran die Zurückhaltung der Kunden im allgemeinen liegt: Seit etwa fünf Jahren gebe es

eine echte Bedarfssituation mehr. Die in Frankfurt vom 23. bis 27. August antretenden 3652 Aussteller, davon 35 Prozent aus dem Ausland, verleiht diese Situation eine lebhaftes Flair. Die rund 75 000 Besucher werden intensiv nach Neuheiten und Ideen suchen, mit denen sich Nachfrage machen und auch das mit viel Hoffnungen erwartete Weihnachtsgeschäft ankurbeln läßt. Ob die Bestellungen freilich ausreichen, der Konsumgüterkonjunktur den entscheidenden Anstoß zu geben, ist fraglich.

Große einzelne Ausstellerguppen sind wiederum die 799 Anbieter rund um den „Gedackten Tisch“. Es folgen 791 Anbieter aus Kunsthandwerk und Kunstgewerbe, die sich bei der spürbar wachsenden Vorliebe der Kunden für Unikate besonders gute Geschäftschancen ausrechnen. Die größte ausländische Ausstellerguppe kommt mit 194 Anbietern wie in den Vorjahren aus Italien.

Wachstum wird sich weiter verstärken

A. G. Bonn

Die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik befindet sich wieder eindeutig auf Wachstumskurs, der sich in der zweiten Jahreshälfte eher noch verstärken und auch im kommenden Jahr anhalten wird. Motor der Aufwärtsentwicklung sind dabei die Unternehmensinvestitionen und der private Verbrauch. Zu diesem übereinstimmenden Ergebnis gelangen das Bundeswirtschaftsministerium und der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken in ihren neuesten Konjunkturberichten.

Beide stellen fest, daß die höheren Aufträge aus dem Inland die sinkenden Auslandsordern mehr als wettgemacht haben. Von der höheren Inlandsnachfrage profitieren immer mehr Bereiche aus Handel und Handwerk, aber auch das Baugewerbe. Die Aufwärtsentwicklung vollzieht sich nach wie vor ohne Anspannung bei den Preisen. In den ersten sieben Monaten war das Verbraucherpreisniveau – bei sinkender Tendenz – nur um 0,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Diese hohe Stabilität werde auch in der zweiten Jahreshälfte anhalten.

VW erhöht Kapital um 300 Millionen

dos, Wolfsburg

Die Volkswagen AG, Wolfsburg, wird nach der Zustimmung durch die Hauptversammlung Anfang Juli ihr Grundkapital um 300 Mill. DM durch die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien auf dann 1,5 Mrd. DM erhöhen. Den Stammaktionären wird ein Bezugsrecht von 4:1 eingeräumt. Die Bezugsfrist hat der Vorstand vom 19. September bis zum 3. Oktober festgesetzt.

Zum Bezugspreis will VW sich noch nicht äußern. Auf Anfrage erklärte ein Sprecher, mit der Veröffentlichung sei Anfang September zu rechnen. Zu erwarten sei eine „marktnahe Entscheidung“, wobei die Interessen der Aktionäre adäquat berücksichtigt würden. Die in Börsenkreisen umlaufenden Gerüchte (Kurs von 400 DM) dürften weit überzogen sein.

Erwartungsgemäß beteiligen sich der Bund und das Land Niedersachsen, die jeweils 20 Prozent des VW-Grundkapitals halten, nicht an der Kapitalerhöhung. Die entsprechenden Bezugsrechte werden zunächst bei den Banken bleiben. Unter Schonung des Marktes sollen die Vorzugsaktien dann später breit gestreut werden.

Risiken beim Stahl

J. G. - Passabel haben die deutschen Stahlwerke die jüngste Kurs-

erhöhung an den Aktienbörsen mitgemacht. Dividendenzähler wie Hoesch und Thyssen zogen die armen Brüder wie Klöckner und Krupp mit. Ist dies ein Signal dafür, daß die 1985, im elften Jahr der europäischen Stahlstrukturalise, bei allen deutschen Produzenten wiedergekehrte Gewinnzone verlässlich Bestand hat, daß die Krise für immer überwunden ist?

Die Antwort muß neuerdings leider schon wieder differenziert ausfallen. Neue Risiken ziehen herauf. Ihre Konsequenzen werden erneut zunächst an den Arbeitsplätzen sichtbar. Müßte die Branche in den Krisenjahren vor 1985 jeden Monat 1000 Leute freisetzen, so verweist sie nun betont darauf, daß nach der 1985er Ruhepause nochmals 10 000 oder 5 Prozent aller verbliebenen

Arbeitsplätze auf dem Aussterbe-

stat stehen. Vielleicht auch mehr. Denn in frappantem Gegensatz zur kräftiger als seit langem aufblühenden heimischen Gesamtkonjunktur müssen die Werke für 1986 mit mindestens sechs Prozent Produktionsminus rechnen. Dies am Doppelgrund, daß die Exportchancen sinken, der preisdrückende Importanteil am heimischen Stahlmarkt aber in der ersten Hälfte von 1986 mit 41 Prozent schon um fast ein Zehntel höher als vor Jahresfrist lag – und weitere Anstiegstendenzen zeigt.

Nach Gebetsmühlen-Art erklärt es die geplante Branche wieder mit den Beihilfe-subsidien bei den EG-Vettern. Die sollten zwar mit Ende 1985 nach fälschlichem Schwur des EG-Ministerrates passé sein, sprudeln aber wohl noch weiter. Da lautet das dickste Risiko. Hört die Staatssubstanz bei den Staatsunternehmen nicht auf, werden die geplanten nächsten Liberalisierungs-jahre für Europas Stahlmarkt von den Deutschen bezahlt.

Spanischer Fortschritt

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Die zweite Regierung Gonzalez wurde mit den „Stimmen“ der Banken gewählt: Rechtzeitig vor den Wahlen am 22. Juni veröffentlichte die großen Banken des Landes eine Liste der Kredite, die sie den einzelnen Parteien gewährten. Und da schnitt die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, seit 1982 an der Regierung, weitaus am besten ab.

Die Banken honorierten damit eine Wirtschaftspolitik, deren monetäre Priorität für eine erfolgreiche Bekämpfung der Inflation und für die neue Basis einer Wirtschaftssorge, die den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft mit dem Zusammenbruch vieler kleiner und

von der Verstaatlichungsidee lösen, die weder zu sozialistischem Fortschritt noch zu Freiheit führte.“ Es gelte vielmehr, die „kreative Kraft der Mechanismen des Marktes“ anzukerkern.

Zur Verwirklichung der makroökonomischen Ziele Spaniens sei es zum Beispiel notwendig, auch den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten. Praktisch kann in Spanien niemand entlassen werden. Und so betrafen Auslandsinvestitionen in der Vergangenheit häufig nur die Auszahlung überflüssig gewordener Arbeitskräfte in dem Bemühen, unrentable Betriebe wieder flottzumachen oder ganz aufzugeben.

Miguel Boyer hatte den Mut, je-

ne heißere Eisen anzupacken, das man bisher vor sich hingelassen ließ: die mangelnde Produktivität der Arbeitskraft in manchen Wirtschaftszweigen. Ganz rigoros zog er die Konsequenzen für eine notwendige Strukturreform: die Privatisierung aller staatlichen Unternehmen, die sich verkaufen lassen. Wo das nicht möglich ist, sollten die Unternehmen rigoros nach den Gesichtspunkten des Wettbewerbs neu organisiert werden.

So müsse das Finanzsystem vollständig liberalisiert werden. Mit der Forderung nach einer Freigabe der Investitionsrücklagen schnitt Boyer sogar die bisher gem verschiebende Reserve staatlicher Steuerung an: die Mindestreserven, die in Spanien über 50 Prozent des Bankenkredits ausmachen, und die Rücklagen zur Investitionsmittelumschließung.

Der Liberalisierungsschritt Boyers, dessen Comeback in die Regierung von vielen begrüßt werden würde, fand allerdings prompt die geharnischte Kritik seines Gegenspielers, des Vizepräsidenten Alfonso Guerra. Als Sprecher des linken Parteiflügels möchte dieser offensichtlich den Liberalisierungsprozeß zugunsten einer bequemen staatlichen Sozialpolitik zurückdrehen. Doch die um das Vierfache gestiegene Staatsverschuldung macht deutlich, daß dieser Weg nicht mehr einschlagen läßt.

Die Kontinuität der von ihm eingeleiteten Wirtschaftspolitik, die sein Nachfolger Carlos Solchaga bisher noch garantieren konnte, bedeutet jedoch die endgültige Absage an alles, was man bisher unter Sozialismus verstand. Boyer postulierte: „So, wie die Rechte im vergangenen Jahrhundert Presse- und Gewerkschaftsfreiheit anerkannte, so muß sich die Linke endgültig

Australien will Haushaltsdefizit drastisch senken

vos. Bonn

Den dramatischsten Haushalt seit 30 Jahren hat jetzt der australische Finanzminister Paul Keating vorgelegt: Das Staatsdefizit soll von 3,7 Mrd. Australischen Dollar auf 3,5 Mrd. gesenkt werden. Ausgabebeschränkungen um 3 Mrd. Dollar und Steuererhöhungen sollen dieses Ziel erreichen helfen. Die Lohnerhöhungen sollen um zwei Prozent unter der Inflationsrate bleiben, die Krankenversicherung wird erhöht, für die Ausbildung wird eine „kleine Gebühr“ verlangt. Die Bundesregierung wird 2000 Beschäftigte entlassen. Die

Anzeige

Karriere-Chancen sollten Sie nicht verstreichen lassen - auch die vom vergangenen Wochenende nicht.

Wenn Sie den großen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte der WELT vom letzten Samstag nicht haben, rufen Sie einfach unter 0130/60 60 zum Ortstarif an.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Senkung der Einkommensteuer wird verschoben, dennoch soll der Spitzensteuersatz von 49 auf 40 Prozent sinken. Gleichzeitig wird bei einigen Produkten die Umsatzsteuer und die Abgaben für Benzin und Diesel angehoben. Ohne diese Maßnahmen würde das Defizit 7,5 Mrd. Dollar betragen. Die Finanzwelt nimmt den Haushalt mit Zustimmung zur Kenntnis, denn der Verfall des australischen Dollars kann nur mit einer Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft des fünften Kontinents gebremst werden.

EG gibt Export von Rindfleisch frei

Ha. Brüssel

Die EG-Kommission hat mit Einverständnis der Mitgliedsregierungen 100 000 Tonnen überschüssiges Rindfleisch zum Export nach Brasilien freigegeben. Der Ausfuhrpreis liegt dem Verrechnen nach um etwa 50 Dollar je Tonne über dem eines ähnlichen Geschäfts im Juni, bei dem die Brasilianer 425 Dollar bezahlen mußten. Die Exportsubventionen waren damals für die gleiche Menge von deutschen Exporten auf über 700 000 Mark geschätzt worden.

Die Gemeinschaft ist indes froh, ihre Lagerbestände überhaupt reduzieren zu können. Die Kosten für die Lagerung belaufen sich jährlich auf rund 350 Mill. Mark, wobei sich die Qualität des Fleisches ständig verschlechtert. Gegenwärtig befinden sich in der EG rund 610 000 Tonnen in öffentlichen Lagerung, manches deutet daraufhin, daß durch die neuen Verkäufe nur Platz für weitere Aufkäufe geschaffen werden soll.

So hat die Kommission wegen des Preisverfalls auf dem internen Markt beschlossen, erstmals auch Hinterviertel aufzukaufen. Der Wunsch war vor allem von Frankreich vorgebracht worden. Beschlossen wurde ferner, eine private Lagerbeihilfe.

Kabinetts billigt Länder-Hilfen

A. G. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern der Grundvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104a Absatz 4 Grundgesetz zugestimmt. Mit dieser Vereinbarung haben sich Bund und Länder darüber verständigt, in welcher Weise künftig die Kompetenz des Bundes zur Gewährung von Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden ausübt werden soll.

Die Vereinbarung dient der Verwaltungsvereinfachung und trägt zur Rechtsklarheit und Rechtssicherheit bei. Mit ihr werde weiter die gesamtwirtschaftliche Verantwortung des Bundes bei der Gewährung von Finanzhilfen eingeschränkt noch die Eigenverantwortlichkeit der Länder bei der Planung und Durchführung der Investitionen beeinträchtigt. Durch die Grundvereinbarung würden die Bemühungen um den Abbau weiterer Mischfinanzierungen allerdings nicht berührt.

Diese Vereinbarung, die am 19. September bei der Länderfinanzministerkonferenz in Braunschweig unterzeichnet werden soll, betrifft zum Beispiel die Krankenhausfinanzierung, die Gemeindeverkehrsfinanzierung, die Städtebauförderung und auch Teile des sozialen Wohnungsbaus. Nach der neuen Vereinbarung können künftig nicht nur Investitionsbereiche, sondern bestimmte Punkte benannt werden. Künftig sollen auch Durchschnittssätze zulässig sein.

Bewunderung für das neue Wirtschaftswunder

WELT-Gespräch mit dem stellvertretenden Chefredakteur des französischen Wirtschafts magazins L'Expansion

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

„Mit dem Regierungswechsel vom Herbst 1982 hat sich in der Bundesrepublik ein neues Wirtschaftswunder angebahnt.“ Diese Überlegung veranlaßt das führende französische Wirtschafts magazin „L'Expansion“, das bei 170 000 Festabonnements nach eigenen Angaben 1,5 Millionen Leser erreicht und zweimal im Monat erscheint, zu einer Sonderbeilage mit dem etwas herausfordernden Titel „Deutsche Mark über alles“ - in gold-schönen Lettern auf schwarz-rot-goldenem Grund. Für den Inhalt verantwortlich zeichnet der für Deutschland zuständige stellvertretende Chefredakteur und international bekannte Wirtschaftsjournalist Philippe Lefournier.

Stabilitätspolitik hat Vertrauen geschaffen

Das „Wunder“ der letzten vier Jahre sieht Lefournier darin, daß die starke Verminderung der von den Sozialdemokraten aufgebauten öffentlichen Defizite die wirtschaftliche Aktivität der Bundesrepublik nicht geschwächt habe. Vielmehr sei durch die Stabilitätspolitik das Vertrauen der Unternehmer verstärkt und die Privatinitiative mobilisiert worden. Psychologische Faktoren also, von denen die Franzosen viel lernen könnten, um ihren Rückstand gegenüber der Bundesrepublik wieder abzubauen, meint der Journalist. Denn bis zum ersten Ölpreisschock verzeichnete Frankreich schließlich einen Prozentpunkt mehr Wirtschaftswachstum als die Bundesrepublik.

Damals hatte das amerikanische Hudson-Institut vorausgesagt, daß Frankreich die Bundesrepublik in den achtziger Jahren wirtschaftlich überholen würde. Diese Prognose hält Lefournier nach wie vor nicht für abwegig - sie könnte sich später durchaus bewahrheiten. Denn die derzeitige deutsche Überlegenheit in Bezug auf Organisation, Qualität und Effizienz könnte sich mittelfristig in einen Mangel an Dynamik, an Anpassungsfähigkeit und an Imagination verwandeln, meint Lefournier. Wäre

dann die Zeit für ein französisches Wirtschaftswunder gekommen?

Zunächst einmal stellt Lefournier aber fest, daß die Bundesrepublik schneller und wirksamer die Konsequenzen aus der ersten Ölkrise gezogen hat. Unter den Sozialdemokraten häuften sich dann aber nicht nur die Budgetdefizite, sondern auch die Passivsaldo der deutschen Zahlungsbilanz mit der Folge, daß die französische Notenbank die D-Mark „stützen“ mußte. Dies war allerdings auch nach der letzten Bereinigung der Franc-D-Mark-Parität (März 1986) der Fall, die nach Lefournier nur halb so stark ausgefallen ist, wie sie es gemessen am Inflationsabstand hätte sein sollen.

Die deutsche Konjunktur werde nicht nur von der starken Investitionstätigkeit getragen, sondern auch von einem bedeutenden Zuwachs des privaten Verbrauchs, der sich auf einen viel stärkeren Kaufkraftzuwachs als in Frankreich stütze. Um die deutschen Exporte ist es dagegen nach Lefournier nicht zum besten bestellt. Mit Ländern wie Großbritannien könne zwar nach wie vor gut konkurriert werden - immer weniger dagegen mit den USA und Japan.

Dort werde nicht nur mehr gearbeitet als in der Bundesrepublik. Auch der technologische Vorsprung dieser Länder nehme zu. Die Bundesrepublik verfüge zwar über erheblich größere Produktionskapazitäten als Frankreich, wo die Investitionen in den letzten zehn Jahren stagnierten oder zurückgingen. Aber zum ersten Mal stiegen jetzt die deutschen Löhne auch nominal stärker als die französischen.

Diese Entwicklung ist nach Ansicht Lefourniers eine Folge des rigiden deutschen Lohnsystems, welches den Unternehmen kaum die Möglichkeit zu einer individuellen Lohngestaltung gibt. Die Lohnerhöhungen würden auf höchster Ebene - sprich DGB - branchenweise festgesetzt - ein System, welches die Regierung im Interesse des sozialen Konsensus nicht zu beenden wagt.

Hier liegt nach Lefournier ein wichtiger Grund für die immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Die Kosten für die



unten Lefournier gehört seit 1979 zum französischen Wirtschafts magazin L'Expansion an. Er ist seit 1979 als stellvertretender Chefredakteur für Deutschland zuständig. Der 47-jährige Journalist ist bekannt als Journalist und Konjunkturklub seiner Zeit, den er 1978 zur Vertiefung der Kontakte zwischen Völkern und Politik ins Leben rief.

uraltischen Arbeitslosen seien ein Problem. Das einzige was an Flexibilität gewonnen werden konnte, die Beschäftigung von Arbeitslosen, meint Lefournier. In Frankreich würde die Beschäftigungswachstum in dieser Beziehung größer und länger politisch toleriert werden, während in der Bundesrepublik zu nahmen.

Jedoch liegen inzwischen die Lohnsteigerungen der Unternehmen in der Bundesrepublik, obwohl die Subventionen in Frankreich erheblich höher sind. Daraus erklärt Lefournier die zunehmende Neigung der deutschen Unternehmen, ins Ausland - insbesondere in die Vereinigten Staaten - zu expandieren. So ist die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nicht immer aber, so räumt Lefournier ein, in den letzten Jahren in der Bundesrepublik erheblich mehr Arbeitsplätze geschaffen als

in der Bundesrepublik. Auch besitze die Bundesrepublik noch einen erheblichen Modernisierungs- und Rationalisierungsvorsprung.

Wichtig ist Lefournier ein großes Problem in den starken deutschen Geburtenrückgang. Dadurch könne sich zwar eine quantitative Entlastung des Arbeitsmarktes ergeben, qualitativ sei diese Entwicklung aber von Nachteil. Denn mit der Zeit vermindern die dynamischen Kräfte der Bundesrepublik erlahmen, während sich Frankreich eher verjüngt. Anfang der neunziger Jahre dürfte seine Bevölkerung ebenso groß sein wie die der Bundesrepublik - für das Gleichgewicht zwischen beiden Ländern ein Vorteil.

Das größte Handicap der Deutschen ist nach Lefournier der enge Lebensraum. Er sieht darin einen wesentlichen Grund für die gesellschaftliche Blockierung durch die „Götzen“. Überhaupt stoße die deutsche Wirtschaft inzwischen an gewisse Grenzen der Sättigung, während Frankreich noch ganze Regionen wirtschaftlich entwickeln könne. Dies alles erfordere eine Überprüfung des bisher so erfolgreich gewesen deutschen Wirtschaftskonzepts. Dazu sind nach Lefournier aber nur junge Politiker in der Lage.

Kritik am deutschen Finanzminister

Besonders Finanzminister Stolzberg sei den Franzosen ein Dorn im Auge - vor allem deshalb, weil er sich „aus einer buchhalterischen Manier heraus“ kostspieligen französischen Europa-Projekten widersetze. Andererseits aber sei er nicht bereit, die Defizite der Deutschen Bundesbahn dadurch zu vermindern, daß sie auf dem französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV aussteigen würde, der sich als höchst rentabel erwiesen habe. Auf diese Weise könne auch das französische Handelsbilanz-Defizit gegenüber der Bundesrepublik vermindert werden, das im übrigen nicht nur strukturelle Ursachen habe, wie die Deutschen behaupteten. (Beitrag aus Italien.)

Stahlkonzerne unter einem Management?

J. Sch. Paris

Die französische Regierung will die beiden wichtigsten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor jetzt durch radikale organisatorische Maßnahmen zusammenbringen, daß sie entsprechend den gegenüber der EG eingegangenen Verpflichtungen keine Subventionen mehr bedürfen. Geplant ist insbesondere, die unter eine gemeinsame Führung zu stellen. An ihre Fusion soll aber vorerst nicht gedacht, heißt es im Industrieministerium.

Für den neuen Posten für Wahl stehen angeblich Francis Mer, gegenwärtig Präsident von Renault, Usinor, und Jacques Mayoux, der früher Sacilor und dann die staatliche Großbank Société Générale geleitet hat. Die beiden derzeitigen Präsidenten René Loubet (Usinor) und Claude Dollé (Sacilor), von denen sich jeder auf eine Fusion unter seiner Führung Hoffnung gemacht hatte, müßten sich danach unterordnen oder demissionieren.

Tatsächlich sind die Schwierigkeiten der französischen Stahlindustrie nicht zuletzt aus persönlichen Rivalitäten zu erklären. Deshalb kam es immer wieder aus Prestigegründen zu überflüssigen Doppelinvestitionen. Das hätte schon der von der letzten Regierung angeforderte Expertenbericht deutlich gezeigt. Seine Empfehlung: mehr, weniger, Abbau der Belegschaft um 20 000 auf 50 000 Personen bis zum Ende dieses Jahrzehnts.

Neue Sanierungsmaßnahmen drängen sich auch deshalb auf, weil die Regierung nur noch 2,5 Milliarden Franc bereitstellen will. Dies würde die Defizite bei weitem nicht ausgleichen.

Spanier kaufen nun europäisch

EG-Beitritt verdrängt USA als Import-Spitzenstellung

vos. Bonn

Zum ersten Mal hat die Bundesrepublik die USA vom Spitzenplatz der Lieferanten Spaniens verdrängt. Grund ist der EG-Beitritt des Landes, der für die Wirtschaft der iberischen Halbinsel tiefgreifende Auswirkungen hat. Im März trat die erste zehnpromzentige Zollsenkung in Kraft, die für die „alte EG“ vorteilhafter ist als für die Neulinge Spanien und Portugal.

In den ersten sechs Monaten importierte Spanien 31,6 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres aus der Bundesrepublik, 23 Prozent mehr aus der EG. Damit stieg der EG-Anteil an den Gesamtimporten von 35 auf 47,6 Prozent. Im Gegenzug konnte Spanien seine Ausfuhr in die EG-Länder nur um 8,7 Prozent steigern. Sie machten jetzt 61 statt bisher 53 Prozent aus. Diese Zahlen gehen aus einem Bericht des spanischen Unternehmensverbandes CEOE hervor.

In den ersten sechs Monaten kaufte Spanien 14,3 Prozent seiner Gesamtimporte in der Bundesrepublik, 1985 waren es im gleichen Zeitraum nur 9,9 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Exporte Spaniens in die Bundesrepublik von 9,75 auf 11,4 Prozent.

Stark ausgeweitet hat sich auch der Handel mit Frankreich und mit Portugal. Aufgrund der besonderen Zollvereinbarungen zwischen den beiden EG-Neulingen befreit Spanien ein massives Eindringen von EG-Produkten über Portugal auf den spanischen Markt.

Diese Entwicklung schlägt sich auch in der Handelsbilanz nieder. Ende Juni betrug das Defizit gegenüber der restlichen EG bereits 180 Mill. DM. 1985 hatte Spanien noch einen Überschuss zu verzeichnen.

Wichtig ist auch, bei den Regierungen der Entwicklungsländer um Verständnis dafür zu werben, daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen für mittelständische Wirtschaft geschaffen werden müssen.

Schließlich hofft der Mittelstand noch darauf, daß der zuständige Bundesminister demnächst mehr Mittel an nichtstaatliche Entwicklungsvorhaben ausbleibt. Derzeit sind es nur elf Prozent des Etats. Schließlich müssen die Unternehmen darauf achten, daß unter ihrem Engagement das Geschäftsinteresse nicht leidet.

London liegt um Längen vorn

Führender Devisenplatz vor New York und Tokio

WILHELM FURLER, London

London ist mit großem Abstand der führende Devisenmarkt in der Welt. Täglich werden an der Börse im Devisenhandel im Schnitt 90 Mrd. Dollar umgesetzt. Damit liegt London um Längen vor den beiden anderen wichtigsten Devisenhandelsplätzen New York und Tokio. Der durchschnittliche Tagesumsatz in New York liegt bei 50 Mrd. Dollar und in Tokio bei 40 Mrd. Dollar.

Diese Zahlen gehen aus Erhebungen hervor, die simultan von der Bank von England, der New York Federal Reserve Bank und der Zentralbank in Tokio durchgeführt wurden. Danach ist der Umsatz im New Yorker Devisenhandel seit 1983 um 52 Prozent gestiegen. Die New Yorker Fed führt die Erhebung seit 1973 alle drei Jahre durch.

Dagegen hat die Bank von England zum ersten Mal eine solche Studie angefertigt. Entsprechend gibt es keinen exakten Wachstumsvergleich. Allerdings schätzen führende Mitarbeiter der englischen Notenbank, daß sich der Devisenhandel in London während der letzten Jahre mindestens ebenso stark ausgeweitet hat wie in New York oder Tokio.

Noch im vergangenen Jahr hatte die Gruppe der 30 (eine von Finanzinstitutionen und multinationalen Unternehmen getragene Organisation) eine Schätzung vorgelegt, wonach der Welt-Devisenhandel einen Tagesumsatz von 150 Mrd. Dollar erreicht hat. Doch den jetzt vorgelegten Studien der drei Notenbanken zufolge liegt der Devisenhandel an den drei führenden Plätzen London, New York und Tokio allein bei bereits 180 Mrd. Dollar pro Tag.

Der Devisenhandel in London wird zum überwiegenden Teil zwischen Banken ausgetrieben. Nur neun Prozent des Gesamtumsatzes entfallen auf den direkten Handel zwischen Banken und deren Kunden, stellt die Bank von England fest. Allerdings sei ein nicht unerheblicher Teil der Zwischenbank-Devisentransaktionen notwendig, um den Bedarf von Bankkunden zu decken.

Am Londoner Devisenmarkt hat der Pfund-Dollar-Handel leicht die Nase vorn. Auf ihn entfallen 30 Prozent des Gesamtumsatzes, gefolgt vom Dollar-DM-Handel mit etwas mehr als 28 Prozent. Dagegen führt in New York der Handel in D-Mark, gefolgt vom Yen und vom Pfund Sterling. Nach Angaben der Fed hat sich der Devisenhandel inzwischen mehr und mehr auf diese drei Währungen konzentriert.

London ist mit größter Wahrscheinlichkeit schon seit Jahren der bedeutendste Devisenhandelsplatz der Welt gewesen. Diese Führungsstellung geht sowohl auf die historische Entwicklung als auch auf die geographische und damit zeitlich günstige Lage zwischen Tokio und New York zurück. So ist auch die Zahl der am Londoner Devisenhandel beteiligten Institute, nämlich 348 Banken und lizenzierte Depositennehmer sowie acht Broker, fast dreimal so groß wie die in New York, wo 123 Bankinstitute und neun Brokerhäuser von der Studie erfaßt wurden.

Allerdings ist der Ölpreisanstieg für Kanada weniger dramatisch als für die meisten anderen Ölproduzentenländer. Zwar lasse er die Investitionstätigkeit im Energiesektor erlahmen, bewirke aber die notwendige Neuorientierung in Richtung auf andere Wirtschaftszweige, meint die OECD.

Für ein dauerhaftes Wachstum von Produktion und Beschäftigung sei aber vor allem der Abbau des öffentlichen Sektors erforderlich, der in Kanada doppelt so starkes Gewicht hat wie im OECD-Durchschnitt. Außerdem müßte das Steuersystem komplett reformiert werden mit dem Ziel, den Staat höhere Einnahmen zu verschaffen. Denn das Budgetdefizit Kanadas ist nach dem der USA das zweitgrößte der OECD.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Werft-Konzept vorgelegt

Kiel (dpa/VWD) - Die schleswig-holsteinische Landesregierung versucht auf drei Wegen der gegenwärtigen Werftkrise beizukommen. Wie der Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsminister Manfred Biermann (CDU) gestern vor dem Kieler Landtag mitteilte, will die Landesregierung „die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in besonderer Weise fördern“, für Anpassungshilfen sorgen, „mit denen sich der Kapazitätsabbau in geordneten Bahnen vollzieht“ und die Finanzierungshilfen für den Schiffsbau der verbleibenden Werftkapazitäten so ausgestalten, daß ihre Beschäftigung gesichert ist. Es sei trotz dieser Hilfen damit zu rechnen, daß allein in Schleswig-Holstein rund 4000 Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden müßten, in den vier norddeutschen Küstenländern zusammen rund 10000. Wenn man davon ausgehe, so der Minister, daß für jeden zu fördernden Arbeitsplatz 50 000 DM allein das nördlichste Bundesland rund 300 Mill. DM. Er sei zuversichtlich, „daß der Bund uns finanziell zu entlastet, daß wir die nötigen Hilfen ... anbieten können“. Flankierend müsse auch die Europäische Gemeinschaft helfen.

Opec-Einnahmen halbiert

Hamburg (dpa/VWD) - Die Einnahmen der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben sich innerhalb von zwei Jahren aufgrund der gesunkenen Ölpreise nahezu halbiert. Obwohl die exportierte Menge an Rohöl und Mineralölprodukten mit 550 Mill. Tonnen beziehungsweise 130 Mill. Tonnen 1986 nahezu

gleich hoch wie noch 1984 sein wird, werden in den Kassen der Opec-Länder nach Schätzung der Deutschen BP AG (Hamburg) in diesem Jahr nur 80 Mrd. statt 159 Mrd. Dollar vor zwei Jahren klingen.

Gesundes Bauen

Bonn (A.G.) - Die Wohnungen haben fast ausnahmslos einen hohen hygienischen Standard und entsprechen den gesundheitlichen Anforderungen. Zu diesem Ergebnis kommt ein von Bundesbauminister Schneider berufenes Sachverständigenremium in seiner Broschüre „Gesundes Bauen und Wohnen“.

Schwaches Wachstum

London (dpa/VWD) - Im 2. Quartal 1986 hat die britische Wirtschaft nur ein Realwachstum von 0,5 Prozent erreicht. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug das Wachstum nur 1,5 Prozent. Dies teilte das Statistische Zentralamt gestern in London mit. Die Regierung Thatcher hatte eine Wachstumsrate von drei Prozent für das Gesamtjahr 1986 prognostiziert, doch hat Finanzminister Nigel Lawson in den letzten Tagen angedeutet, daß man aufgrund des Ölpreisanstiegs das Wachstumsziel verfehlen werde.

Amerikaner an der Spitze

Hamburg (dpa/VWD) - Die Amerikaner stehen beim Ölverbrauch unter den Industriestaaten bei weitem an der Spitze. Ein US-Bürger verbraucht im Schnitt pro Kopf jährlich 3196 Kilogramm Mineralölprodukte und damit doppelt soviel wie ein Westeuropäer (1606 kg) und fast doppelt soviel

wie ein Franzose (1726 kg). Die Bundesbürger liegen mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 1890 Kilogramm nur im Mittel der Industrieländer: Finnland (2220), Dänemark (2177), Norwegen (2151), Belgien und Luxemburg (2051), sowie Schweden (2031) und Schweiz (1932 kg) verzeichnen teilweise beträchtlich mehr.

DIHT protestiert

Bonn (A.G.) - Gegen eine vorgesehene Neuerung der Baugestütztelemente protestiert die DIHT (Deutscher Industrieverband der Holz- und Holzwerkstoffindustrie) gegen die Neuerung, die sich gegenwärtig mit der Entscheidung der DIHT ausgesprochen. Die städtebauliche Problematik gefährlicher Einzelhandelsbetriebe damit nicht zu lösen.

Sensibler Mikrowelle

Bonn (dpa/VWD) - Mikrowellenherde sollen nach Ansicht der EG-Kommission als „sensiblen Produkte“ eingestuft werden, deren Einfuhr besonders überwacht wird. Für Lieferungen aus Fernost sollen Höchstkontingente gelten. 20 weitere Produkte will man vom zollfreien Zugang zur EG ausschließen.

Wochenausweis

	15.8.	7.8.	15.7.
Deutsche Mark (DM)	61,8	61,5	59,8
Deutsche an Banken	90,9	94,3	96,0
Deutsche an Banken	4,9	5,0	5,1
Argentinien	118,1	119,1	115,5
Argentinien	41,4	45,1	42,9
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,5	1,7	10,5

Schweiz auf der Suche nach ausländischen Investoren

Bundesrepublik, Vereinigte Staaten und Japan im Visier

ALFRED ZÄNKER, Genf

In der Schweiz ist eine Aktion von Bund und Kantonen angelaufen, um mehr ausländische Firmen, vor allem mittelständische Unternehmen, zur Ansiedlung neuer Betriebe in der Eidgenossenschaft zu bewegen. Diplomatische Vertretungen im Ausland, Handelskammern und Banken sind dabei, eine Werbekampagne in vier Sprachen zu verbreiten, in der die Vorteile des „Industriestandortes Schweiz“ eingehend dargelegt werden. Man hat den Blick vor allem auf die benachbarte Bundesrepublik, aber auch die Vereinigten Staaten und Japan gerichtet.

Es mag überraschen, daß die wohlhabende Schweiz es überhaupt nötig hat, sich um ausländische Investitionen zu bemühen. Hier herrscht Vollbeschäftigung mit weniger als einem Prozent Arbeitslosen, man zahlt die höchsten Löhne und Gehälter in Europa, hat nachhaltige Exporterfolge und große Leistungsbilanzüberschüsse zu verzeichnen. Aber auch hierzulande ist nicht alles Gold, was glänzt. In Bern ist man der Meinung, daß die Schweiz in den nächsten Jahren

unter wachsenden Innovationsdruck kommen werde.

Die heutige gute Konjunktur wird nicht ewig dauern. Sie darf nicht die über hinwegtäuschen, daß wir im Industriebereich neue Impulse aus dem Ausland brauchen, besonders in den schwächeren Regionen. Schließlich sind die Investoren von heute die „Porteure von morgen“, erklärt Klaus Hug, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit in Bern. Es geht nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um Technologietransfer, Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern und Anschluß an neue Märkte.

Die sogenannten Rahmenbedingungen sind auch in der Schweiz nicht immer perfekt, können sich im internationalen Vergleich aber sehen lassen, heißt es in Bern. Zwar sind die Arbeitskosten hier höher als in anderen europäischen Ländern, aber dieser Nachteil werde vor allem durch die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Landes wettgemacht.

Die Schweiz ist praktisch steuerfrei und hat fachlich qualifizierte und ein-

satzwillige Arbeitskräfte zu bieten. Dazu kommen günstige Finanzierungsbedingungen: Investitionskredite zu fünf bis sieben Prozent, die über Zeiträume bis zu 30 Jahren amortisiert werden können. Auch stehen im Rahmen der Regionalpolitik Bürgerrechte, Zinskostenbeiträge und Steuererleichterungen zur Verfügung. Projekte werden in der Regel ohne Zeitverlust entschieden; im Kanton Jura zum Beispiel innerhalb von drei bis sechs Wochen.

„Härtere Zeiten“ erwartet der Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM). Zwar hat sich die Branche im ersten Halbjahr 1986 insgesamt recht günstig entwickelt, bei hohen Auftragseingängen aus In- und Ausland, steigendem Umsatz und besseren Gewinnmargen. Im zweiten Quartal hatten die Bestellungen noch um 3,6 Prozent zugenommen. Wenn es bisher Probleme gab, so auf der Angebotsseite durch hohe Kapazitätsauslastung, Mangel an qualifiziertem Personal und längeren Lieferfristen.

Aber die bis zur Jahresmitte vorliegenden Resultate spiegeln die Lage von geschätzten 20 bis 25 Millionen spürbarer Arbeitsplätze in der Schweiz der Bundesrepublik. Die Schweizer Maschinenindustrie kann dazu noch nicht nach „Ausland“ die Voraussetzungen für den Vertrieb neuer Exporte schaffen. „Zweifelsfrei schwieriger geworden“, betont VSM-Präsident Martin Müller, „das ergibt sich bereits aus einer gegenwärtigen Umfrage bei den Unternehmen und wird sich im Laufe des Jahres noch verstärken.“

Bei einzelnen Unternehmen mit hohem Exportanteil droht ein Stagnieren, zu dem auch die wachsenden öffentlichen Ausgaben der Bundesrepublik in der Schweiz beitragen. Die Schweizer Maschinenindustrie hat auch die D-Mark nach neuen Konsumtrends gegenüber dem Schweizer Franken „aufgekauft“. Gerade jetzt, wenn die deutsche Konjunktur über die Bundesrepublik hinaus zu einem erneuten Aufschwung kommt, ist die Nachfrage nach Schweizer Produkten

Von Stagnation nichts zu spüren

Aquavitverkauf läuft „überaus zufriedenstellend“

H.L. Kopenhagen
Bei dem Berliner Spirituosen-Produzenten Danisco - De Danske Spritfabrikker Berlin GmbH wird es zum 1. April 1987 eine wichtige organisatorische Veränderung geben. Die bisher gemeinsame Tochter (Grundkapital 10 Mill. DM) der beiden dänischen Aktiengesellschaften A/S De Danske Spritfabrikker (DDSF) und Danisco, beide Kopenhagen, wird zu diesem Zeitpunkt der Exportabteilung der DDSF zugeschlagen, die seit Jahresbeginn die alleinige Muttergesellschaft des Berliner Unternehmens ist.

Die Danisco (Umsatz 630 Mill. DM) hat seit über 50 Jahren für die DDSF den Spirituosenexport betrieben, war in den letzten Jahren aber durch das eigene Herstellungsprogramm (biotechnische Produkte) immer mehr ausgelastet, so daß mit dem Ablauf des Jahres 1986 der Spirituosenexport für DDSF eingestellt wird. Aus dem gleichen Grund wurde die gemeinsame Tochter in Berlin für 112 Mill. dkr (rund 31 Mill. DM) an die DDSF, dem mit einem Umsatz von 3,9 Mrd. dkr (1,1 Mrd. DM) führenden dänischen Spirituosenhersteller, verkauft.

„Ich hoffe sehr, daß wir dennoch selbstständig bleiben“, meinte Geschäftsführer Bernd Gröning zu den Vorgängen. Solange es aber so gut laufe wie bisher, werde es wohl keine besonderen Einwirkungen aus Kopenhagen geben. Immerhin habe das

jetzt unter dem Namen DDSF Berlin GmbH firmierende Unternehmen im Geschäftsjahr 1985 „überaus zufriedenstellend“ gearbeitet, wie in Kopenhagen erklärt wird. Vor dem Hintergrund eines stagnierenden Gesamtmarktes für die deutsche Spirituosenindustrie nahm der Bruttoumsatz von DDSF Berlin um 6,8 Prozent auf 75,8 (70,8) Mill. DM zu. Der Mengenabsatz stieg nach Angaben von Gröning im Berichtsjahr um 4,7 Prozent auf 4,02 (3,84) Mill. Flaschen je 0,7 Liter. Von der größten Marke des Hauses, dem in Deutschland in den Werken Buchholz und Berlin produzierten „Malteserkreuz Aquavit“, konnten 2,55 Mill. Flaschen (plus zwei Prozent) verkauft werden.

Auch die aus Dänemark importierten Spirituosen - Aalborg Jubiläums Akvavit, Aalborg Akvavit, Gammel Dansk Bitter Dram und die Better Brands-Liköre - legten in der Menge zu. Der Absatz von Aalborg Jubiläums Akvavit verbesserte sich um 6,2 Prozent auf 1,2 Mill. Flaschen; von den übrigen Produkten wurden im Berichtsjahr zusammen 270 000 Flaschen verkauft. Besonders erfolgreich haben sich dabei, so Gröning, die erst seit kurzem ins deutsche Programm übernommenen Better Brands-Liköre entwickelt. „Aus dem Stand“ seien von diesen als Sommerdrink beworbenen Likören rund 43 000 Flaschen innerhalb von sechs Monaten verkauft worden.

Quo vadis, deutsches Messewesen?

Die Philosophie für Ausstellungen hat sich in theoretische Sphären verlagert

Von WERNER MARZIN
Die Bundesrepublik Deutschland ist ein freier Staat, auch hinsichtlich der Möglichkeit, neue Messen und Ausstellungen zu kreieren: Es gibt kein Messegesetz und kein behördliches Genehmigungsverfahren - nur eine weitgehend freiwillige Verfahrensordnung im Rahmen des Messe- und Ausstellungsausschusses der Deutschen Wirtschaft (AUMA).

Der Kreativität sind also keine formalrechtlichen Schranken gesetzt. Über Konzeptionen von Messen und Ausstellungen soll auch nachgedacht und theoretische Grundlagen müssen weiterentwickelt werden. Gegen eine Messephilosophie ist nichts einzuwenden, nur muß sie marktkonform sein und es darf nicht vergessen werden, was die Grundfunktion einer Messe und die Grundtätigkeit einer Messegesellschaft sein soll.

In der letzten Zeit aber scheint sich diese Messephilosophie selbständigen zu wollen. In diesen hohen theoretischen Sphären haben dann zu einfache Begriffe wie „Dienstleistung“, „verkaufen wollen“, „das für sich richtige kaufen können“, „Kosten/Nutzen“ und ähnliche, kaum noch Platz. Obwohl gerade Kriterien, die durch diese Begriffe bestimmt sind, das deutsche Messewesen auch international führend werden ließen und mit Sicherheit noch lange für die Beurteilung wirtschaftlicher Relevanz entscheidend bleiben werden. Wären diese messespezifischen Kriterien nicht so raffiniert in kreative Fortschrittsbestrebungen verpackt, könnte man sie einfach ignorieren. Aber in dieser Erscheinungsform stiften sie schon Verwirrung.

Da werden zum Beispiel marktwirtschaftliche und messespezifische Selbstverständlichkeiten zu revolutionären Entwicklungen gemacht. Dabei wird mitgeteilt, daß sich die Messen wandeln, daß von den existierenden Messen 60 Prozent erst in den letzten 15 Jahren entstanden sind, oder daß es Ende der 90er Jahre nur noch 40 Prozent der heutigen Messen geben wird. Wie könnte sich nur eine marktkonforme Messe unter den Bedingungen eines sich ständig verändernden Marktes nicht wandeln?

Davon ausgehend sind auch die 60 Prozent der heute existierenden Messen, die in den letzten 15 Jahren entstanden sind, keineswegs die gleichen Veranstaltungen. Sie haben vielleicht den gleichen Namen und behandeln den gleichen Marktbereich, aber in ihrem Aufbau, in ihrer Funk-

tionellen Zielsetzung und in ihrer marktwirtschaftlichen Auswirkung sind sie andere Veranstaltungen geworden. Dies bezieht sich genauso auf den Rest von 40 Prozent der Messen, die „älter“ als 15 Jahre sind. Und wenn in den letzten 15 Jahren vom Namen und von der Thematik her 60 Prozent der heutigen Messen entstanden sind, wieso soll eine ähnliche Entwicklung in den nächsten 15 Jahren eine Besonderheit sein? Zumal sich die Entwicklung der Produktionstechnologien und des Marktes sich mit Sicherheit nicht verlangsamen werden.

Es sei denn, man strebt überhaupt keine nützliche Darstellung der messespezifischen Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland an, sondern

„Messeveranstalter können bei aller Klugheit keine Nachfrage erzeugen - eine gute Messe kann sie in besten Falle induzieren.“

Dr. Werner Marzin, Hauptgeschäftsführer der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft und Sprecher der Unternehmensgruppe Messe München International

versucht ein Terrain für die eigene Messephilosophie vorzubereiten. Und die kann man neuerlich veröffentlichten Sätzen entnehmen: „Während in Europa angebotsorientierte General-Interest-Messen noch durchaus verbreitet sind, ist beispielsweise die starke Zunahme an neuen Messeveranstaltungen im asiatischen Raum vor allem durch die Konzentration auf nachfrageorientierte Spezial-Interest-Messen zu begründen.“

Da ist wohl die Frage angebracht, was diese Unterscheidung zwischen „angebotsorientierten General-Interest-Messen“ und „nachfrageorientierten Spezial-Interest-Messen“ alles bedeuten soll? Ist es der Versuch einer Wertung von Effektivität der einen, oder der anderen Art von Marktveranstaltungen? Oder soll einfach die traditionelle Klassifizierung „Mehrfachbranchenveranstaltungen“ und „spezialisierte Fachmessen“ im Sinne der hochgesteckten Messephilosophie neu formuliert werden? Und was bedeutet „angebots- und nachfrageorientiert“?

Es gibt keinen Markt ohne Ware, die zum Tausch oder Verkauf angeboten wird. So ist auch der Kern jeder Marktveranstaltung - ein, möglichst

vollständiges Angebot von Waren, Know-how und Informationen. Daß dieses Angebot „nachfrageorientiert“ sein muß, ist eine marktwirtschaftliche und messespezifische Selbstverständlichkeit. Ohne vollständiges Angebot kommt kein internationaler Besuch (Nachfrage) zustande.

Dies sind die zwei gleichbedeutenden Grundfaktoren einer Messe, die sich gegenseitig aufwerten. Nicht zu unterschätzen ist selbstverständlich auch die Frage der Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung einer Marktveranstaltung. Abgesehen von wenigen Massenpublikumsveranstaltungen ist diese Last weitgehend von der Angebotseite zu tragen. Noch deutlicher wird die Antwort, wenn sie im Zusammenhang mit der Handlungsweise des unmittelbaren Teilnehmers am Marktgeschehen formuliert wird.

Was würde geschehen, wenn die Herstellungspolitik eines Unternehmens nicht nachfrageorientiert, nachfrageförmig, ja sogar nachfrageweckend wäre? Er würde bald auf seinen Produkten sitzenbleiben. Die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik Deutschland ist mit Sicherheit auf die Summe gesunder Unternehmen zurückzuführen, die es zweifellos sehr gut verstehen, ihre Produkte zu verkaufen. Wieso versucht man dann zu unterstellen, daß die Marktveranstaltungen einer so erfolgreichen Unternehmenskultur wie der bundesdeutschen nicht nachfrageorientiert seien? Und da liegt der Hase: Man möchte offensichtlich die eigene Messephilosophie als messespezifische Zukunft der Bundesrepublik Deutschland empfehlen.

Man gewinnt den Eindruck, als wären intensive und kontinuierliche Marktanalysen der Herstellerfirmen, Erfahrungen und Übersichten von Wirtschaftsverbänden des Handels und der Verbraucherverbänden - was ja alles in der Summe in die Konzeption der jeweiligen Marktveranstaltung einfließt - gar nichts im Vergleich mit dem Erdbebengeist einzelner Messephilosophen. Wann wird es denn einleuchten, daß ohne die Wirtschaft im Messewesen überhaupt nichts läuft?

Messeveranstalter können bei aller Klugheit keine Nachfrage erzeugen - eine gute Messe kann sie in besten Falle induzieren. Und in dieser Bescheidenheit leistet ein Messeveranstalter einen viel größeren Dienst als mit allen zukunftsbeschwörenden Extratouren.

Neues Profil für Peiner AG

Drastische Einschnitte bei der Salzgitter-Tochter

Die Peiner Maschinen- und Schraubenwerke AG, ein Unternehmen des bündeligen Salzgitter-Konzerns, steht vor einschneidenden Veränderungen. Salzgitter-Vorstandsmitglied Hansgeorg Schmutz-Eckert bestätigte Meldungen, wonach für die seit Jahren mit hohen Verlusten arbeitende Peiner AG verschiedene Modelle erarbeitet wurden, um die im Konzernbereich Weiterverarbeitung angesiedelte Tochter aus den roten Zahlen zu bringen.

Die Überlegungen reichen offenbar von der Auflösung der Gesellschaft über die weitere Ausgliederung von Produktionsbereichen bis hin zur Aufrechterhaltung eines Restprogramms. Schmutz-Eckert versicherte, daß im Konzern-Vorstand bisher noch keine Entscheidung getroffen sei.

Die Peiner AG beschäftigt derzeit noch gut 1000 Mitarbeiter, nachdem

im vergangenen Jahr eine Reduzierung der Belegschaft um 300 Personen beschlossen wurde. Damit verbunden war die Aufgabe des Bereichs Bautechnik (Baukname und schwerer Schalungsgerüstbau). Während die Sparte Umformtechnik ordentliche Ergebnisse erwirtschaftet, bereitet die Fortertechnik weiterhin Sorgen. Schmutz-Eckert rechnet für das laufende Geschäftsjahr (30.9.) erneut mit einem Betriebsergebnis von deutlich über 15 Mill. DM.

Konzernchef Ernst Pieper hatte bereits 1983 darauf verwiesen, daß „Unternehmensübergreifende“ Leistungen wirksam würden, wenn die Peiner AG bis 1986 nicht im Abhang der Verlustzone verfallen würde. Noch im März dieses Jahres indes fand Pieper durchaus moderate Worte, als er von steigenden Aufträgen der Peiner AG in den Bereichen Bautechnik, Turbinen und Montage-technik berichtete.

Herlitz: Für 1986 wieder Dividende

th. Berlin

Die Aktionäre der Herlitz AG, Berlin, können für 1986 wieder mit einer Dividende rechnen. Das kündigte der Vorstandsvorsitzende des führenden Herstellers von Lernmitteln und Büromaterial, Günter Herlitz, gestern auf der Hauptversammlung in Berlin an. Mit der Entwicklung im laufenden Jahr ist man zufrieden.

Im ersten Halbjahr konnte das Unternehmen nach den weiteren Angaben von Günter Herlitz das Betriebsergebnis um 8 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr verbessern. Maßgebend sei jedoch vor allem das zweite Halbjahr mit den drei Saisonspitzen Schulanfang, Weihnachtszeit sowie Jahreswechsel.

Nach dem Ertragsrückgang im vergangenen Jahr, der vor allem durch die US-Tochter und den Versuch eines großen europäischen Konzerns, mit aggressiven Preisen auf dem angestammten Herlitz-Markt Fuß zu fassen, verursacht wurde, werde das Unternehmen seinen Höhenflug fortsetzen. Für 1986 erhalten die Aktionäre keine Ausschüttung, weil das Unternehmen insgesamt 20 Mill. DM Verlust - je zur Hälfte in den USA und der Bundesrepublik - gemacht hatte. Für 1986 waren 7 DM auf die Stamm- und 7,80 DM auf die Vorzugsaktie gezahlt worden.

ARAG machte mehr Gewinn

dpa/W.D. Düsseldorf

Die mit 2,8 Millionen Kunden zu den größten ihrer Branche zählende ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, hat ihr Beitragseinnahmen 1985 um 4,7 Prozent auf 599 Mill. DM steigern können, während die Aufwendungen bei jährlich etwa 700 000 neuen Schadenfällen um 2,2 Prozent auf 365 Mill. DM anstiegen.

Der neben dem deutschen auch auf dem griechischen Markt tätige Versicherer hat nach den Angaben im Geschäftsbericht 33,3 (33,4) Mill. DM Gewinn im Versicherungstechnischen Geschäft erwirtschaftet und seine Kapitalanlagen auf 1036 (938) Mill. DM erhöht.

Aus dem Jahresüberschuß von 30,5 (39,3) Mill. DM gingen 35,1 (26,5) Mill. DM in die Rücklagen, 10,6 (9,5) Mill. DM wurden als Dividende ausgeschüttet.

Am Grundkapital der ARAG von inzwischen 100 Mill. DM sind die AFI Verwaltungs-GmbH und die Fida Gesellschaft für Vermögensverwaltung und für Vermittlung mbH, beide Düsseldorf, mit jeweils über 25 Prozent beteiligt. Die ARAG, die in der Bundesrepublik rund 4500 Mitarbeiter beschäftigt, rechnet mit einem noch schärfer werdenden Wettbewerb auf dem Rechtsschutzmarkt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Homburg: WFR System GmbH Weber, Petrol und Reis, Friedrichsdorf/Th. Berlin: Charlotte-Becker: A B C Meistermaler GmbH; Duisburg: Breiting Control-technik Ges. f. Arbeitss. u. Qualitätsicherung mbH, Oberhausen 11; Hamburg: Kienberger GmbH; Fredericks Mode-Handels GmbH; Hildesheim: GZV Ges. f. gewerbliche Ziel-schevermittlung mbH, Lehrte OT Ahlem; Köln: Wilms-Posen KG; Lärach: P. Bürki, Geleise u. Tiefbau GmbH; Marzigr: Primo-Stahl-Handels-ges. mbH Import u. Export & Co., Walden; Nürnberg: Leo Koch GmbH & Co. KG, Vorn; Remscheid: Anton van den Hoogen, Solingen 12; Tübingen: Rieckmüller und Partner Planungs- u. Beratungsges. mbH.

Anschluss-Konkurs eröffnet: Albstadt: Emil Conzelmann KG, Strickwarenfabrik, Tüfingen.

Vergleich beantragt: Bielefeld: Albert Kerckfeld Straßen- u. Tiefbau GmbH & Co. KG, Gescher-Hochmoor; Albert Kerckfeld Straßen- u. Tiefbau GmbH, Gescher-Hochmoor; Hamburg: Korrosionsschutz u. Malerei GmbH.

PERSONALIEN

Claude Bouchy (40), seit Januar 1983 Direktor des pharmazeutischen Bereichs von Eli Lilly Frankreich, hat am 1. Juni 1986 die Geschäftsführung der Eli Lilly Deutschland GmbH, Bad Homburg, übernommen.

Peter Wolfert hat die Geschäftsführung der nach Berlin verlegten Scope Systeme und Komponenten Entwicklungen GmbH übernommen. Er ist aus den Geschäftsführungen der g.t.c. Großhandels- und g.t.c. München ausgeschieden, bleibt in beiden Firmen jedoch weiterhin Gesellschafter. Außerdem wurde der neue Geschäftsführer Uwe Fröhlich bei der g.t.c. Großhandels- und g.t.c. München bestellt.

Ludwig Welling, bis Anfang der 80er Jahre langjähriger Chef der Appel & Frenzel GmbH, Düsseldorf, vollendete am 17. August 1986 sein 70. Lebensjahr.

Wir trauern um unseren lieben Vater, unseren Opi und Bruder

Dr. med. Wilhelm Lorbacher

Chefarzt i. R. der Ruhrländischen Essen-Heidhausen
Träger des Bundesverdienstkreuzes
und weiterer Auszeichnungen

* 6. 1. 1902 in Lorsch
† 14. 8. 1986 in Wiesbaden

Prof. Dr. med. Peter Lorbacher
und Frau Brigitte geb. Gymnich
mit Marcus, Louisa, Frank und Dominik
Dr. med. Dieter Lorbacher
und Frau Uchi geb. Hoek
mit Christina, Anna und Julia
Mathilde Kallenbach geb. Lorbacher
Annemarie Baecker geb. Lorbacher
Elisabeth Blass geb. Lorbacher
Maria Schmidt geb. Lorbacher
mit ihren Familien

Essen; Moers; Wiesbaden, Nerotal 77

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreis auf dem Waldfriedhof in Darmstadt stattgefunden.
Anstelle zugedachter Blumen und Kränze bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Deutsche Krebshilfe e. V., Kio-Nr. 90 90 90, Sparkasse Bonn, BLZ 380 300 00.

Dr. Henri Georg Pohle

* 6. Januar 1918 † 18. August 1986

In tiefer Trauer
Lieselotte Pohle
Sylvia Pohle

Alter Sportplatz 9
2072 Bargeheide

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreise statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80 o. - 42 30
Berlin (0 30) 25 91 - 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telex: Hamburg 2 17 001 77 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Heute früh starb mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schriftsteller

D. Dr. Willy Kramp

* 18. 6. 1909 † 19. 8. 1986

In tiefer Trauer
Helene Kramp geb. Keuch
Michael Kramp und
Frau Evelyn geb. Strauch
mit Katharina, Susanne und Christine
Stephan Kramp und Frau Dora geb. Dietz
mit Katja
Bettina Kramp und Hartwig Carl-Kramp
mit Fabian
Hedwig Wendt geb. Kramp
Gertraud Keuch
und alle Verwandten und Freunde

5840 Schwerte (Villigst), Rheinener Weg 27

Der Trauerprobenabend findet am Freitag, dem 22. 8. 1986, um 13.15 Uhr in der ev. Kirche Villigst statt. Die Beerdigung in der Friedhof Villigst.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer Jr., Dr. Herbert Kramp
Chefredakteur:
Peter Giller und Manfred Schell
Stellvertreter Chefredakteur:
Dr. Günter Zehn

Mitwirkende: Hans von Löwenstern

Chef von Dienst: Klaus Jürgen Fröhlich,
Friedr. W. Herwig, Jens-Maria Lohde,
Rüdiger v. Wulffowicz, Beate, Hans-Martin
Lohde, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Redaktionen: Gernot Feiler, Deutschland; Ralph Lorenz, Armin Koch (außerw.); Dietrich Goss (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Linsch, Maria Weidenhiller (außerw.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Harnisch (außerw.); Bundesrepublik: Rüdiger Meier; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ström; Zeitgeschichte: Walter Odling-Wilde; Kunst: Hans-Bernhard; Geld und Kredit: Claus Dierker; Chronik/Reportagen: Winfried; Hamburg: Jürgen Linsch; Berlin: Dr. Peter Dierker; Rheinland-Pfalz: Gerd-Wilhelm; Kulturpolitik: Gerd-Wilhelm; Baden-Württemberg: Dr. Paul F. Richter; Ostdeutschland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Niedersachsen: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim; Bremen: Dr. Hans-Joachim; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Hans-Joachim; Berlin: Dr. Hans-Joachim; Brandenburg: Dr. Hans-Joachim; Sachsen: Dr. Hans-Joachim; Sachsen-Anhalt: Dr. Hans-Joachim; Thüringen: Dr. Hans-Joachim; Bayern: Dr. Hans-Joachim; Baden-Württemberg: Dr. Hans-Joachim; Rheinland-Pfalz: Dr. Hans-Joachim; Saarland: Dr. Hans-Joachim; Schleswig-Holstein: Dr. Hans-Joachim; Hamburg: Dr. Hans-Joachim

1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 26

Kunst oder Kunststet!

Ein Geiseldrama ist glimpflich zu Ende gegangen. Es flogen keine Autos in die Luft, kein Flugzeug wurde gesprengt, kein Mensch wurde getötet, es floß nicht einmal Blut. Und es ging auch gar nicht um Menschenleben, sondern um ein Gemälde von Picasso.

Kulturterroristen - so die einheimischen Zeitungen - hatten die 1937 entstandene „Weinende Frau“ des spanischen Meisters aus der Nationalgalerie in Melbourne gestohlen und gedroht, das Bild zu zerstören, falls die Behörden des Staates Victoria nicht endlich die finanzielle Unterstützung für Museen und Künstler erhöhten. Keine simplen Kunststet, also, sondern wahre Kunststet, „Kulturterroristen“ gar mit nur etwas außergewöhnlichen Methoden.

Die Behörden blieben dennoch hart, und die Kulturterroristen (paradoxe: die unorthodoxen Kulturpolitiker) wurden weich. Das Bild fand sich, sorgsam in Packpapier verpackt, in einem Bahnhofsschließfach wieder. Also: Ende gut, alles gut?

Gesetzt den Fall, die Bildnapper hätten ihre Drohung wahrgemacht und das Bild tatsächlich zerschmettert. Dann wäre die groteske Situation dagewesen, daß im Namen der Kunst Kunst zerstört wird. Ein Präzedenzfall wäre entstanden, dem zahlreiche weitere hätten folgen können: Zehn Prozent mehr für den französischen Kulturbüro, oder die „Mona Lisa“... Bessere finanzielle Förderung spanischer Künstler, oder „Guernica“...

Aber auch bei Menschenraub geben die Kidnapper heute ja meistens hochdeutsche Motive an, wollen irgendwelchen anderen Menschen „helfen“, indem sie ihre Geiseln töten. Gut, daß die Übertragung dieses makabren Spiels auf die Kunst in Melbourne gerade noch vermieden worden ist.

Oder waren die Bildnapper einfach schlichte Diebe mit makabrem Humor, aber ohne festen Auftrag, die für berühmte Diebesgut nicht absetzen konnten? Nun, immerhin: Sie hätten das Bild in blinder Entschlossenheit zerstören können. Offenbar waren es doch keine (Kultur-)Terroristen.

Bizarre Formen, grelle Farben: Das Architekturmuseum in Frankfurt zeigt „Die Vision der Moderne“ in Modellen und Zeichnungen

Stadt über dem Ozean, der Mensch als Schnörkel

Das Signet dieser Ausstellung ist ein riesiger Metallkäfer, aus dem die Beine wie Kanonenrohre ragen. Ein martialisches Bild, das weniger an Lebewesen als an den Panzerkreuzer Potemkin erinnert. Und doch ist der Bauch des Ungetüms nach dem Willen seines Schöpfers Ron Herron von der Architektengruppe Archigram nichts anderes als eine „City“ von wabenhaft angestapelten Wohnkapseln. Mit ihren riesigen Beinen schickt sich diese mobile Kommune zur „Wanderung“ und zu einem Treffen mit anderen „Walking Cities“ in der Wüste an - eine melancholische, endzeitliche Vorstellung, die zugleich einen Endpunkt der „Vision der Moderne“ markiert.

„Vision der Moderne“ - Das Prinzip Konstruktion lautet auch der Titel dieser Ausstellung im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt, mit der Museumsleiter Klotz einen Kontrapunkt zur Aufarbeitung der Postmoderne durch sein Haus setzen will und zugleich eine fast vergessene Spur in der Ideengeschichte der Moderne aufdeckt. Die „weiße Moderne“ der Würfel und stereometrischen „Körper unter dem Licht“ von Gropius, Le Corbusier bis zu Richard Meier hat die Tradition des Konstruktivismus förmlich überblendet und den Begriff „Moderne“ usurpiert. Und doch ist eben diese Tradition - so ruft die Ausstellung in Erinnerung - seit den Eisenkonstruktionen des 19. Jahrhunderts über die russische Revolutionsarchitektur bis hin zu den jüngsten Konstruktionen von Richard Rogers und Norman Foster niemals unterbrochen worden.

Das Frankfurter Museum veranstaltet mit seinen staunenswerten Beständen an Originalmodellen, Entwürfen und Konstruktionszeichnungen (und mit Leihgaben) ein wahres Feuerwerk der Ideen dieser Moderne, deren große geistige Leistung in deren Neubegründung des Bauens aus der Voraussetzungslosigkeit liegt. Mit ihrer Rebellion gegen Geschichte, Stile, „Kunst“ hat sie Kräfte entbunden, die mächtige philosophische Denkschulen des alten Abendlands nicht mehr zugetraut hatten. Sie hat die Kontinente und die Köpfe der Menschen erobert und die Begriffe von Zeit und Raum aufgehoben: Es konnte und sollte überall in gleicher



Skizzenreife des ungewöhnlichen Art-Walter Jones' Entwurfs einer „Intropolis“. Das Bauvorhaben scheiterte Anfang der 70er Jahre an der mangelnden Finanzierung des beauftragten Unternehmens

„moderner“ Weise - und nur noch so - gebaut werden.

Freilich gingen mit den Begriffen für Vergangenheit und Kunst zugleich auch die Maßstäbe für Neuheit und Qualität verloren. Im Ergebnis wurde das Bauen nicht nur aus der formalen, sondern gleichzeitig auch aus der funktionalen und sozialen Wertigkeit und Disziplin befreit. Die Entgrenzung der Kunstauffassung korrespondierte einem Ausbreitungsprozess an technischer und gesellschaftlicher Moral.

Die bizarren Formen und grellen Farben dieser Architektur-Hybriden machen die Frankfurter Ausstellung zu einem Sinnenereignis ungewöhnlicher Art. Gerade in der Zusammenfassung dieser phantastischen Konstruktionen des industriellen, des technischen Zeitalters offenbart sich die Doppelbödigkeit seiner Philosophie. Die materialistische Epoche kokettiert ganz offen mit dem Schein, der Funktionalität, der überstei-

gerten Gebäude. Nicht nur der weiße Kubus, auch die Pläne aus Glas und Eisen zelebriert, wie Semper am Kristallpalast montierte, das Handieren mit dem „gleichsam unsichtbaren Stoff“.

Bei genauerem Hinsehen ist es also weder „wissenschaftliche Strümpfen“ noch der „Maßstab konstruktiver kausaler Notwendigkeit“ (Heinrich Klotz in der Einführung zu seinem fulminanten Katalog), es ist weder Konstruktion noch Funktion, in der die „Vision der Moderne“ ohne Rest aufgeht. Ganz entgegen allen Bestrebungen, das „Projekt der Moderne“ zu politisieren - sei es für Wohnungsbauprogramme oder für die Kunstfigur eines „neuen Menschen“, für die „kritische Theorie“ oder für eine selbsternannte „Aufklärung“ - wohnt ihm vom Ursprung her der gleiche antithetische Impuls inne, der das Jahrhundert der industriellen Revolution zu jener grandiosen Antithese des Historismus beähligte hat.

Mit seinen Eisen- und Glaskonstruktionen setzte das 19. Jahrhundert dem Materialismus Manifeste der Entmaterialisierung, dem Rationalismus des kleinsten ökonomischen Nenners pathetische Riesengewölbe, dem Funktionalismus Monumente der Zwecklosigkeit (wie den Eiffelturm) entgegen. Es baute Mahnmale und Hülsen für exotische Gegenwelten zu den anrückenden Heeren der Bohrtürme und Maschinenhallen.

Die Überraschung der Frankfurter Ausstellung ist nun, wie sich der antithetische Grundgedanke des „Prinzips Konstruktion“ bis in die jüngste Gegenwart erhält. Was wechselt, ist der Bezugspunkt. An die Stelle der Maschinenwelt tritt die Natur (zugleich Metapher für Gemütskräfte, Menschlichkeit, Gegenwart). Mit ihr hatte als erster schon Heinrich Hübsch (1833) experimentiert, der Hängemodelle zur Formfindung von Wölfbaukonstruktionen verwandte. Die auf den Kopf gestellte Form, Sinnbild der Gegen-

welt, praktiziert den Kunstgriff der Umkehrung, um ideale Wölfbauformen zu finden, die mit wenig Material auskommen. Am Ende derartiger Experimente, die mit der Annäherung an die Natur beginnen, steht die Konstruktion einer „Alternativ-Natur“ von Zelt, Christbaum- und Luftballonstädten über Wüsten, Ozeanen und arktischen Regionen, wie sie Frei Otto projektiert hat.

Walter Jonas' Trichterbauten erschaffen eine illusionäre Amphitheaterwelt, in der die Natur allenfalls noch als Dekoration (Pflanztöpfe) oder Versorgungssystem (Wasser- und Luftrohre) Platz hat - die wirkliche Welt wird von den Riesentürmen verschattet. Auch Festerlins Rückgriff auf organische Formen ist eine Täuschung: Die echte Natur wird überformt mit abstrakten Plastiken. Im Wettbewerbsprojekt „Pare de la Villette“ macht die Gruppe OMA die wirkliche Welt zum Spielmaterial in einem technizistischen Disneyland.

Der Österreicher Gustav Peichl bringt Ironie ins Spiel, wenn er seiner Tegeler Phosphat-Eliminationsanlage die Gestalt eines Schiffes gibt: Der Dampfer als „Reiniger“ der Natur. Die Nebenbedeutung darf jedoch nicht unterschlagen werden, der Reflex auf die überbordende, überschäumende Lebewelt, die Technik als Richter des Menschen.

Zu den extremsten Positionen dringt die Gruppe Archigram vor. In Peter Cooks „Höhle des High Tech“, seinen „Shadow houses“, ist die wirkliche Welt nicht einmal mehr als Zitat vorhanden, nur noch als Metapher der Stalagiten und Stalagmiten. Ron Herron gar macht den Menschen zum Mobiliar zur Kuriosität, zum absurden Schnörkel in seinen futuristischen - oder soll man sagen: außerweltlichen - Entwürfen.

Eine Schülerin im Frankfurter Museum sagt beim Vorbeigehen zu ihrer Klasse: „Das wirkt wahnsinnig richtig hier drin, nicht menschlich irgend-“. Es ist nur die halbe Wahrheit. Dem Grauen vermählt sich die Faszination, wie die neuen Kulturtänze um die Obelisken des High Tech zeigen. Doch noch ist unentschieden, ob sich die neue Menschlichkeit nur in diesen Tänzen erweist. (Bis 17. September, Katalog 55 Mark.)

DANKWART GURATZSCH

JOURNAL

Ruinen einer Maya-Stadt in Belize entdeckt

AP, Madison

Der amerikanische Archäologe Jefferson Mackinnon hat auf einer Bananenplantage nahe der Atlantikküste des mittelamerikanischen Staates Belize die Ruinen einer Kleinstadt der Maya-Kultur entdeckt. Der Fund sei bemerkenswert, hieß es, weil die Ruinen völlig unberührt und eindeutig nicht von Schatzgräbern heimgesucht worden seien. Die Stadt, die auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung rund 3000 Einwohner besessen habe, sei etwa 900 vor Christus aufgegeben worden.

„Berlin heute“ an der Côte d'Azur

SAD, Toulon

Mit etwa 60 provozierenden Bildern und Skulpturen sorgen 21 Berliner Künstler unter 40 Jahren für einen Sommer-Hit an der Côte d'Azur. Unter dem Titel „Berlin heute“ zeigt das Kunstmuseum von Toulon bis zum 7. September einen Überblick der Kunst der Avantgarde von Berlin. Zu den Stars der ausgestellten Künstler, die in Berlin leben und arbeiten, gehören Luciano Castell, Salome, Rainer Fetting, Helmut Mödendorfer, Elvira Bach. Erstmals in Frankreich werden in Toulon auch Werke von Inu Barjus, Christa Dierckmann, der Gruppe Endart, Albert Morz, Ter Hell, Thomas Wachter und Andreas Weishaupt vorgestellt.

Martha Grahams Tänzer in der Alten Oper

Reg. Frankfurt

Einer der Höhepunkte der „Frankfurt Feste 86“ ist sicher das Exklusiv-Gastspiel der Martha Graham Dance Company vom 22. bis zum 27. August in der Alten Oper, die neben bekannten Stücken auch die jüngsten Konstruktionen der 92-jährigen Choreographin zeigt: „Temptations of the Moon“, „Tangled Night“ und „Song“. Die Martha Graham Dance Company plant



G. White und J. Ragusa aus der Dance Company FOTO: DIE WELT

übrigens für das Frühjahr bereits ihr nächstes Gastspiel in Deutschland. Dabei stehen München, Ludwigshafen, Karlsruhe, Leverkusen, Hamburg und Ost-Berlin auf dem Programm.

Neuer Chefredakteur für „Novi Mir“

AFF, Moskau

Der russische Schriftsteller Sergei Salagin (72) ist zum neuen Chefredakteur der sowjetischen Literaturzeitschrift „Novi Mir“ (Neue Welt) ernannt worden. Salagin, Verfasser zahlreicher Romane und Erzählungen, ist nicht Mitglied der KPdSU und damit unter den gegenwärtigen Chefredakteuren der sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften eine einmalige Ausnahme. Er löst den 64-jährigen Wladimir Karpow ab, der „Novi Mir“ seit 1983 führte und Ende Juni zum ersten Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes gewählt wurde.

Willy Kramp

Er war geprägt vom Gefühl der Heimatlosigkeit, und zwar in einem ganz elementaren Sinne. Der geborene Elsässer mußte nach 1918 die Heimat verlassen, weil seine Familie nicht für Frankreich optieren wollte. Man nahm neue Wohnung in Pommern - um 1945 auch diese neue Heimat zu verlieren. So lernte Willy Kramp den sogenannten irdischen Ordnungen tief mißtrauen, so wuchs in ihm die Überzeugung, „daß sich eine geistige Gestaltung des Lebens nur aus der Schöpfungsordnung Gottes herleiten läßt“. Willy Kramp war einer der wenigen erklärten „christlichen“ Schriftsteller im Lande. Seine Romane und Erzählungen zeigten die Menschen in ihrer Erlösungsbedürftigkeit, aber auch Erlösungsfähigkeit. Sein Stil war schlicht und genau, es gelangen ihm einige der einprägsamsten, ergreifendsten Geschichten in der neueren Literatur: „Die Fischer von Lissau“, die Gefangenennovelle „Was der Mensch wert ist“, der erschütternde Bericht vom langen Sterben eines Landpfarrers „Der letzte Feind“. Andere Stücke, „Die Spiele der Erde“, waren heitere, daseinsdankbare Quodlibets, die auf ihre Weise den Rang des Dichters bezeugten. Jetzt ist Willy Kramp im Alter von 77 Jahren in Villigst in Westfalen gestorben.

A. W.

Ustinov inszeniert Mozarts „Figaro“ bei der Salzburger Sommerakademie

Ein Meister fiel unter die Studenten

An jener Stelle, wo in Pommersfelden das Licht im Zuschauerraum anhebt, trippeln im Hochschul-Studio ein paar maskierte Damen über die Szene. In diesem Moment meint ja Figaro (in seiner Arie im letzten Akt), die Weiber endlich durchschaut zu haben. Peter Ustinov aber, der eine Studentenaufführung von „Le Nozze di Figaro“ im Rahmen der Salzburger Sommerakademie inszenierte, scheint bis auf jenen kolossalen Regieeffekt das Stück nur oberflächlich durchschaut zu haben. Zu flach und unbeholfen ist ihm dieser „tolle Tag“ von der Hand gegangen.

Aber hier ging es natürlich nicht darum, endlich den Opernregisseur in der faszinierenden, vielseitigen Persönlichkeit Ustinovs zu entdecken. Hier ging es um junge Sänger, denen ein Trampolin für die Karriere gebaut werden sollte, das den Sprung an ein großes Theater erleichtert und Engagements in Flensburg oder Augsburg erspart.

Das Resultat dieses Salzburger Jung-„Figaros“ ist jedoch nur halb so interessant wie die Vorgeschichte. Als Präsident der Internationalen Sommerakademie der Hochschule „Mozarteum Salzburg“ hatte sich

Rolf Liebermann etwas Besonderes ausgesucht. Nicht wie alljährlich sollten nur Kurse in den einzelnen Instrumental- und Gesangsarten ablaufen, sondern diesmal auch eine Opernaufführung erarbeitet werden. Amerikanische Workshops werden als Vorbilder für eine Brücke zwischen Theorie und Praxis genannt. Was Liebermann auch anpackt, gerät kaum kleinstädtisch. Er holte Ustinov für die Regie, Elisabeth Schwarzkopf für „vokale und stilistische Betreuung“ sowie den Dirigenten Gary Bertini. Aber damit noch nicht genug: Liebermann bringt die „Figaro“ im Herbst für vier Aufführungen an seine Hamburgische Staatsoper, vielleicht auch noch anderswohin.

So toll die Voraussetzungen auch schienen, zu sehen und zu hören gab es eine recht einfache Aufführung in einem recht einfachen Bühnenbild. Eine Studentenaufführung wie viele andere auch, wo so manches noch unfertig oder im Reifen ist und nur wenige „zu den schönsten Hoffnungen berechnen“. In dem internationalen Ensemble schienen bei der Premierensetzung nur Schweden gut vertreten: mit einem stilistisch bereits ziemlich erwachsenen Grafen

(Thomas Lander) und einem hübschen Cherubino (Christina Högmann). Daß eine Barbarina (Hanne Krogen aus Norwegen) mehr Stimme zeigte als die Susanna, kommt heute auch an den ersten Häusern vor. Die übrigen waren vielleicht nur nervös oder überarbeitet. Sollte Ustinov etwa Sänger unter die Fittiche bekommen haben, die vorher nicht wußten, wo links und rechts auf einer Bühne ist, dann hat er schon größtenteils geleistet. Denn dieser „Figaro“ ist maximal brav und nett auf die wichtigsten Handlungsabläufe hin inszeniert.

Eine Enttäuschung kommt selten allein: Bertini betete mit dem Prager Kammerorchester durch das Stück, scherte sich keinen Deut um die Sänger oder um Mozart und verantrieb sich stattdessen. Die große Schwarzkopf wiederum, von der es vor Wochen hieß, sie hätte sich von dem Unternehmen verabschiedet, ließ wissen, sie hätte bei der Premiere viele beginnende Karrieren entdeckt. Ein halbes Dutzend dieser Sänger soll Liebermann bereits nach Hamburg engagiert haben. Sein Nachfolger Gerd Albrecht sah vorsichtshalber auch im Zuschauerraum.

WALTER GÜRTLSCHMIED

Schulstunden im Schloß: Das 29. Collegium Musicum in Pommersfelden

Über Papa Haydns tückische Klippen

Um es gleich vorwegzunehmen: Der Höhepunkt des diesjährigen Abschlussskonzertes vom Collegium Musicum in Pommersfelden war die Begegnung mit dem erst 20 Jahre alten Cellisten Reinhard Knobloch. Dieser kraftstrotzende junge Mann musizierte mit energiegelacktem Packen des Strichs und hinreißendem Einflugschwung Haydns vertracktes D-Dur-Konzert op. 101. Mühelos umsetzte er dabei die tückischen Klippen, die Papa Haydn seinem Solisten in den Weg stellte.

Sein Instrument klang nicht nur, sondern es sang und kletterte dabei ohne nennenswerte Schwierigkeiten bis in die höchsten Lagen hinauf. Eine atemberaubende Leistung um so mehr, da Reinhard Knobloch erst seit vier Jahren Cello spielt und seine Hochschuleausbildung bei Jörg Metzger in Würzburg nicht länger als ein Semester genießt. Darüber hinaus hat er zuvor noch nicht mit einem Orchester gespielt hat. Ein glanzvolles, aufsehenerregendes Debüt also.

„Es war ein Traum, mit ihm zu musizieren“, meinte Hans Norbert Bihlmaier, der Augsburger Kapellmeister, der schon zum wiederholten Mal zu Gast in Pommersfelden ist. Es ist verständlich, daß ihn Hauber

Graf Karl von Schönborn und sein musikalischer Gesamtleiter Richard Engelbrecht, der von Anfang an dabei gewesen ist, immer wieder gerne berufen.

Das Orchester des fränkischen Sommer-Collegiums besteht aus jungen Musikstudenten des In- und Auslands. Ihr Dirigent muß also auch ein guter Pädagoge sein. Bühnenmaße traf da bei dem Proben wie am Pult den richtigen Ton. Er wirkt sympathisch, nicht aufmunternd seiner Mannschaft zu, auch wenn's einmal daneben ging (besonders bei den Streichern...), und freut sich genauso mit ihnen, wenn eine schwierige Stelle geklappt hat (so vor allem bei den in diesem Jahr auffallend guten Holzbläsern).

Das insgesamt vierwöchige Collegium musicum ist zu Recht zu einem Inbegriff der Förderung junger Musiker geworden. Seit der Gründung im Jahre 1968 haben weit über tausend junge Musiker die Orchester- und Kammermusik des Collegium Musicum Schloß Pommersfelden besucht, das wenige Kilometer nördlich von Bamberg liegt. Und noch ein paar Zahlen: Mehr als 200 Orchesterkonzerte und 150 Kammermusikabende wurden in dieser Zeit veranstaltet.

Die Programme scheren immer wieder aus den eingefahrenen Klassik-Spuren aus: So wurden etwa Kodaly's „Tänze aus Galanta“ gegen Mozart und Beethoven gesetzt, Ferruccio Busonis Lustspiel-Ouvertüre op. 38 und die Sinfonietta von Lennox Berkeley mit Schubert und Haydn konfrontiert.

Pro Woche werden die Studenten von einem Dirigenten betreut, außerdem erhalten sie Unterricht im kammermusikalischen Spiel. Und sie haben sichtlich ihre Freude daran, im barocken Ambiente des Schönborn-Schlusses hart zu arbeiten, um schließlich einem interessierten Hörerkreis im prunkvollen Marmorsaal ihre Ergebnisse vorzuführen.

Was sie zu bieten haben, kann sich hören lassen: Vom Klangbild etwa der Jupiter-Sinfonie hätte sich manches unserer heiligen kleineren Profi-Orchester eine Scheibe abschneiden können. Es bürgt eben für Qualität, daß auf Pommersfelden nur mitmachen darf, wer von einem Hochschullehrer empfohlen wird. Und dabei zu sein, wenn am Musikerschwund-Himmel ein neuer Stern wie Reinhard Knobloch aufgeht, ist für alle Beteiligten eine besondere Freude.

JÖRG RIEDLBAUER

Experiment in Gent: Maler und Designer verwandeln Bürgerzimmer in häusliche Gesamtkunstwerke

Rote Schilder signalisieren „Eintritt erwünscht“

Es war ein spontaner Einfall, eine Lebensereignis-Idee, sagt Jan Hout, Leiter des Museums van Hedendaagse Kunst in Gent. Gut organisiert und großzügig gesponsert, wurde daraus gewiß der originellste, lebendigste und, wie inzwischen zu hören ist, auch erfolgreichste Beitrag zum diesjährigen sommerlichen Ausstellungsbetrieb.

Mit Charme gliedert das Projekt „Chambres d'Amis“, „Gästezimmer“, unter dem Motto „In Gent ist immer ein Zimmer für Dürer frei“ auf den künstlerischen Rang der Stadt Gent und auf die Gastfreundschaft ihrer Bürger an. Als der Nürnberger Maler nämlich 1520 Gent besuchte, um den berühmten Altar der Brüder van Eyck zu sehen, war er auch beeindruckt von der Aufnahme, die er hier erhielt.

Während der Sommermonate anno 1986 wiederum öffnen sich jedem Besucher etwa 30 Genter Häuser. Sozusagen als Gastgeschenk hat in jedem dieser Häuser ein Künstler seine Spuren hinterlassen, manchmal diskret und zurückhaltend, manchmal possessiv sich ausbreitend. Will man diese „Ausstellung“ besichtigen, muß man sich mit dem Stadtplan in der Hand auf die Suche machen.

Ein rotes Signet zeigt an, wo der Eintritt erwünscht ist, wo sich ein Kunstwerk befindet. Möchte man alles sehen, braucht man zwei Tage, denn die Besichtigung der einzelnen Häuser ist nur jeden zweiten Tag möglich - gelegentliche Privatsphäre soll schon noch bleiben.

Das ungewöhnliche Ausstellungs-konzept hat überraschende Vorzüge und faszinierende Nebenwirkungen. Beginnen wir mit dem letzteren. Es ist zweifellos ein Erlebnis, das Genter Bürger des alten Gent zu durchwandern, an Kanälen entlang und an ruhigen Plätzen vorbeizuspazieren und dabei immer wieder jene besagte offene Tür als Ziel zu haben. War man nicht schon immer neugierig auf das, was sich hinter den schönen Fassaden wohlhabender Bürgerhäuser verbirgt, wie es in der Arbeiterwohnung aussieht, wie der Künstler, wie der Student lebt? Dieser geheime Wunsch nach indiscreten, voyeuristischen Blicken in die Privatbereiche anderer wird mit der Genter Aktion oft genug erfüllt.

Das Gebundensein an bestimmte Gegebenheiten wie Räume, Personen, Geräuschkulissen bekommt aber auch der Kunst. Es war für Jan Hout programmatisch, alle sozialen

Schichten einzubeziehen. Kunst und Leben, Kunst und Wirklichkeit sollten auf vielfältige Weise zusammengebracht und die verschiedensten Reaktionen herbeigeführt werden: die des Künstlers zu einer bestimmten Umgebung und Räumlichkeit, die des Gast- oder „Auftraggebers“ zu neuer Kunst und, was nicht selten zustande kommt, der Dialog zwischen dem unbekannten Besucher und seinem Gastgeber.

Die Ausstellung ist keine Bestandsaufnahme aktueller Kunstströmungen - das wird in der Parallelveranstaltung „Initiatif 86“ geboten, die in der Sankt-Peters-Abtei zu sehen ist. „Chambres d'Amis“ ist im Grunde eine Untersuchung über die Rolle des Museums.

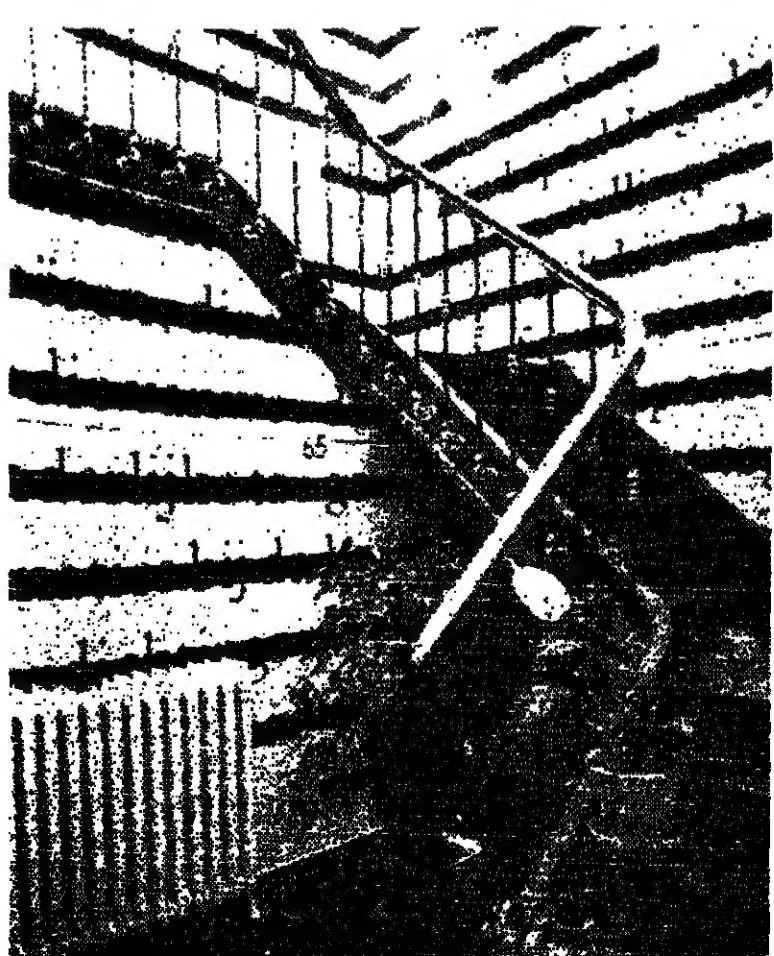
Zunächst merkt man dies kaum, denn es ist eine sehr sinnliche, amüsante, beinahe naive Untersuchung. Das Museum ist wohl eines der letzten Tabus in der modernen Kunst: Soziale, Rahmen, die Trennung der einzelnen Gattungen wie Malerei und Skulptur, alles ist in Frage gestellt worden, doch nicht die Autorität des Museums, die durchaus eine manipulierende ist. Im Gegenteil, vieles, was Künstler heute produzieren, ist reine Museumskunst.

In Gent nun dringt die Kunst wieder in Bereiche hinein, in die sie seit langem keinen Zugang mehr hatte. Abgesehen davon, daß in Belgien konzeptuelle Kunst sehr viel stärker verankert ist als bei uns, lag es auch wegen der Herausforderung der Ausstellungsorte nahe, Künstler auszuwählen, die sich mit dem Raum, seiner Umbildung und seiner Gestaltung beschäftigen. Doch gerade diese für das breite Publikum schwierige Kunst bekommt im ungewöhnlichen, im bewohnten Kontext eine lebendige Dimension, die ihr im „keimfreien“, abgesonderten Museumsbereich fehlt.

„Chambres d'Amis“ ist eine Hommage an diese Kunstrichtung und eine deutliche Absage an wilde und postmoderne Attitüden. Helmut Middendorf ist als einziger Vertreter dieser Richtung dabei, mit einem mehr als dürtigen Wandbild. Unter den Konzeptuellen dagegen hat Jan Hout alles mit Rang und Namen zur Mitarbeit gewinnen und ein wahrhaft internationales Panorama zustande bringen können.

MARIANA HAUSTEIN

„Chambres d'Amis“ bis 21. September, Katalog 850 bfr. „Initiatif 86“ bis 7. September, Katalog 750 bfr.



Hinter die schönen Fassaden des Genter Gassengewirrs gekuckt: Wandgestaltung von Joseph Kosuth in einer Privatwohnung FOTO: HAUSTEIN

Die Züchter und das Problem der Dysplasie

B. GÜNTHER, Bonn
Temperament, Klugheit, Feinfühligkeit - all dies sagt der Hundeliebhaber seinem vierbeinigen Kameraden nach. Er zieht den Hund sorgsam auf, verschafft ihm ausreichend Bewegung. Eines Tages aber muß er feststellen, daß der Hund schwerfällig aufsteht, beim Gehen in der Hinterhand schwankt, Schmerzen hat. Die Diagnose heißt: Hüftgelenkdysplasie (HD).

Zum Hüftgelenk gehört der Kopf des Oberschenkelknochens, der von Gelenkflüssigkeit umhüllt, in der Gelenkpfanne liegt. Leidet der Hund an HD, ist die Gelenkpfanne an den Seiten abgeflacht, der Gelenkkopf hat keine „Führung“ mehr. Es besteht die Gefahr, daß der Hüftkopf austritt (Hüftgelenkluxation).

Der Schweregrad der Hüftgelenkdysplasie wird unterteilt in „HD leicht“, „HD mittel“ und „schwere oder hochgradige HD“. Die HD kann einseitig oder beidseitig auftreten. Hat jedoch ein Elterntier „leichte einseitige HD“, kann es beim Nachwuchs schon „beidseitig hochgradige HD“ sein. Berücksichtigt wird dies inzwischen vom Deutschen Schäferhund-Verein. Die Zucht mit einem von leichter HD betroffenen Hund ist nur dann erlaubt, wenn der Deckpartner HD-frei ist.

Zuchtvorschriften bei Schäferhunden: HD-frei

Anders der Deutsche Windhundzucht- und Renn-Verein (DWZRV), in dem die Züchter und Besitzer von Rassen wie Italienischem Windspiel bis hin zum Irischen Wolfshund zusammengeschlossen sind. Lediglich 1978/79 wurden im Inland gezogene Tiere probeweise geröntgt, aber nur, wenn der Hund zur Zucht zugelassen werden sollte. In dieser Zeit wurden insgesamt 111 Irische Wolfshunde zur Röntgenprüfung 1980 waren es weit mehr als 200 gewesen.

Im Ausland stehende Irische Wolfshunde überwaht man, sofern sie importiert wurden, über einen Zeitraum von fünf Jahren, wenn mit diesen Tieren in der Bundesrepublik gezüchtet werden sollte. Einfacher war es, mit seinem Hund zum Deckakt ins Ausland zu fahren: In Italien, den Niederlanden und Frankreich wurde und wird nicht geröntgt.

Appelle von Besitzern Irischer Wolfshunde, deren Tiere aufgrund schwerer Hüftgelenkdysplasie schon in früher Jugend hatten eingeschläfert werden müssen, die Röntgenpflicht wieder einzuführen, wurden vom DWZRV und seinen Züchtern rigoros abgelehnt.

Zahl der Fehlgeburten abhängig vom Arbeitsplatz

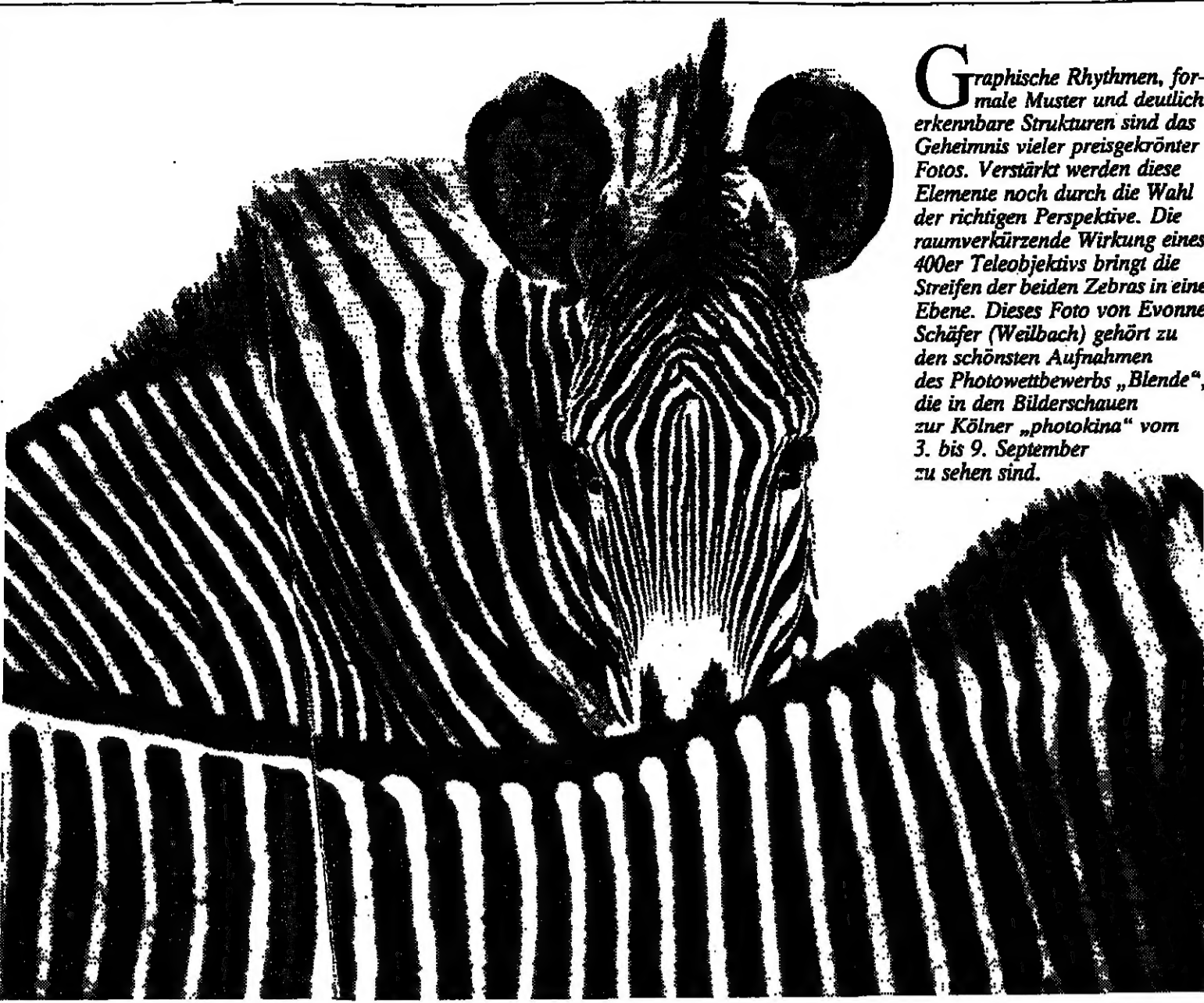
AFP, Genf
Die Unfähigkeit eines Paares, ein Kind zu zeugen, kann mit dem Beruf des Mannes oder der Frau in Zusammenhang stehen. Zu dieser Erkenntnis gelangte eine Studiengruppe der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sie legte jetzt eine Liste von Berufen vor, in denen das Risiko der Unfruchtbarkeit besonders hoch ist. Wenn einer der Partner bestimmten chemischen oder natürlichen Substanzen ausgesetzt ist, kann dies Auswirkungen auf die männlichen oder weiblichen Keimzellen haben, die Befruchtung des Eis verhindern, eine Fehlgeburt verursachen oder eine Mißbildung beim Kind hervorrufen.

Kinder von Ölarbeitern haben häufiger Krebs

Gewisse Substanzen, mit denen die Eltern in Berührung kamen, verursachen nach den Ergebnissen der Studie möglicherweise Krebs bei Kindern unter 15 Jahren. In einigen Fällen, in denen Kinder an Krebs starben, konnte nachgewiesen werden, daß der Vater auf dem Erdölsektor tätig war. Wenn eine Frau mit Öl- oder Farbstoffen in Berührung kommt, kann dies zu Leukämie bei ihrem Kind führen.

Unter den Berufen mit dem höchsten Risiko nennt die WHO: Landarbeiter: Zeugungsunfähigkeit zeigt sich häufig bei Männern, die mit Insekten- oder Unkrautvernichtungsmitteln zu tun haben. Anästhesisten: Bei Frauen, die als Narkoseärztinnen oder generell in einem Operationssaal arbeiten, wurde eine Verdoppelung der Zahl der Fehlgeburten und der Zahl der Geburtsfehler bei ihren Kindern festgestellt. Im Falle ihrer männlichen Kollegen wurde ein Anstieg der Mißbildungen der Kinder um 25 Prozent registriert.

Gießerei: Kinder von Frauen, die in Gießereien arbeiten, sind bei der Geburt häufiger untergewichtig als andere. Bei Schmelzern, die ansonsten in einer guten gesundheitlichen Verfassung sind, wurden genetische Schäden festgestellt. Laborantestellen: Bei in Labors beschäftigten Frauen wurde eine erhöhte Anzahl von Fehlgeburten registriert. Zu den gefährdeten Berufen gehören auch Chemikerinnen (besonders diejenigen, die mit Kunststoffen, Viskosen oder Kunstseiden in Berührung kommen), Maler und Bleicher (Kontakt mit Lösungsmitteln), Metallarbeiter (vor allem auf dem Gebiet der Elektronik) sowie die Beschäftigten der Forstwirtschaft, der Fischerei, der Industrie und des Baugewerbes.



Graphische Rhythmen, formale Muster und deutlich erkennbare Strukturen sind das Geheimnis vieler preisgekrönter Fotos. Verstärkt werden diese Elemente noch durch die Wahl der richtigen Perspektive. Die raumverkürzende Wirkung eines 400er Teleobjektivs bringt die Streifen der beiden Zebras in eine Ebene. Dieses Foto von Evonne Schäfer (Weilbach) gehört zu den schönsten Aufnahmen des Photowettbewerbs „Blende“, die in den Bilderschaufenstern der Kölner „photokina“ vom 3. bis 9. September zu sehen sind.

Studie: Mit neuem Fallschirm in den Tod gesprungen

dpa, Braunschweig
In den vergangenen fünf Jahren haben beim Fallschirmspringen in der Bundesrepublik Deutschland 94 Menschen den Tod gefunden. 23 von ihnen hatten ein für sie neues Fallschirmmodell auf den Rücken geschwungen, als sie den Absprung wagten. Dies geht aus einer Studie des Luftfahrt-Bundesamtes in Braunschweig über Unfallsursachen beim Fallschirmspringen hervor. Zum Todesopfer der 23 Sportler kam es nach dieser Studie bei den ersten 20 Sprüngen mit dem neuen Baumuster. Als zweithäufigste Todesursache bei den insgesamt 198 Unfällen nannte die Studie fehlerhafte Körperhaltung beim Landen. In diesem Jahr starben bereits sieben Menschen. Als Konsequenz empfehlen die Unfallforscher mehr Trockenübungen. Sie drängen auf ein verstärktes Training von Lauf- und Sprungübungen. Auch sollten die Auslösesysteme der Fallschirme vereinheitlicht werden.

Vorsicht bei Götz-Zitat

Wer seinen Arbeitsplatz behalten will, muß mit dem Götz-Zitat vorsichtig umgehen. Eine fristlose Kündigung ist zwar nicht zu befürchten, wohl aber eine fristgerechte, wenn man an die Ehefrau des Arbeitgebers Götzens Aufforderung richtet. So entschied gestern das Landesarbeitsgericht Düsseldorf in einer Berufungsverhandlung. (Az. 6 SA 829/86)

Autobahn A 1 gesperrt

dpa, Hagen
Die Autobahn Köln-Bremen (A 1) wird in der Nähe von Hagen wegen Brückenarbeiten am kommenden Wochenende zwei Nächte lang gesperrt. Die Sperren beginnen am Freitag und Samstag um 20 Uhr und dauern jeweils bis zum nächsten Morgen acht Uhr. Wie der Landschaftsverband Westfalen-Lippe gestern mitteilte, wird der Verkehr auf den Autobahnkreuzen Wuppertal-Nord und Westhofener Kreuz großräumig umgeleitet.

Makabres Spielzeug

dpa, Tokio
Ein Ballon und ein Revolver, aus dem eine Nadel hervorschießt - das neue Kinderspielzeug in Japan heißt „Russisches Roulette“. Sechsmal



FOTO: DPA

kann ein Kind den Abzug des Revolvers betätigen, wobei einmal die Nadel den Ballon zum Platzen bringt. Mehr als 300 000 mal ist das etwa zehn Mark teure Spielzeug bereits verkauft worden. Die Vereinigung der deutschen Spielwaren-Fachgeschäfte erklärte: „So etwas wird man bei uns nicht kaufen können.“

Gegen Mauer gerast

D. D. Berlin
Mit hoher Geschwindigkeit ist gestern ein 20-jähriger Berliner im Stadtteil Wedding mit einem Leihwagen gegen die Ostberliner Grenzmauer gerast. Der Wagen fuhr beim Aufprall Feuer; der Fahrer fand in den Flammen den Tod. Die Polizei vermutet einen Selbstmord, da Streifenbeamte beobachteten, wie der Fahrer direkt auf die Mauer zu fuhr und dabei die Geschwindigkeit steigerte.

Macht Gottes geprüft

rt. Rio de Janeiro
Mit dem Verlust eines Armes mußte ein Brasilianer in Salvador (Bahia) seinen Versuch bezahlen, die Macht Gottes zu prüfen. Wie die Mutter des 47-jährigen Carlos Alberto Oliveira Fontes der Polizei erzählte, glaubte sie zunächst, ihr Sohn mache einen Scherz, als er in einem Zoo sagte, er werde in den Löwenkäfig steigen - und wenn Gott wirklich mächtig sei, werde er es nicht zulassen, daß das Raubtier ihn angreife.

Verfahren eingestellt

dpa, Mainz
Das Ermittlungsverfahren gegen den ZDF-Intendanten Dieter Stolte und einen Fernsehredakteur im Zusammenhang mit einer Vergewaltigungszusammenhang in der Serie „Die Schwarzwaldklinik“ ist von der Mainzer Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Wegen der am 1. Februar 1986 ausgestrahlten Folge „Gewalt im Spiel“ seien mehrere Strafanzeigen eingegangen, teilte gestern der leitende Oberstaatsanwalt Werner Hempler mit. Der Tatbestand der Verharmlosung und Verherrlichung von Gewalt sei nicht erfüllt, sagte er.

ZU GUTER LETZT

„Friedrich die Große“. Schlagzeile im Ost-Berliner „Sport-Echo“ über die „DDR-Schwimmerin Heike Friedrich, die in Madrid innerhalb von 110 Minuten zweimal Weltmeisterin wurde.“

Bigamie ist in China wieder ein Thema

AFP, Peking
In China, wo sich vor der kommunistischen Revolution reiche Leute mit bis zu zehn Ehefrauen zu umgeben pflegten, grassiert bei zunehmendem Wohlstand auf dem Land wieder die Bigamie. Die sich häufenden Fälle von Bigamie sind eine Bedrohung für das soziale Leben des ländlichen Chinas, so die Pekingische Zeitung „China Daily“. Seit zwei Jahren seien die Gerichte mit mehr als 2000 diesbezüglichen Klagen befaßt worden. Seit Anfang 1986 wurde eine Steigerung von 15 Prozent festgestellt. Bei den bigamistischen Männern handelt es sich meist um Bauern, die es im Zuge der Wirtschaftsreform zu etwas gebracht haben. Die tatsächliche Zahl von Doppelheiraten ist höher anzusetzen, da die meisten geschädigten Frauen keine Anzeige erstatten aus Furcht, ihr Mann werde sie nicht weiter finanziell unterstützen.

Ärzte an WHO: Homosexualität keine Krankheit

SAD, London
Fachärzte, die sich mit der ärztlichen Versorgung homosexuell veranlagter Patienten befassen, haben die Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgefordert, die Homosexualität aus der Liste der offiziell geführten Krankheiten zu streichen. Für die Ärzte gibt es keine wissenschaftlichen Beweise, daß die Homosexualität eine Krankheit ist. Homosexualität wird von der Weltgesundheitsorganisation in der Liste der „psychischen“ Krankheiten geführt. Auf dem Londoner Kongreß der Gay-Medical-Association hieß es, diese offizielle Einordnung als „Geisteskrankheit“ leiste alten Vorurteilen Vorschub. Die Forderung der Mediziner, Homosexualität nicht mehr als „Krankheit“ zu bezeichnen, steht im Einklang mit ähnlichen Forderungen, die im Europaparlament erhoben worden sind.

Baby-Entführer täuschte Schwangerschaft vor

dpa, Augsburg
Der Plan zur Entführung der fünf Monate alten Denise aus der Augsburger Kinderklinik ist aus der Enttarnung einer 25 Jahre alten Frau aus Pfaffenhofen entstanden, nicht schwanger geworden zu sein. Die Frau legte jetzt vor der Polizei ein ereignisreiches Geständnis ab. Im Spätsommer 1985 hatte sie nach einem Test fest daran geglaubt, endlich von ihrem Freund das ersehnte Baby zu bekommen. Als jedoch eine ärztliche Untersuchung ihre Hoffnung zunichte machte, traute sie sich nicht, dem „werdenden Vater“ und dessen Mutter die Wahrheit zu sagen. Stattdessen spielte sie ihnen eine Schwangerschaft vor und als so viele Süßigkeiten, bis sie schließlich 20 Pfund zunahm. Im März 1986 meldete sich dann die „werdende Mutter“ zur „Entbindung“ ins Krankenhaus Dachau ab. Um nach der „Geburt“ zu begründen,

daß i. angebl. Sohn namens Sascha mit ihr nach Hause kam, behauptete sie, das Baby sei krank und müsse München operiert werden. Als Drängen der Angehörigen immer drückender wurde, behauptete die verweirte Frau, sie würde Sascha nun ab-Augsb. abholen, wo er nochmals operiert worden sei. In der dortigen Klinik, so hatte sie von einer Bekannten erfahren, könnten Kinder zu jeder Zeit besucht werden. Die angehen Schwiegermutter nahm die 25-Jährige gleich mit, um ihr nicht die Freude zu verderben, den Buben mit abzuholen. Mit dem Kind ging endlich dahel. mußte die Führerin ein neues Problem bewältigen: Das gekidnappte Baby stellte sich als Mädchen heraus. Um die Geschlechtsveränderung von Sascha mit näher erklären zu müssen, best. die junge „Mutter“ darauf, ihre Säugling ausschließlich allein und die Zuschauer zu wickeln.

Elsässer sorgen sich um ihr Wahrzeichen, den Storch

BÄRBEL MOSER, Straßburg
„Grand-père, warum gibt's im Elsaß keine Störche mehr?“ fragt der kleine Bub auf Französisch den alten Mann. „Wenn die Störche über's Elsaß fliegen“, antwortet der Großvater in Elsässerdialekt, „hören sie nur noch Französisch und meinen, sie seien noch gar nicht angekommen und fliegen weiter“, heißt es auf einem Werbeplakat für Zweisprachigkeit. Wurden 1948 noch 179 Storchpaare auf den Kaminen zwischen Rhein und Vogesen gezählt, so waren es dreißig Jahre später nur noch neun. Erst 1983 ging Politikern und Naturschützern auf, daß das Wahrzeichen des Elsaß vom Aussterben bedroht ist. Sie beschlossen zu handeln und gründeten die „Organisation zur Wiedereinführung der Störche im Elsaß“ (Aprecia). Mühevoll wird seit drei Jahren versucht, der Entwicklung entgegenzuwirken. Nach einer in der Schweiz entwickelten Methode wird der Storchennachwuchs aufgezogen und kommt dann ins Freigehege.

hege, er bis zur Brutzeit, das heißt im Alter von drei bis vier Jahren bleibt. Geschlüpft sind die kleinen Störche im Straßburger Zoo in der Orangerie. Seit 1974 betreibt dort der Tierarzt Jean Gangloff eine Storchenaufzucht. Die Eier werden den Paaren weggewonnen und in einer Brutmaschine ausgebrütet. Die elterliche Wärme wird nach dem Schlüpfen durch Infrarotlicht ersetzt. In Volieren gehalten. In der Hand flattern Gangloff und Beate Schmitt in den ersten Wochen die Jungvögel. Von 6.30 Uhr bis nach Mitternacht sind sie alle zu Stunden im Einsatz. Acht Wochen bleiben die Jungstörche in der Obhut ihrer Ziehväter, dann kommen sie in die Voliere. „Wenn das Elsaß-Bild mit Adebart auf dem Dach wieder stimmen soll, müssen die Störche ihren Zugvogelinstinkt verlieren“, erklärt Philippe Arnold, „dann auf ihrer Reise ins Winterquartier nach Afrika sind sie den größten Gefahren ausgesetzt.“ In acht Volieren werden derzeit im Elsaß rund hundert Tiere gehalten. Die ersten sollen im kommenden Jahr freigelassen werden und nisten dann, so hofft Philippe Arnold von der Aprecia, irgendwo in der Umgebung. Im Winter werden sie, wenn die Rechnung der Storchenzüchter aufgeht, statt des südlichen Kontinents ihr Zuchtgehege ansteuern, wo sie dann durch die kalte Jahreszeit gefüttert werden.

Schon viel früher als die öffentlichen Stellen hat der Straßburger Alfred Schierer, von Beruf Ingenieur und nebenbei Storchenforscher, Alarm geschlagen. Bereits Ende der 40er Jahre bemerkte er, daß die Zahl der im Elsaß lebenden Störche im Elsaß immer kleiner wurde. Schierer klettert auch heute noch auf Dächer und Kirchtürme und hat seit 1947 über 3000 Störche beringt. Er hat damit einen genauen Überblick über

das elsässische Storchenvolk. „Die ersten großen Einbrüche gab es zwischen 1960 und 1970“, stellt Schierer fest. „Dann kam die Dürre in der Sahelzone und schließlich wurden auch bei uns die Lebensräume für diese Vögel kleiner.“ 170 Störche leben wieder im Elsaß. Alfred Schierer macht sich aber keine Illusionen. „Wenn fünfzig Paare bleiben, können wir schon zufrieden sein.“

Gern erinnern sich die Elsässer daran, daß vor 300 Jahren die Hugenotten in ihre Stadt kamen. Grund genug, ein ganzes Jahr lang zu feiern. FOTO: KURT FUCHS



außerordentlichen Aufschwung und wurde bald zur bedeutenden Manufakturstadt.

Damals wurden die privilegierten Fremden von der altangehörigen Bevölkerung nicht gerade mit offenen Armen empfangen. Doch bereits im 18. Jahrhundert setzte die sprachliche und kulturelle Assimilation ein. „Vom Nutzen der Toleranz“ heißt demnach auch die Ausstellung im Stadtmuseum, die bis zum 23. November unter anderem auch Stücke aus dem Besitz der drei Erlanger Familien zeigt, die ihren Ursprung direkt auf die Hugenotten zurückführen.

Die Veranstaltungen im Jubiläumsjahr ziehen sich bis Dezember hin, doch im Juli feierte man ein Bürgerfest ganz besonderer Art: Menschen, Straßen und Plätze verwandelten sich in den Alltag der Vergangenheit. „Rundadinella, Contratanz und

WETTER: Aufteuerungen

Lage: Ein Zwischenhoch sorgt vorübergehend für Wetterberuhigung, bevor sich am Freitag ein neues atlantisches Frontensystem von Westen her nähert.

Vorhersage für Donnerstag: Nach Auflösung von Nebel wolkig mit Aufteuerungen und niederschlagsfrei. Temperaturen im Norden um 17, im Süden bis 20 Grad. Nächtliche Abkühlung auf 11 bis 8 Grad. Meist nur schwacher, im Norden mäßiger

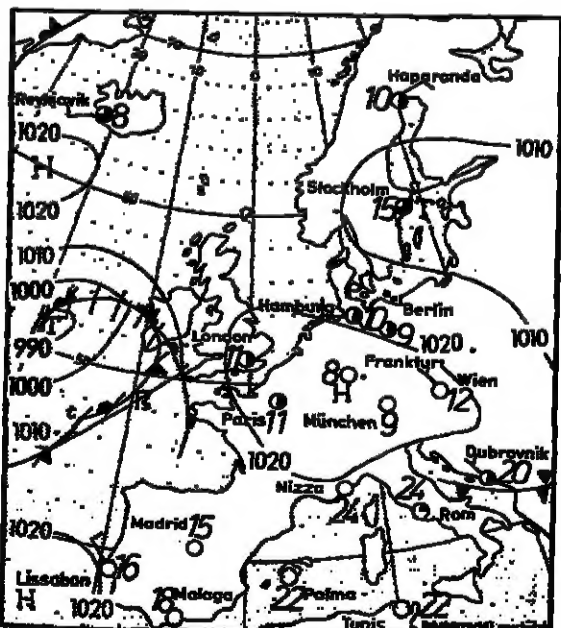
Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Am Freitag von Westen zunehmende Bewölkung und besonders in der Nordhälfte abends und in der Nacht Regen. Vorübergehend ansteigende Temperaturen.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.18 Uhr, Untergang: 20.31 Uhr, Mondaufgang: 21.40 Uhr, Untergang: 9.20 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassee).

Vorhersagekarte für den 21. Aug., 8 Uhr

Hochdruckzentrum über Island, Tiefdruckzentrum über den Azoren. Windrichtung und -stärke. Wolkenbedeckung. Niederschlagsgebot. Temperatur in °C. Wettervorhersage für den 21. Aug., 8 Uhr.



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:											
Berlin	17	be	Lübeck	13	bw	Faro	23	wl	Ostende	21	be
Bielefeld	13	bd	Mannheim	15	bw	Cent	18	be	Palermo	30	wl
Braunschweig	10	R	München	15	be	Chemnitz	18	be	Paris	19	be
Bremen	14	bd	Münster	16	bw	Helsinki	15	be	Peking	34	bw
Dortmund	15	bw	Nordsee	15	bw	Hongkong	20	be	Prag	15	be
Dresden	15	bd	Nürnberg	17	bw	Innsbruck	20	be	Rio de Janeiro	29	wl
Düsseldorf	14	be	Oberstdorf	15	be	Isarabühl	20	be	Rom	28	be
Erfurt	14	bw	Paderborn	17	be	Kaiserslautern	22	be	Sankt Petersburg	16	bw
Kassel	14	be	Saarbrücken	14	bw	Köln	22	be	Shanghai	30	be
Feldberg/S.	7	bw	Stuttgart	16	bw	Konstanz	23	wl	Stockholm	15	bd
Flensburg	15	bw	Tübingen	15	bw	Kopenhagen	22	be	Straßburg	17	bw
Frankfurt/M.	15	bd	Zugspitze	-2	Ne	Las Palmas	26	be	Tel Aviv	31	be
Freiburg	17	be				Madrid	27	be	Tokio	31	be
Garmisch	16	bw				London	17	bw	Tunis	32	be
Greifswald	15	bw	Algier	30	wl	Los Angeles	15	bw	Varna	30	wl
Hamburg	14	bd	Amsterdam	15	be	Luxemburg	17	bw	Wien	18	be
Hannover	15	bw	Athen	31	wl	Malaga	28	be	Zürich	18	be
Kahle Asten	7	R	Barcelona	28	bw	Manila	27	wl			
Kassel	15	bw	Belgrad	29	be	Moskau	21	be			
Kempten	15	bw	Bordeaux	27	be	Nagasaki	31	be			
Kiel	15	be	Bozen	22	be	New York	22	be			
Köln	17	bw	Budapest	23	be	Nizza	24	be			
Köln-Bonn	17	bw	Bukarest	23	wl	Odo	15	be			
Konstanz	18	be	Chabianca	19	be						
Leipzig	16	bw	Dublin	19	be						
Lipz/Sylt	14	be	Dobrovnik	20	be						